

Stenographisches Protokoll.

114. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 17. Dezember 1929.

Inhalt.

Verhandlung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1930 (B. 393) — Spezialdebatte über den V. Abschnitt: Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3, Österreichische Bundesforste — Spezialberichterstatter zu Kapitel 19 und 28, Titel 3, Pirchegger (3177), Schneeberger (3178), Thaler (3183), Pölzer (3185), Manhalter (3190), Paulitsch (3193), Teufl (3195), Hollersbacher (3196), Wichtl (3196), Striebnig (3198), Müller (3202), Gierlinger (3206), Jarboch (3208), Lajer (3210), Bundesminister Fördermayr (3212) — Spezialdebatte über den VI. Abschnitt: Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hohheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Titel 1, Bundeszuschuß an die Bundesbahnen, Titel 2, Südbahn (Lasten aus dem Abkommen), Titel 3 bis 9, übrige Bahnen — Spezialberichterstatter zu Kapitel 20 und 21 Partik (3215), Spezialberichterstatter zu Kapitel 22 und 24 Klimann (3215), Spezialberichterstatter zu Kapitel 23 Steiner (3215), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 1, Heizinger (3215), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 4, Dr. Weidenhoffer (3215), Spezialberichterstatter zu Kapitel 28, Titel 5, Klimann (3216), Spezialberichterstatter zu Kapitel 29, Titel 1 bis 9, Heizinger (3216), Klimberger (3216), Volker (3222), Sailer (3223), Luttenberger (3226), Hohenberg (3227), Paulitsch (3230), Pölzer (3231), Klimann (3232), Lajer (3233), Ammann (3235), Müllerner (3236) — Spezialdebatte über den VII. Abschnitt: Kapitel 25, Heereswesen, und Kapitel 27, Titel 4, Schieß- und Sprengmittel — Spezialberichterstatter zu Kapitel 25 Dr. Fetzabek (3228), Spezialberichterstatter zu Kapitel 27, Titel 4, Dr. Weidenhoffer (3239).

Ausschüsse: Mitteilung des Präsidenten von der Konstituierung des Immunitätsausschusses (3177).

Wahl Winsauer als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft an Stelle Gangl (3239).

Eingebracht wurde:

Antrag: Dr. Buresch, Krobath, Luttenberger, Teufl, Jarboch, Dr. Schönbauer u. Gen., betr. Milderung der Abgabekrise in Wein und zum Schutze der heimischen Weinproduktion (249/A).

Verteilt wurden:

Berichte: Des Ausschusses für Handel B. 420, des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft B. 421.

Tagesordnung: Bundesvoranschlag und Bundesfinanzgesetz (B. 393).

Strafgesetznovelle 1929 (B. 398).

Verlängerung der Geltungsdauer des Invalidenentschädigungsgesetzes (B. 416).

Verlängerung der urheberrechtlichen Schutzfrist (B. 417).

Allgemeines Grundbuchanlegungs-gesetz, Vermögensaufteilungs-gesetz und Grundbuchnovelle (B. 418).

Erhöhung des Zuckerzolles und Maßnahmen zur Erhaltung des Rübenbaues in Österreich (B. 419).

Präsident Dr. Waber eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min. vorm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 14. und 15. Dezember als genehmigt.

Er teilt ferner mit, daß der Immunitätsauschuß (ständiger Ausschuß nach § 27, Absatz 3, Zweite Bundes-Versfassungsnovelle) sich konstituiert und gewählt hat:

zum Obmann Dr. Danneberg, zum Obmannstellvertreter Mahrhofer, zum Schriftführer Doppler und zum Schriftführerstellvertreter Rieger.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1930 (B. 393), und zwar über den V. Abschnitt: Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28, Titel 3, Österreichische Bundesforste.

Spezialberichterstatter **Pirchegger:** Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetauschuß hat den Voranschlag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1930 in seinen Sitzungen vom 20. und 21. November 1929 der Beratung unterzogen.

Der Voranschlag des Bundesministeriums sieht an Ausgaben den Betrag von 52,144.000 S vor, das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung von rund 5,160.000 S.

Diese Erhöhungen kommen im besonderen den Titeln 2 und 3 zugute, das sind Bundeslehr- und versuchsanstalten und Bundeskellereinspektion sowie allgemeine Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Aber auch das Wasserbauwesen ist künftig wieder besser bedacht, als es bisher der Fall war.

Die Einnahmen sind mit 4,895.400 S veranschlagt, was sich gegenüber dem Vorjahre als eine

Erhöhung von rund 774.600 S darstellt. Diese Erhöhung ergibt sich hauptsächlich aus dem Titel 2, „Bundeslehr- und -versuchsanstalten und Bundesstellereinspektion“.

Wenn aus diesem Voranschlag Einzeldaten herausgehoben werden sollen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß im Titel 3, „Allgemeine Förderung der Land- und Forstwirtschaft“, außer der oft nicht unbeträchtlichen Erhöhung einzelner Posten zwei neue Posten aufscheinen, und zwar die Post 35, „Viehabsatzorganisation“, mit 200.000 S und die Post 37, „Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen zur Förderung der Milchwirtschaft“, mit 244.900 S.

Die neugeschaffene Viehabsatzorganisation ist die unerläßliche Ergänzung aller bisher getroffenen Maßnahmen, die geeignet sind, den Viehabsatz wirksam auszugestalten. Weiters sehen wir bei Post 27, „Förderung des Weinbaues“, eine besondere Rücksichtnahme auf „Weingartenerneuerung“, wodurch dem dringenden Bedürfnisse der Weinbauern zum Teil Rechnung getragen wird.

Hohes Haus! Ich halte es für außerordentlich notwendig, festzustellen, daß auf die Beratungen dieses Kapitels im Finanz- und Budgetausschuß auch heuer ebenso wie im Vorjahre die Not der Landwirtschaft stark abgefärbt hat. Sämtliche Redner aller Parteien haben den starken Willen zum Ausdruck gebracht, der Not dieses so wichtigen Erwerbszweiges unserer heimischen Volkswirtschaft doch endlich einmal wirksam zu begegnen. Es ist wiederholt betont und mit Dankbarkeit anerkannt worden, daß die Regierung und insbesondere das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft nichts unversucht lassen, um den Zielen der Landwirtschaft entsprechend Rechnung zu tragen, und ich darf mit Genugtuung feststellen, daß auch die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung selbst, sich emporzuarbeiten, endlich einmal von allen Rednern entsprechend gewürdigt wurden. Es ist dies eine Tatsache, die insbesondere von den bäuerlichen Kreisen mit großer Freude begrüßt, von ihnen sehr warm empfunden werden wird. Wie im Vorjahre darf ich auch heuer der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß der Mehraufwand an staatlichen Mitteln zur Förderung und Hebung der Landwirtschaft sicherlich eine gut verzinsliche Anlage bedeuten wird.

Der Aussprache im Finanz- und Budgetausschuß sind auch eine Reihe von Resolutionsanträgen entsprungen, die in dem gedruckten Berichte aufscheinen. Im übrigen möchte ich auf den dem Hause vorgelegten gedruckten Bericht verweisen und darf im Namen des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag stellen (*liest*):

„Der hohe Nationalrat wolle beschließen:

„1. Dem Kapitel 19, „Land- und Forstwirtschaft“, des Bundesvoranschlages für 1930 in der Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beige druckten Entschlüsse werden angenommen.“

Ich habe weiters über das Kapitel 28, Titel 3, „Österreichische Bundesforste“, zu referieren. Für dieses Kapitel sieht der Bundesvoranschlag für das Jahr 1930 folgende ziffermäßige Ansätze vor:

Die Einschlagsmenge in den Wirtschaftswäldern wird mit 1.147.112 Festmeter veranschlagt. Davon dienen 272.301 Kubikmeter zur Deckung des Bedarfes für die eingeforsteten Servitutsparteien.

Die Betriebseinnahmen sind mit 24.121.000 S, der Betriebsaufwand mit 23.722.300 S veranschlagt, so daß sich ein kassamäßiger Betriebsüberschuß von 398.700 S ergibt.

Unter Rücksichtnahme auf die Kosten für unbedingt notwendige Investitionen im Betrage von 500.000 S ergibt sich ein für das Jahr 1930 durch den Bund zu tragender Nettzuschuß von 101.300 S.

Im übrigen glaube ich, auf den ziemlich ausführlichen gedruckten Bericht verweisen zu dürfen, welchem auch eine im Ausschuß einstimmig gefaßte Entschlußung beige druckt ist.

Im Namen des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„1. Dem Kapitel 28, Titel 3, „Österreichische Bundesforste“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1930 in der Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beige druckte Entschlußung wird angenommen.“

Schneeberger: Hohes Haus! Die ganze Agrarpolitik in Österreich steht gegenwärtig im Zeichen von Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz. Es ist leider Tatsache, daß es so wie einigen anderen Wirtschaftszweigen auch einigen Zweigen unserer Landwirtschaft nicht sehr gut geht. Besonders der Getreidebau ist durch die andauernde und ziemlich starke Senkung der Weltmarktpreise in eine Krise geraten, die, wenn sie länger andauern sollte, nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch darüber hinaus ihre unangenehmen Wirkungen zeitigen müßte. In eine ähnliche Lage ist der Zuckerrübenbau im vergangenen Jahre durch die Konkurrenz des überseeischen Rohrzuckers gekommen, und es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß es unseren Weinbauern in einigen Gebieten außerordentlich schlecht geht. Ja, aber meine sehr geehrten Herren, diese Sorgen haben nicht nur wir in Österreich, und diese Klagen hört man nicht nur in unserem Lande, sondern diese Klagen kommen auch aus vielen anderen Ländern, nicht nur aus den Ländern Europas, sondern auch aus überseeischen Staaten. Es sind allgemein Klagen über die schlechte Lage der Landwirtschaft förmlich in der ganzen Welt laut geworden.

Wenn man die Hauptursachen dieser sozusagen internationalen Agrarkrise untersucht, dann findet man folgendes: Die landwirtschaftliche Produktion ist im letzten Jahrzehnt und besonders in den letzten Jahren nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ ganz nennenswert gestiegen, das Angebot an landwirtschaftlichen Produkten ist größer geworden. Bei weitem nicht in demselben Ausmaß ist die Konsumkraft der städtischen Bevölkerung gestiegen. Die Verschiebung dieser beiden Komponenten des Gesetzes von Angebot und Nachfrage zuungunsten der Landwirtschaft mußte natürlich ganz zwangsläufig zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes in landwirtschaftlichen Produkten nicht nur bei uns in Österreich, sondern in der ganzen Welt führen. Und bei diesem Konkurrenzkampfe ist es ebenso wie bei jedem anderen Kampfe: Der Große und Starke kann sich immer mit mehr Erfolg zur Wehr setzen als der Kleine und Schwache. Leider gehört unsere Republik zu den kleinen und schwachen Staaten, unsere wirtschaftliche Struktur und die Lage unserer Wirtschaft überhaupt erlauben es uns nicht, daß wir uns in Zollkriege stürzen, die mit den größten Gefahren für die Wirtschaft verbunden sind. Vor allem sind wir — diese Erfahrung haben wir in den letzten Jahren wiederholt gemacht — infolge unserer wirtschaftlichen Schwäche nicht imstande, so hohe Zölle handelspolitisch durchzusetzen, daß sie unserer Landwirtschaft auch dann einen entsprechenden Schutz gewähren würden, wenn der Weltmarktpreis sehr nieder ist. Angenommen, wir wären imstande, handelspolitisch so hohe Zölle durchzusetzen, dann wären wir auf der anderen Seite nicht imstande, das Preisniveau zu ertragen, das entstehen müßte, wenn die Weltmarktpreise hoch sind. Wir wissen alle, daß unsere Konsumkraft in Österreich außerordentlich geschwächt ist. Die Löhne und Gehälter sind nieder, der Geschäftsgang ist schlecht, mit einem Worte, die Einkommenverhältnisse der breiten Massen der Konsumenten sind außerordentlich ungünstig, und daher steht auch die Kaufkraft auf einem sehr niedrigen Niveau. Wir wissen aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre, daß jede nennenswerte Belastung des Konsums mit einem Rückgang des Konsums endet, daß der Konsum auf eine nennenswerte Belastung sofort damit reagiert, daß seine Aufnahmefähigkeit eine geringere wird. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß man der Landwirtschaft schon geholfen hat, wenn man die Preise der betreffenden Produkte erhöht, denn sofort nach der Preiserhöhung beobachtet man einen Rückgang in der Abnahme dieser Produkte, es entsteht eine Absatzkrise, die wieder ganz automatisch in die Preiskrise hineinführt. Daher sagen wir Sozialdemokraten, es kann nicht das Ziel einer Agrarpolitik sein, auf die schwachen Schultern des Konsumenten all das zu legen, was die Landwirtschaft braucht, um ihre Rentabilität und ihren Bestand zu gewährleisten. Darum behaupte ich, daß diejenige Agrarpolitik die schlechteste ist, die den Konsum schädigt.

Alle diese Tatsachen, die nicht wegzuleugnen sind, zwingen uns dazu, andere Wege zu gehen, als der große alte Staat gegangen ist und viele andere Staaten mit mehr oder weniger Erfolg gehen. Wir Sozialdemokraten haben uns immer für den notwendigen Schutz der Landwirtschaft ausgesprochen und in jedem einzelnen Falle immer ganz konkrete, detaillierte Vorschläge gemacht, wie wir uns die Befehung eines Notstandes in einem landwirtschaftlichen Produktionszweige vorstellen. Der Inhalt aller unserer Vorschläge, die wir gemacht haben, besteht im Wesen darin, der Landwirtschaft stabile Preise auf längere Zeit zu sichern. Das größte Unglück für die Landwirtschaft, das die Landwirte zur Verzweiflung treiben muß, ist das fortwährende Schwanken der Preise. Wenn der Landwirt sein Getreide baut, soll er doch wissen, welchen Preis er für das geerntete Getreide bekommt. Was aber Entsetzen und Verzweiflung bei dem Bauern auslösen muß, ist der Zustand, daß er heute Getreide unter der Voraussetzung anbaut, daß die Getreidepreise ihm noch die Gesteungskosten einbringen, und dann, wenn er das Getreide erntet und verkauft, der Preis, wie wir es im letzten Jahre erlebt haben, um 20 bis 30 Prozent gesunken ist, so daß er sich ganz umsonst geplagt und schließlich noch sein gutes Geld draufgezahlt hat. Das fortwährende Schwanken der Preise der einzelnen Produkte — einmal ein höherer Getreidepreis, dann ein niedrigerer Getreidepreis, einmal sinkende Fleischpreise, dann steigende Fleischpreise — zwingt den Landwirt, fortwährend seine Betriebsweise umzustellen. Wenn er sieht, daß sich der Getreidebau schlecht rentiert, ist er selbstverständlich gezwungen, auf den Futterbau, auf die Viehzucht und Fleischproduktion überzugehen. Raum hat er die entsprechenden Einrichtungen getroffen und dabei eine Menge Geld investiert, tritt die umgekehrte Tendenz ein, indem die Getreidepreise steigen und die Fleischpreise oder die Preise der Molkereiprodukte sinken. Das investierte Kapital und seine ganze Mühe ist wieder verloren. Im nächsten Jahr sieht man wieder die umgekehrte Bewegung. Auf diese Weise kommen die Betriebe nie zur Ruhe. Die so notwendige Typisierung und Standardisierung der Produktion wird durch die fortwährenden Preisschwankungen unmöglich gemacht. Die Betriebe müssen unsinnige Summen an Kapital durch die fortwährende Umstellung der Betriebsweise investieren, kommen aber nie in die Lage, einen wirklichen Nutzeffekt und Erfolg dieser Investitionen zu ernten. Darum stehen wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkte, daß es für den Landwirt zunächst vielleicht nicht das entscheidendste ist, wie hoch die Preise sind, sondern das entscheidendste ist, daß wir zu stabilen Preisen kommen, damit der Landwirt, wenn er investiert und anbaut, auch weiß, welchen Preis er für seine Produkte erwarten kann.

Diesen wirklich wünschenswerten Zustand können Sie mit der Politik, die Sie bisher getrieben haben,

mit der Zollpolitik, nicht erreichen. Wenn die Preise niedrig sind, verlangen Sie einen hohen Zoll. Abgesehen davon, daß wir so hohe Zölle, daß sie unsere Landwirtschaft auch bei niederen Weltmarktpreisen schützen würden, handelspolitisch gar nicht durchsetzen können, haben Sie damit der Schwankung und Differenzierung der Preise keinen Kiegel vorgeschoben. Sie zwingen die Landwirtschaft, ununterbrochen die Betriebsweise zu ändern. War es noch vor wenigen Jahren notwendig, den Getreidebau, die Körnerfrucht zu fördern, so sagt Ihnen jetzt jeder Landwirt ins Gesicht: Ja, meine Herren, so kann es nicht weitergehen. Bei diesen Getreidepreisen ist es vollständig ausgeschlossen, Getreide zu bauen, denn da wissen wir von vornherein, daß wir die Gesteungskosten nicht hereinbringen können. Wir müssen etwas anderes anbauen. Jetzt steigen die Preise für Fleisch, für Vieh, für Schweine. Die Landwirte stellen ihren Betrieb um, und vielleicht in einem Jahre, wenn es nur solange dauert, vielleicht in einem halben Jahre, wenn die Investitionen gemacht, die Betriebe umgestellt sind, kommt vielleicht wieder die umgekehrte Entwicklung. Dann werden die Getreidepreise steigen und die Fleischpreise sinken, und dann sind wieder die Betriebe gezwungen, ihre Betriebsweise zu ändern. Das ist der ungesundeste Zustand, den es gibt. Wir können unserer Landwirtschaft nur durch die Stabilisierung helfen, selbstverständlich durch eine Stabilisierung der Preise auf einem Niveau, das die Gesteungskosten deckt und das für die allgemeine wirtschaftliche Lage erträglich ist.

Was haben aber Sie uns auf alle unsere guten Vorschläge und Anträge für eine Antwort gegeben? Sie haben unsere Anträge zunächst unmittelbar abgelehnt, wemgleich Sie später manches Mal unsere Vorschläge aufgegriffen und Sie zu den Ihrigen gemacht haben. Aber Sie haben auch noch mehr getan: Sie haben nicht nur unsere Vorschläge und Anträge, die wirklich ernst, die gut gemeint waren, die im Interesse der Landwirtschaft gelegen waren, abgelehnt, sondern Sie sind sogar so weit gegangen, daß Sie die Sozialdemokraten rundweg zu Feinden der Landwirtschaft stempeln. Ich sage das nicht deshalb, weil wir uns vor dieser Agitation fürchten oder weil wir uns nicht zur Wehr setzen können, sondern ich sage Ihnen das deswegen, weil Sie durch diese Methode, daß Sie von vornherein jede noch so sachliche Frage zu einem politischen Kampfobjekt stempeln, daß Sie jede sachliche Frage sofort zu einem politischen Zankappel machen, der Landwirtschaft den allerschlechtesten Dienst erweisen. Es ist ja leider manchmal unvermeidlich, daß rein wirtschaftliche Fragen in dem Kampf der Parteien eine große Rolle spielen, aber es gibt bestimmt viele Fragen — und der Herr Berichterstatter hat das soeben festgestellt —, bei denen sich im Finanzausschuß bei der Beratung des Kapitels „Landwirtschaft“ wiederholt volle Übereinstimmung aller Parteien gezeigt hat und wo bei allen

Parteien der gute Wille, der Landwirtschaft zu helfen, zum Ausdruck gekommen ist. Und darum sollen Sie es, nicht in unserem Interesse, sondern im Interesse der Landwirtschaft unterlassen, jede Frage, die hier auftaucht, sofort zu einem politischen Kampfobjekt zu machen.

Wir haben uns in allen landwirtschaftlichen Fragen ein vollständiges Programm zurechtgelegt, im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien und zum Landwirtschaftsministerium, wo man wirklich ohne jede Übertreibung von einer Programmlosigkeit reden kann. Statt einmal den ganzen Komplex der notwendigen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft auf die Tagesordnung des Hauses zu stellen, wird eine Frage herausgegriffen, zu einer Entscheidung getrieben, und alles andere wird liegen gelassen. Kein Mensch bekommt einen Überblick darüber, was überhaupt gedacht ist, was überhaupt das Ministerium für Pläne hat, was die Regierungsparteien und die Regierung überhaupt zu machen gedenken. Das ist ein Übel in der Behandlung landwirtschaftlicher Fragen. Es ist bekanntlich vor Schluß der Sommertagung des Nationalrates ein Unterausschuß gewählt worden, und die Regierung und die Regierungsparteien haben in dem Unterausschuß die Erklärung abgegeben, daß dieser Unterausschuß zu dem Zwecke eingesetzt ist, um nun kontinuierlich nicht nur die Hilfsmaßnahmen für den Getreidebau, sondern alle Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft zu beraten und zu behandeln. Was haben wir aber in Wirklichkeit erlebt? Der Unterausschuß ist zu nichts anderem gekommen als zu einer Subvention von 6 Millionen Schilling, die das Finanzministerium als erste Rate der Subvention für den Getreidebau flüssig gemacht hat. Ein zweites Mal ist der Unterausschuß nicht mehr einberufen worden. Er besteht zwar noch, aber man hat die ganze Zeit jetzt nichts von ihm gesehen, und er ist nie in die Lage gekommen, seine Arbeit fortzusetzen. Diese Tendenz, die hier in der rein technisch-formalen Behandlung aller landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen ersichtlich wird, ist auch zum Schaden der Landwirtschaft. Wir würden sehr wünschen und das Landwirtschaftsministerium bitten, doch endlich einmal dem Nationalrat klipp und klar zu sagen, was die Regierung in all diesen Fragen zu tun denkt. An Beratungen fehlt es ja wirklich nicht, Programme tauchen in der Presse und bei diesen Beratungen in Menge auf, zum Teil mögliche, zum Teil unmögliche. Aber Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums wäre es, alles Nützliche und Zweckmäßige zu sammeln und dem Nationalrat einmal zu sagen: Das ist das Programm der Regierung, hinter diesem Programm steht die ganze Regierung; nicht, daß wir immer dieses Schauspiel erleben, daß, wenn solche Fragen in den Ausschüssen zur Behandlung gelangen, selbst unter den drei Regierungsparteien keine Übereinstimmung besteht, daß die eine Regierungspartei dorthin zieht und die andere in der entgegengesetzten Richtung und daß die

Beratungen über wichtige Fragen abgebrochen werden müssen, weil nicht einmal innerhalb der Regierungsparteien eine Übereinstimmung hergestellt worden ist. Wir haben ja gestern wieder in der kurzen Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses dasselbe erlebt. Regierungsparteien stellen Anträge, die Anträge kommen im Ausschuss zur Verhandlung und nun kommt ein Mitglied der Regierung und verkündet im Ausschuss, daß sich die Regierung hier nicht einig sei, es müßte erst im Kabinettsrat und in Parteienbesprechungen der Sachverhalt klargestellt werden; daher muß der Ausschuss wieder nach Hause geschickt werden und die Diskussion über eine gewiß sehr wichtige Frage — Hilfsmaßnahmen für den Weinbau — wieder verschoben werden. Das ist ein unerträglicher Zustand, unerträglich innerhalb des Parlaments und unerträglich für die Menschen draußen, die darauf warten, daß das Parlament für sie etwas macht, um so mehr unerträglich, wenn die Menschen sehen, daß nicht einmal innerhalb der Regierung eine Übereinstimmung und eine Einigkeit erzielt werden kann.

Da muß man schon sagen, es ist übertrieben, daß Sie sich fortwährend in der Öffentlichkeit und in der Presse mit der angeblich feindseligen Einstellung der Sozialdemokraten gegen die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft beschäftigen. Wenn Sie diese Methode in der Agitation anwenden und selber innerlich davon überzeugt sind, daß es nicht so ist, daß es die Zerfahrenheit im Regierungslager, die Zustände im Ackerbauministerium mit sich bringen, daß die Beratung und die Behandlung dieser Hilfsmaßnahmen kein flotteres Tempo bekommt, und wenn Sie dennoch nach außen hin der Öffentlichkeit gegenüber es so darstellen, es gebe nur ein einziges Hindernis, das seien die Sozialdemokraten, darum komme man nicht zu jenem und nicht zu dem anderen, da muß man schon sagen und das muß auf uns so den Eindruck machen, als ob Sie diese Methode nur deswegen anwenden, weil Sie sich selbst in einer großen Verlegenheit befinden und der Öffentlichkeit nicht zu sagen wagen, wo wirklich das Übel liegt. Wenn wir also die Schuldfrage objektiv untersuchen würden, müßten wir wohl zu dem Ergebnis kommen, daß, wenn die Landwirtschaft mit dem, was das Parlament für sie leistet, unzufrieden ist, die Schuld nicht auf Seiten der Sozialdemokraten, sondern innerhalb der Regierungsparteien und innerhalb der Regierung selbst gelegen ist.

Und nun, hoher Ausschuss, zu einer speziellen Frage. Es vergeht keine Budgetberatung, ohne daß das landwirtschaftliche Arbeiterwesen zur Sprache gelangt. Die christlichsozialen und landbündlerischen Bauernvertreter beschwerten sich immer darüber, daß ihnen die Arbeiter, die Dienstboten davonlaufen, daß sie in die Stadt gehen und daß infolgedessen die Landwirte zu wenig Arbeitskräfte haben. Leider ist es Tatsache, daß die Abwanderung vom Lande in die Stadt, die wohl eine ständige Erscheinung in allen Ländern ist, insbesondere

jetzt in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit, weit über das gesunde und zulässige Ausmaß hinausgeht. Aber das Beklagen dieses Übelstandes allein nützt nichts. Man muß die Ursachen der Landflucht suchen und diese bekämpfen. Was sind denn die Hauptursachen der Landflucht? Da ist zunächst die soziale Fürsorge für die landwirtschaftliche Arbeiterschaft. Die landwirtschaftlichen Arbeiter mußten eben um 40 Jahre länger auf die Einführung einer Krankenversicherung warten als die Industriearbeiter, und es ist leider Tatsache, daß heute noch mehr als 100.000 Landarbeiter noch nicht einmal eine Krankenversicherung haben, weil in das Landarbeiterversicherungsgesetz Bestimmungen aufgenommen wurden, die die Mehrheitsparteien beschlossen haben, wonach das Gesetz in einigen Ländern nicht im Jahre 1929, sondern erst im Jahre 1930 in Kraft tritt. Dazu kommt noch, daß die gesetzlichen Vorschriften nicht eingehalten werden und die ganze Versicherung zum Nachteil der Arbeiter durchgeführt wird. Was sagen Sie zum Beispiel dazu, daß die Arbeiter, die nach ihrem Verdienst in die 6. und 7. Lohnklasse eingereiht werden sollten, in die 3. und 4. Lohnklasse eingereiht werden, daher weniger Krankengeld, weniger Unfallrente und weniger Altersrente bekommen, also die ganze Versicherung — ich behaupte: in ungesetzlicher Weise — zum Nachteil der Arbeiter durchgeführt wird? Und was soll man sagen, wenn man sieht, daß die Regierung einen privaten Verein, der nur zu dem Zwecke gegründet wurde, die Landarbeiterversicherung zu sabotieren, diese Gemeindefrankenkassen, in Oberösterreich mit der Durchführung der Landarbeiterversicherung betraut? Bei einer solchen Behandlung der Landarbeiter dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Leute dann damit antworten, daß sie einfach die landwirtschaftlichen Betriebe verlassen und dorthin gehen, wo diese Einrichtungen besser ausgebaut sind. Das Arbeitsrecht in der Landwirtschaft ist völlig unzulänglich geregelt. Daß es in unserem kleinen Staat neun Länder gibt, ist, behaupte ich, schon an sich ein Unglück; wir haben diese historische Erscheinung übernehmen müssen und haben damit die größten Schwierigkeiten. Aber daß jedes dieser Länder in eigener Kompetenz und mit eigenen Machtvollkommenheiten auch das Arbeitsrecht der Landarbeiter in einer grundverschiedenen Weise regelt, das ist ein unmöglicher Zustand. Darum müssen wir verlangen, daß so bald als möglich eine Vereinheitlichung im Landarbeiterrecht hergestellt wird.

Nun die Wohnungsverhältnisse! Zugegeben, daß vom gesundheitlichen und sittlichen Standpunkte die Wohnungsverhältnisse in den bäuerlichen Betrieben so im großen ganzen den Bedürfnissen entsprechen. Es gibt auch Ausnahmen, man findet hunderte und hunderte Fälle, wo die Dienstboten schlecht, sehr schlecht untergebracht sind, und es ist leider Tatsache, daß Arbeiter noch nicht in einem eigenen Raum, sondern mit dem Vieh zusammen in den Stallungen

schlafen müssen. Ich will nicht generalisieren, aber leider kommt das noch immer vor. Im Großbetrieb gibt es zwar Familienwohnungen, wo die Arbeiter instände sind, eine Familie zu gründen, aber man frage nicht nach der Beschaffenheit dieser Wohnung. Vom sittlichen und hygienischen Standpunkt kann man diese Unterkünfte in der Regel überhaupt nicht als Wohnungen bezeichnen. Im bäuerlichen Betrieb sind keine Wohnungen vorhanden, die dem Arbeiter das Gründen einer Familie, eines eigenen Herdes, ermöglichen. Wenn ein Arbeiter, ein Bauernknecht oder eine Bauern-
diene eine Familie, einen eigenen Hausstand gründen wollen, dann sind sie gezwungen, den Betrieb und das heißt die Landwirtschaft überhaupt zu verlassen, sich eine Beschäftigung in einem größeren Ort, in der Stadt zu suchen, wo die Möglichkeit besteht, doch eine Wohnung zu finden und einen eigenen Herd aufzurichten. Wir haben wiederholt, ich glaube drei- oder viermal, bei den Verhandlungen des Bundesvoranschlages im Finanzausschuß den Antrag gestellt, eine Summe von 10 Millionen Schilling zur Gründung von Landarbeiter-siedlungen, zur Schaffung von Heimstätten für die Landarbeiter zu bewilligen. Sie haben unseren Antrag immer abgelehnt, Sie haben mit Redensarten diese wichtige Sache abgetan, und Sie haben damit nicht dazu beigetragen, die Landflucht, die wir alle bekämpfen und vermindern wollen, zu beseitigen.

Dazu kommt noch, hohes Haus, daß auf den landwirtschaftlichen Großbetrieben die Arbeiter systematisch gewaltsam vertrieben werden. Die Zahl der ständigen Arbeiter auf den großen Betrieben wird von Jahr zu Jahr geringer. Wir verstehen, daß durch die Rationalisierung, durch die Einführung von Maschinen in der Landwirtschaft der Aufwand an menschlicher und tierischer Arbeitskraft immer geringer wird, aber über dieses Ausmaß hinaus werden die ständigen Arbeiter von den großen Höfen vertrieben, und ihre Arbeitsplätze werden mit ausländischen Arbeitern besetzt, die sonder Zahl, jedes Jahr in steigendem Ausmaße, nach Österreich hereinkommen und dort auf den Gutsbetrieben verwendet werden. Das sind die Ursachen der Landflucht. Wenn man die Landflucht bekämpfen will, muß man diese Ursachen beheben. Deswegen verlangen wir die restlose Durchführung des Landarbeiter-versicherungsgesetzes, die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zunächst für die Forstarbeiter, damit diese Menschen nicht gezwungen sind, von ihren Wohnstätten und Siedlungen in der Zeit schlechter Konjunktur abzuwandern und die Arbeitslosigkeit in den Städten zu vermehren, so daß, wenn diese Arbeitskräfte später gebraucht werden, sie an Ort und Stelle nicht zu finden sind. Wir verlangen ein einheitliches modernes Arbeitsrecht für die landwirtschaftliche Arbeiterschaft im Sinne unserer Anträge, die im Parlament vorliegen. Wir verlangen die so dringende Förderung des Baues von Landarbeiter-

siedlungen und die Errichtung einer paritätischen Arbeitsvermittlung.

Und nicht zuletzt, meine Herren — erschrecken Sie nicht! —, verlangen wir die ungehinderte Ausübung des Koalitionsrechtes für die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft. Es geht nicht an, daß man dem Landwirt, dem Arbeitgeber jeden Tag predigt, wie wichtig es ist, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, und den Landarbeiter mit allen Mitteln daran hindert, sich gleichfalls seiner Berufsorganisation anzuschließen. Es ist leider Tatsache, daß die Koalitionsbestrebungen, die auch unter der Landarbeiterschaft vorhanden sind und die einen gesunden Sinn, einen Aufstiege, eine Kulturentwicklung bedeuten, gewaltsam von Ihnen unterdrückt werden, von den einzelnen und den Organisationen der Arbeitgeber, und daß die Arbeiter, die sich ihrer Berufsorganisation anschließen, gemafregelt werden. Wir wären in der Lage, Ihnen viele Fälle mitzuteilen, wo Sie nicht nur die Arbeiter, die sich einer freien Gewerkschaft anschließen, mit Entlassung bedrohen und auch tatsächlich entlassen; Sie gehen noch weiter: selbst dort, wo sich die Arbeiter einer christlichen oder einer anderen Gewerkschaft anschließen, die mit einer sozialdemokratischen Führung, wie Sie es nennen, nichts gemein haben, wird mit brutaler Gewalt, mit Androhung von Maßregelungen, mit der faktischen Schikanierung dieser Arbeiter jede Koalitionsbestrebung verhindert. Das ist eine unleugbare Tatsache. Wir können Sie im Interesse der Landwirtschaft nur bitten, daß Sie, die Führer der Organisationen und der Bauern, auf Ihre Mitglieder und auf die Landwirte, ob groß, ob klein, einwirken, daß sie die Arbeiter in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gewähren lassen, denn der Landarbeiter hat genau so wie jeder andere Mensch im Staate das Recht, von seinen staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen. Wir reden Ihnen kein Wort dawider, wenn Sie den Bauern sagen: Hinein in die Organisation! Aber Sie müssen verstehen, daß auch der landwirtschaftliche Arbeiter das Bedürfnis hat, in einer Berufsorganisation seine Interessen zu vertreten, und wer ihn daran hindert, begeht eine Rücksichtslosigkeit und eine Ungerechtigkeit.

Zum Schlusse möchte ich Sie bitten, nie daran zu vergessen, daß zu der Landwirtschaft auch der Landarbeiter gehört. Wer eine gute, gesunde, richtige Agrarpolitik macht, muß sich auch um die Lage der Landarbeiter kümmern und nicht nur um die Lage der Landwirte. Es ist daher außerordentlich bedauerlich, wenn Landwirte oder Führer von Landwirten in das Parlament hereinkommen und solche Reden halten, wie der Herr Abg. Tauschitz vom Landbund es getan hat, indem er wortwörtlich gesagt hat, daß der Schutt der Revolution — was kann das sein? das ist das bishen Krankenversicherung, das bishen Unfallversicherung, die paar Schilling Altersfürsorge-rente, die es auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter

gibt —, daß dieser Schutt weggeräumt werden muß und daß dann, wenn das Parlament diesen Willen der Herren nicht erfüllt, eine Bewegung entstehen wird so ähnlich, wie die es gewesen ist, die die Kämpfe um die Reform der Verfassung begleitet hat. Nun, damit erweisen Sie der Landwirtschaft keinen guten Dienst. Wenn die Arbeiter in der Landwirtschaft erfahren, daß die Führer der Landwirtschaft im Parlament, in der gesetzgebenden Körperschaft, vor aller Öffentlichkeit solche Absichten kundtun, müssen sich diese Menschen sagen, wir haben von unseren Dienstgebern nichts Gutes zu erwarten. *(Tauschitz: Das ist nicht wahr! — Gegenrufe.)* Raum ist es uns gelungen, einige wenige sozialpolitische Gruppierungen zu erkämpfen... *(Tauschitz: Sie haben ja nichts von der Krankenversicherung, sie kostet nur eine Menge Geld! — Lebhaftes Zwischenrufe.)* Bis nun ist es dank der Einstellung der Herren Landbündler gelungen, die Inkräftsetzung der Landarbeiterversicherung zu verschieben, so daß noch immer 110.000 Landarbeiter noch keine Krankenversicherung haben, weil die bäuerlichen Dienstboten im Burgenlande, in Steiermark, in Oberösterreich noch immer nicht in die gesetzliche Versicherung einbezogen sind. Und bevor noch der heißersehnte Tag, der 1. Jänner 1930, kommt, von dem diese vielgeplagten armen Menschen erwarten, daß an ihm auch für sie endlich einmal ein bißchen gesetzlicher Schutz bei Krankheiten in Kraft tritt, bevor noch dieser Tag kommt, gehen die Herren Landbündler auf die Tribüne des Hauses und teilen der Öffentlichkeit mit, daß, wenn nicht mit dem revolutionären Schutt aufgeräumt wird, eine solche Bewegung kommen werde... *(Tauschitz: Das habe ich nicht gesagt! Das ist eine Verdrehung! Sie haben schon sehr viel von Ihren Kollegen gelernt!)* Ja, Herr Kollege Tauschitz, dann sind Sie... *(Tauschitz: So etwas ist unverschäm! — Lebhaftes Zwischenrufe.)* Wenn Sie von dem revolutionären Schutt reden, dann sagen Sie uns gefälligst, was Sie da meinen. *(Tauschitz: Wer hat denn gesagt, daß ich die Landarbeiterversicherung weg haben will? — Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.)* Ich weiß, daß es Ihnen weh tut, daß Sie hier mit Ihrer Politik angenagelt werden, aber es nutzt Ihnen nichts! Wir beweisen Ihnen zehnmal, daß Sie überall, hier im Parlament, draußen in den Ländern, in den Institutionen selbst, alle Kräfte aufbieten, um die Einführung einer geordneten Sozialversicherung in der Landwirtschaft unmöglich zu machen. *(Zangel: Die Hypertrophie des Beamtenapparats bekämpfen wir!)* Gegen solche Argumentationen ist es allerdings außerordentlich schwer aufzukommen. Die ganze Welt hat auf dem Gebiete der Sozialversicherung die Erfahrung gemacht — nicht nur in der Industrie und im Gewerbe, sondern auch in der Landwirtschaft —, daß es besser ist, große, leistungsfähige Klassen und Institute zu gründen. Und die Herren Landbündler behaupten,

daß die Versicherung viel besser und viel billiger ist, wenn man statt einer Krankenkasse in einem Lande 700 oder ebenso viele Krankenkassen macht als das betreffende Land Gemeinden hat. Durch 40 und 50 Jahre haben wir die Erfahrung gemacht, daß die bestfundierte Versicherung die ist, die den größten Risikenausgleich hat, und in allen Ländern der Welt, nicht nur in Österreich werden große leistungsfähige Gebilde angestrebt. Davon sind auch Sie überzeugt, meine Herren, genau so wie wir. Sie kommen ja auch in der Welt herum und sehen, was es überall gibt, aber Sie haben sich programmatisch darauf festgelegt, die Einführung der Sozialversicherung in der Landwirtschaft zu sabotieren. *(Rufe: Nein!)* Sind Sie doch ein bißchen aufrichtig und gestehen Sie, daß bei allen politischen Kämpfen und zuletzt bei den Gemeinderatswahlen in Oberösterreich und Niederösterreich der Tenor der ganzen Landbundagitation im Kampfe gegen die Christlichsozialen hauptsächlich darin bestand, daß Sie die Christlichsozialen beschuldigen, sie seien zu landarbeiterfreundlich und hätten auch für die Landarbeiterversicherung gestimmt. *(Zwischenrufe.)* Sagen Sie das einmal offen heraus, gestehen Sie das auch hier ein. Tausende Menschen, die Ihnen zugehört haben, sind ja Zeugen Ihrer Politik und Ihrer Argumentation; das Abstreiten nutzt Ihnen doch gar nichts. *(Zwischenrufe.)*

Darum, hohes Haus, sage ich noch einmal: Es ist außerordentlich bedauerlich, wenn die Herren Arbeitgeber oder ihre Organisationen in der Landwirtschaft glauben, sie nutzen der Landwirtschaft, wenn die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeiter vernachlässigt werden. Damit nutzen Sie der Landwirtschaft nicht, damit schaden Sie der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ohne landwirtschaftliche Arbeiter ist nicht denkbar. Ungefähr 60 Prozent des Betriebsaufwandes in der Landwirtschaft müssen für die landwirtschaftliche Arbeitskraft ausgegeben werden. Die Arbeitskraft spielt daher in der Landwirtschaft noch eine viel größere Rolle als in manchen anderen Produktionszweigen. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß die Landarbeiter die Behandlung, die Sie ihnen angedeihen lassen, unbeantwortet lassen werden. Wenn sie sich mangels einer Interessenvertretung nicht zur Wehr setzen können, werden sie zu dem einzigen und letzten Mittel greifen: werden die Landwirtschaft verlassen. Und darum wiederhole ich noch einmal: Wer eine gesunde und gute Agrarpolitik machen will, der muß auch jederzeit das entsprechende Verständnis für die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft aufbringen. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)*

Thaler: Hohes Haus! Unsere Republik ist jetzt 11 Jahre alt, und die Einstellung aller übrigen Berufsgruppen zur Landwirtschaft ist eine wesentlich andre und, wie ich als Obmann des Reichsbauernbundes mit Vergnügen konstatieren kann, eine wesentlich bessere geworden. Dieses Kompliment mache ich nicht etwa nur

der Mehrheit dieses Hauses, sondern auch der Opposition. Vor zehn Jahren allerdings ist die große Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Lebensmittelnot gestanden. Diese Lebensmittelnot hat man unverdientermaßen der Landwirtschaft zum Vorwurf gemacht, ohne zu bedenken, daß die österreichische Landwirtschaft durch Krieg und Zwangswirtschaft auf etliche Jahre hinaus einfach zugrunde gerichtet war. Wenn sich nun dieses Urteil der Öffentlichkeit zu unseren Gunsten verbessert hat, so hat dies die Landwirtschaft selbst bewirkt, welche die vielen der Landwirtschaft abträglichen Behauptungen und Schlagworte durch den Gegenbeweis korrigiert hat. Ich glaube sagen zu dürfen, die Landwirtschaft in keinem Lande von Mitteleuropa hat es vermocht, in annähernd demselben Tempo und Ausmaße den Eigenbedarf der Bevölkerung zu decken, wie es die österreichische Landwirtschaft in diesen Jahren mit Erfolg zu tun bemüht war.

Es ist schon Unus, daß man bei der Budgetdebatte über alles andere spricht, nur nicht über das Budget selbst, obwohl uns die Regierung heuer ein Budget vorgelegt hat, an dem die österreichische Öffentlichkeit und das hohe Haus Freude haben können. Das Budget ist ausgeglichen, wohl erwogen und auch in wesentlichen Punkten, speziell für die Landwirtschaft, nicht unbedeutend erhöht, so daß die österreichische Öffentlichkeit eine Freude haben kann, daß es in Österreich wenigstens einen großen Wirtschaftsfaktor gibt, der noch aktiv ist, nämlich der Staatshaushalt.

Die Privatwirtschaften können das von ihrer Wirtschaft heuer, leider Gottes, nicht in dem Ausmaße sagen — die allerwenigsten können es —, und es wäre die Frage interessant, warum sie zu diesem schlechten Ergebnisse kommen. Wesentlich schuld daran hat das österreichische Handelspassivum, das schon auf 1000 Millionen angewachsen ist. Die Landwirtschaft hat immer darauf hingewiesen, daß sie der Meinung ist, daß diese Riesensumme der österreichischen Wirtschaft irgendwo abgehen wird. Wir sind zwar von anderen Wirtschaftspolitikern dahin belehrt worden, daß auch andere Länder eine passive Handelsbilanz aufweisen, und dabei wurde speziell auf England hingewiesen, das trotzdem das reichste Land der Erde sei. Das mag sein, nur glaube ich, daß sich der kleine Binnenstaat Österreich wirtschaftlich nicht mit dem englischen Weltreiche vergleichen läßt, denn wenn auch England keine aktive Handelsbilanz hat, so läßt sich gar nicht ermesen, von wo überall die Einkünfte Englands herkommen, während wir dies in Österreich mit einiger Sicherheit feststellen können. Wohl gibt es auch in Österreich Faktoren, die der Wirtschaft Geld zubringen, das man nicht registrieren kann. Es leben zum Beispiel Österreicher im Auslande, verdienen dort und bringen ihre Ersparnisse in die Heimat, oder, da wir Österreicher Kinder guter Eltern sind, haben viele Kapitalien im Auslande, deren Zinsen nach Österreich kommen, oder Wien ist ein geldwirtschaftliches Zentrum von Europa, und es

wird sicher dadurch hier Geld verdient, das nicht ganz genau erfasst werden kann. Österreich wird auch immer mehr und mehr dem Fremdenverkehr erschlossen und verdient daran gewiß Summen. Aber all das macht sicherlich nicht das Handelspassivum von 1000 Millionen wett, weshalb ich glaube, daß die österreichische Wirtschaft und auch die Landwirtschaft recht daran getan hat, zu versuchen, ein Loch in der Handelsbilanz nach dem andern zu stopfen.

Auch die österreichische Industrie ist mit vielem Erfolge bemüht, das zu tun, nur ist sie gegenüber der ausländischen Industrie insofern im Nachteil, als sie die notwendigen Rohstoffe zum großen Teil aus dem Auslande beziehen muß und nur an dem Veredelungsprozesse verdienen kann. Die österreichische Landwirtschaft aber kann sich alles aus dem eigenen Grund und Boden erarbeiten, und das ist dann Gewinn für die österreichische Gesamtwirtschaft, weil kein Geld ins Ausland geht und andere Berufsgruppen an Erzeugnissen der Landwirtschaft weiterbauen und arbeiten können. Ich war früher auch der Meinung und habe zugestimmt, wenn gesagt wurde, Wien sei ein Wasserkopf, an dem die österreichische Wirtschaft zugrunde gehen muß. Ich habe mich in dieser Auffassung gründlich gebessert (*Bravo!*) und bin als Agrarier der festen Meinung, Wien kann uns zum Segen werden, nur muß sich die Stadt Wien den Tisch von der eigenen Landwirtschaft decken lassen. (*Sehr richtig!*)

Es ist uns gesagt worden, daß wir die Sache immer falsch anpacken, daß wir immer nur durch Zölle den Schutz und eine Besserung der österreichischen Landwirtschaft zu erzwingen trachten. Der Zollschutz ist aber eines derjenigen Mittel, deren sich auch die umliegenden Staaten bedienen. Ich meine, wenn die österreichischen Konsumenten endlich einmal so viel Wirtschaftspatriotismus entwickeln würden, daß sie sich zuerst von der eigenen Landwirtschaft den Tisch decken lassen, dann würde es der Zölle überhaupt nicht bedürfen; denn die Zölle sind, leider Gottes, nur ein Instrument zum Wirtschaftspatriotismus. (*Zustimmung.*)

Es ist uns auch der Vorwurf gemacht worden — das heißt nicht der Bauernschaft als solcher, sondern in erster Linie dem Landwirtschaftsministerium —, daß es planlos wirtschaftete und nicht alles geschehen ist, was hätte geschehen können. Da muß ich lebhaft widersprechen. Wenn es der österreichischen Landwirtschaft gelungen ist, in einem solchen Ausmaße vorwärts und aufwärts zu kommen, in einem solchen Ausmaße die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Produkten der eigenen Wirtschaft zu erreichen, so kann das doch nur darauf zurückzuführen sein, daß die erste Stelle — und das ist wirtschaftlich das Landwirtschaftsministerium — vollauf ihre Pflicht getan hat. Ich glaube, daß es dem hohen Hause besser anstünde, dem Landwirtschaftsministerium und dessen Leiter Dank und Anerkennung auszusprechen, als ihm Vorwürfe zu machen. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Wenn gesagt worden ist, daß wir endlich mit einem festumrissenen Programm aufwarten sollen, daß wir sozusagen in einem Aufwaschen einmal alle Schäden der Landwirtschaft zu beheben trachten sollen, nicht immer so zizertweise, so möchte ich darauf antworten, daß uns das ja bis dato nicht möglich war. Speziell heuer ist ja das Budget bezüglich der Beachtung, die es sonst alljährlich findet, auch deswegen in den Hintergrund gedrängt worden, weil wir die Verfassungsreform haben in Angriff nehmen müssen. Wir Bauern haben nur einigermaßen zögernd zugestimmt, daß diese Verfassungsreform als erster Gegenstand auf den Tisch des hohen Hauses gelegt worden ist; aber wir haben dabei gehofft, daß durch die Verfassungsänderung das österreichische Parlament endlich in die Verfassung komme, daß ohne demagogische Seitensprünge wirkliche und sachliche Wirtschaftspolitik hier betrieben werden kann. Nachdem das nun geleistet worden ist, wird die Landwirtschaft es nicht verabsäumen, sich jetzt auch zum Worte zu melden, und ich möchte nur auf das lebhafteste wünschen, daß dann die Opposition uns dabei auch in der Weise unterstützt, wie sie das heute angekindigt hat.

Es ist auch gesagt worden, daß wir uns mehr mit einer besseren Organisation in der Landwirtschaft befleißigen sollen. Daran hat es bei uns nicht gefehlt; ich meine, daß in den letzten zehn Jahren punkto Organisation in der Landwirtschaft mehr geschehen ist als früher in fünfzig Jahren. Wenn es zum Beispiel früher gelungen ist, von Westösterreich nach Ostösterreich nur 7000 Stück Vieh zu bringen, im letzten Jahre aber 50.000 Stück Vieh, dann ist das doch ein Zeichen der richtigen Organisation. Wenn es gelungen ist, trotz des Milchzolles eine Milchpreiserhöhung hintanzuhalten, und ausländische Minister uns das Zeugnis ausgestellt haben, daß die Stadt Wien die mit Milch bestbeliebteste Stadt sei, so ist das doch auch wieder darauf zurückzuführen, daß es an der Organisation in der Landwirtschaft keineswegs fehlt, sondern daß wir wirklich Schritt für Schritt trachten, die Lücken, die die Handelsbilanz zeigt, zu stopfen. Ich meine, daß wir in dieser Hinsicht uns keinen Vorwurf verdient haben. (Müller: Nur bei der Milch klappt es, sonst nirgends!) Auch beim Zucker, zum Teil auch beim Getreide. Früher hat man ja von der österreichischen Brauerseite überhaupt nicht gesprochen, und jetzt sind wir schon so weit, daß wir ausführen können. Das zeigt doch, daß wir planmäßig in der Organisation der Landwirtschaft vorgehen, und zwar in der Weise, daß wir das österreichische Wirtschaftsgebiet so ausbauen, daß wir uns gegenseitig nicht konkurrenzieren und daher alle wirtschaftlichen Möglichkeiten zu erfassen trachten. Das haben wir bei jeder Gelegenheit bewiesen, und es wäre sonst auch nicht möglich gewesen, in so kurzer Zeit aus einem Einfuhrland ein Ausfuhrland zu werden.

Hohes Haus! Die Regierung hat uns vor kurzem mitgeteilt, daß sie sich künftighin, nachdem die Ver-

fassungsfrage unter Dach gebracht ist, mehr mit den Wirtschaftsproblemen befassen wird. Sie hat die Wirtschaft in den Vordergrund gerückt.

Ich möchte bitten: Erfassen wir die Hand der Regierung, danken wir ihr für diesen guten Willen, arbeiten wir daran alle mit! Und wenn die große österreichische Öffentlichkeit der österreichischen Landwirtschaft dabei hilft, diese 800 Millionen oder 900 Millionen selbst zu verdienen und sie dann, von der Landwirtschaft ausstrahlend, wieder in die anderen Berufsgruppen hineinzupumpen, dann wird Österreich in Zukunft nicht mehr ein Bettelstaat bleiben, sondern es wird der idealste Staat von Mitteleuropa werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bölzer: Hohes Haus! Es ist richtig, daß das Budgetkapitel „Landwirtschaft“ in den letzten Jahren besser dotiert wurde. Es sind heuer hiefür 52,144.000 S ausgeworfen, gegenüber dem Vorjahre also ein Plus von rund 5 Millionen Schilling. Wenn Sie die Ursachen der Absatzkrise einmal richtig erkennen wollen, müssen Sie sich die Statistik über den Absatz von in- und ausländischem Vieh und Fleisch auf dem Wiener Markt ansehen. Wenn man diese Statistik nicht vor sich hätte, würde man es für eine Fabel, für unmöglich halten, daß gegenüber dem Vorjahre in den 11 Monaten des heurigen Jahres ein so furchtbarer Rückgang zu verzeichnen ist. Ich habe hier eine umfangreiche Statistik. Es würde Sie sehr ermüden, wenn ich Ihnen die Ziffern bezüglich aller Gattungen darlegen würde, ich will daher nur einige Ziffern nennen.

Daß der Rückgang des Fleischkonsums überhaupt in den 11 Monaten des heurigen Jahres so exorbitant ist, ist eine Folge der ungeheueren Arbeitslosigkeit, des schlechten Verdienstes der breiten Massen des Volkes. Wenn die Arbeiter in den Betrieben wenig verdienen, können sie selbstverständlich nichts kaufen, und es wirkt sich das sofort auf dem Wiener Markt in allem und jedem aus. Ich habe hier 20 Gattungen von Lebensmitteln, und Sie können überall sehen, daß wir in den 11 Monaten des heurigen Jahres einen furchtbaren Rückgang im Absatz zu verzeichnen haben, der so recht zeigt, wie materiell schlecht die Arbeiterschaft gestellt ist. Wir hätten wirklich alle Ursache, das Lohnniveau des Arbeiters ein bißchen zu heben. An diesen Zuständen sind Sie häufig selbst schuld, denn wenn Differenzen in irgendeinem Betriebe auftreten, dann sind Sie es, die immer von den Hehern reden, die die Menschen in den Streik gehetzt haben. Und wenn auf irgendeinem Gutshof ein Lohnkampf ausbricht, dann sagen Sie, das ist Willkür, die Menschen sind ohnedies ausgezeichnet gestellt. Aus diesen Ziffern ersieht Sie aber, daß es leider ein bißchen anders ist und daß der Konsum in geradezu furchtbarer Weise zurückgeht.

Ich werde Ihnen nun einige Ziffern nennen: Wiener Kindermarkt. Inland: Vom 1. Jänner bis

30. November 1928 31.546 Stück, Ausland 118.326, Gesamtsumme 149.872. Heuer Gesamtsumme 139.046, also um 10.000 weniger als im Vorjahre. Jung- und Stechviehmarkt: Gesamtsumme 19.414 in den 11 Monaten des vorigen Jahres, heuer 14.861, also um 5000 weniger. Kälber, ausgeweidet: voriges Jahr 90.483, heuer 88.636. Sie sehen also auf dem St. Marxer Markt bei allem und jedem in den 11 Monaten einen furchtbaren Rückgang.

In der Großmarkthalle ist es noch ärger. In der Großmarkthalle haben Sie bei Rindfleisch 25.344.440 Kilogramm in den ersten 11 Monaten des vorigen Jahres und 23.855.720 Kilogramm heuer, also um 2.000.000 Kilogramm weniger. Schweinefleisch: im vorigen Jahre 15.525.469 Kilogramm, heuer 15.944.325 Kilogramm. Kalbfleisch: in den ersten 11 Monaten des vorigen Jahres 399.542 Kilogramm, heuer 360.446 Kilogramm. Und so können Sie die ganzen Gattungen von Weichfleisch, Innereien, Würsten, Filz, Speck durchgehen, Sie sehen überall daselbe. Wenn Sie in der Großmarkthalle die Stückzahlen ansehen, zeigt sich daselbe. Ich will Ihnen nur ein paar Ziffern sagen — Sie können die Statistik haben, sie ist jedem zugänglich —: bei Kälbern zum Beispiel im Vorjahre 279.120, heuer 276.000. Da finden Sie sofort einen furchtbaren Rückgang, der sich in der Gesamtsumme in der Weise ausdrückt, daß wir im vorigen Jahr in St. Marx gehabt haben: 1.128.834 Stück, heuer 961.181 Stück. In der Großmarkthalle: voriges Jahr 45.910.000 Kilogramm und heuer 44.643.000 Kilogramm. Also ein Rückgang um nahezu $1\frac{1}{2}$ Millionen Kilogramm.

Der Rückgang zeigt sich natürlich auch bei den Viktualien. Bei Eiern zum Beispiel: voriges Jahr 98.267.400 Stück, heuer 75.000.000 Stück, also um 23 Millionen Eier weniger als im vorigen Jahre.

Das muß sich natürlich ausdrücken in einer Absatzkrise bei den landwirtschaftlichen Produkten, und wenn Sie — die Körndlbauern und die Höndlbauern und noch mehr die Weinbauern — raunzen und lamentieren, so muß ich sagen: Trachten Sie mit uns, den Absatz zu heben! Trachten Sie, daß die Arbeiter besser verdienen! Dann werden Sie Ihre Produkte im Inlande anbringen und nicht ins Ausland führen müssen. Ich gebe zu, daß in den letzten 10 Jahren ziemlich viel geschehen ist. Sie wissen, ich habe jedes Jahr in sehr umfassender Weise sowohl im Ausschuss als auch hier im Hause die Entwicklung der Hektarerträge dargestellt. Ich habe sie jedes Jahr dargelegt, nicht nur die inländischen, sondern auch die ausländischen, und ich kann mir schon ein Urteil darüber anmaßen, wie es mit den Hektarerträgen bei uns im Gegensatz zu Deutschland und zur Tschechoslowakei steht. Ich verstehe schon, die Bodenbonität ist nicht überall gleich, und ich gestehe, wir haben uns in den Hektarerträgen sehr gebessert. Da ist gar nichts zu sagen, gegenüber der Tschechoslowakei gar kein Vergleich, weil

die Bonität der Böden dort eine ganz andere ist als bei uns. Wir haben zum Beispiel in Österreich im Jahre 1913 bei Weizen einen Hektarertrag von 14·8 gehabt, im Jahre 1928 einen Hektarertrag von 16·9; wir haben also im Jahre 1928 einen höheren Ertrag als Deutschland gehabt. Dabei hat natürlich auch Deutschland seine Bonität und seine Erträge ungeheuer gesteigert. Die Tschechoslowakei hat im Jahre 1928 einen Hektarertrag gehabt von 20·5 in Böhmen, von 19·4 in Mähren, 17·1 in Schlesien und 10·7 in den neuen Gebieten, das ist trotzdem ein Durchschnittsertrag von 17·2 bei Weizen. Bei Roggen haben wir im Jahre 1913 14·7 und im Jahre 1928 15·2; Deutschland hatte allerdings im Jahre 1913 19·3 und im Jahre 1928 20·3. Wir wollen den Herren nicht Unrecht tun und daher zugeben, daß wir außer allem Zweifel die Hektarerträge gesteigert haben. Wir haben ja seit dem Jahre 1919 die Dotation für das Kapitel „Landwirtschaft“ um das Zehnfache erhöht, und es müßte mit ganz unmöglichen Dingen zugehen, wenn sich das nicht in dem Hektarertrag auswirken würde.

Der Herr Vorredner, der Herr Minister Thalser, hat gemeint, wir wollten die Landwirtschaft und deren Erfolge nur verkleinern. Wir haben immer anerkannt, was wahr ist, aber wir können nicht schwarz machen, was weiß ist, und müssen auch heute hier das, was uns nicht gefällt, zur Sprache bringen und werden das rückhaltlos tun, ob es jemandem gefällt oder nicht. Dazu sind wir ja da, dazu sind wir schließlich in der Opposition, um die Schäden aufzuzeigen, die sich ergeben haben. Aber wenn der Herr Minister Fördermayr im Ausschuss gemeint hat, es sei sehr erfreulich, daß auf dem Schweinemarkt nunmehr das inländische Produkt zur Geltung kommt, so muß ich ihm sagen: Ja, es ist wahr, aber die Ziffern, die ich Ihnen früher genannt habe, beweisen, daß wir einen ungeheuren Rückgang haben. Wenn Sie sagen, der Auftrieb war im Jahre 1928 viel größer als im Jahre 1927, dann gebe ich das zu, aber der Rückgang ist um so größer. Sie haben nur eine Verschiebung herbeigeführt, durch die polnischen Künste haben Sie gedrosselt und etwas mehr auf den Markt gebracht. Aber ich bin überzeugt, was Sie gesagt haben, trifft nicht zu und wird nicht zutreffen, daß Sie allein den Inlandmarkt versorgen können. Da müssen Sie es ermöglichen, daß die Kleinhäusler, die kleinen Bauern, zur Schweinehaltung herangezogen werden, da müssen Sie ihnen billige Futtermittel und Subventionen geben, wie es vor dem Kriege war. Wo finden Sie heute einen Eisenbahner mit Schweinen? Früher hat jeder ein oder zwei Schweine gehabt; das eine hat er abgestochen, das andere hat er verkauft. Heute ist es ein Novum, wenn ein Eisenbahner ein Schwein hat. Und so ist es auch bei den Kleinhäuslern und den kleinen Bauern. Die Futtermittel haben früher einen Preis gehabt — nicht jetzt, jetzt ist infolge des Weltmarktpreises und der ganzen mißlichen Lage

eine andere Preiserstellung eingetreten —, aber sie haben noch vor einem Jahre einen Preis gehabt, der ungeheuer war, der es der Landwirtschaft und den kleinen Leuten nicht ermöglicht hat, sich ein Schwein zu halten.

Ich kann es nicht unterlassen, hier auch auf die landwirtschaftliche Kreditmisere hinzuweisen. Es wird darum gestritten, ob die Verschuldung der Landwirtschaft jetzt schon so groß ist wie vor dem Kriege. Manche sagen, sie sei größer, manche, sie sei kleiner. Ich meine, die Mitte wird das Richtige sein. Die Verschuldung ist ganz zweifellos jetzt schon eine ungeheure, sie mag in manchen Gegenden größer sein als in der Vorkriegszeit. Aber, meine Herren, auf diesem Gebiete ist eigentlich gar nichts gemacht worden. Wenn jemand zum Aufbau seiner Hütte, die ihm eingestürzt ist, oder einer Scheune, die ihm abgebrannt ist und die er niedrig versichert hatte, Geld nur zu einem Zinsfuß von 10 bis 12 Prozent bekommt, so ist der Mann doch ruiniert. Wien macht ja nicht viel und kann wegen der beschränkten Mittel nicht viel machen. Aber Wien gibt wenigstens den Klein- und Gewerbebetreibenden Kredite zu einem Zinsfuß, der erträglich ist. Ich weiß ja, Ihre Herren hören es nicht gern, wenn man von der Kredithilfe der Gemeinde Wien gegenüber dem Gewerbe spricht. Wenn Sie dasselbe gegenüber den Kleinbauern, den Häuslern tätigen, ich bin überzeugt, damit wäre sehr vielen geholfen, und die Bauern würden nicht in die Klauen von Leuten kommen, die sie ausbeuten und mit den Zinsen auswuchern. Ich möchte also den Herrn Minister bitten, daß auf diesem Gebiete wirklich etwas geschieht wie in anderen Staaten. Wir sind ein armes Land, wir kochen mit Wasser, aber beginnen muß man doch, irgend etwas zu machen, denn Ihre Raiffeisenkassen nützen nichts, sie sind viel zu wenige für den Bedarf und auch im Kredit zu teuer. Gegenüber den Krediten, die die Gemeinde Wien da gibt, ist ein Unterschied, von 1, 2 und 3 Prozent, das ist natürlich für den Landwirt unerträglich. Auf diesem Gebiete muß Wandel geschaffen werden.

Ich habe das letztemal über unsere mangelhafte Schulbildung geklagt. Wir haben auf dem Lande sehr viele bloß ein- und zweiklassige Volksschulen, und noch ärger ist es mit den landwirtschaftlichen Schulen. Natürlich wird der Herr Minister auch heute wieder kommen und wird mir sagen, wie viele landwirtschaftliche Schulen wir haben — ein Glanzpunkt, ein Lichtpunkt! Ja, wenn es sich bei der Schulbildung nur um Ihre Winterschulen handelte, wenn diese drei Monate oder sechs Monate die ganze Ausbildung sein soll, dann müßte man verzweifeln an Ihrer Schulfreundlichkeit. Ich verweise da auf die Tschechoslowakei. Sie werden sagen, Sie haben das schon einmal gehört, aber wenn Sie es auch gehört haben, Sie haben nichts davon gelernt, und Sie lernen auch nichts, wenn Sie es zwanzigmal hören. Sie haben zwei Mittelschulen gehabt und davon eine gesperrt, jetzt haben Sie nur

eine. Die Tschechoslowakei ist beiläufig doppelt so groß wie wir; sie ist natürlich landwirtschaftlich auf einer besonders hohen Stufe, sie hat ausgezeichnete Erträge, aber in der Schulbildung hat sie nicht das Doppelte von dem, was wir haben, und nicht das Zehnfache, sondern noch viel mehr. Die Tschechoslowakei hat zum Beispiel drei landwirtschaftliche Hochschulen. Wo haben Sie denn die Ihren? Sie hat zwei Akademien, Winterschulen in Menge, Haushaltungsschulen, Spezialschulen, Ackerbauschulen — bei uns wird die eine Schule, die wir hatten, noch aufgelassen. Wir halten ja mit gar keinem Staate den Vergleich aus, wie erst mit der Tschechoslowakei. Wenn ich die Aufzeichnungen für Deutschland hätte, da wäre der Vergleich noch viel krasser damit, was dort draußen für die Schulen geschieht. Darüber kommen Sie mit Redensarten über Ihre Winterschulen nicht hinweg. In der Tschechoslowakei besteht vom 14. bis zum 18. Lebensjahr die obligatorische Fortbildungsschule in den Wintermonaten, vom Oktober bis zum März. Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, hat man damit ausgezeichnete Erfolge erzielt. Ich verstehe es ganz gut, daß so ein Bursch, der aus der Schule herauskommt, vom 16. bis zum 18. Lebensjahr seine Kenntnisse wieder auffrischen soll und daß er zugleich auch Fachkenntnisse erwirbt, denn in den Schulen dort sind eigens herangebildete Fachlehrer tätig. Ähnlich ist es auch in Deutschland. Bei uns aber kommt der Bursch mit 14 Jahren aus der Schule heraus und höchstens, wenn er wohlhabende Eltern hat, kommt er in eine solche Schule; darauf kommt es an, denn eine Winterschule können die Kinder von Häuslern nicht besuchen, so viele Freiplätze haben sie nicht, und andere können sich das nicht leisten, daß zum Beispiel ein Kind von einem Eisenbahner oder von einem Arbeiter eine Winterschule besucht, gar nicht zu reden von einer landwirtschaftlichen Mittelschule. Da muß ich schon bitten, Herr Minister, daß da etwas geschieht, sonst bleiben wir total im Rückstand gegenüber dem Ausland, und es ist dann sicherlich sehr schwer, das nachzuholen.

Ich habe im vorigen Jahr an dieser Stelle auch davon gesprochen, daß man, da nun einmal der Körndelpreis einen solchen Tiefstand aufweist, den Leuten doch irgendwie anders helfen könnte. Und auch die Herren von Ihrer Seite haben immer den Wunsch, daß den Leuten anders geholfen werde. Man könnte ihnen helfen mit Weidenutzungen und mit Streu- und Holzbezug. Wir haben ja das Glück, daß wir so ausgedehnte staatliche Forste haben. Wir haben auch gute Gemeindeforste. Aber, Herr Minister, Sie werden mir nicht sagen können, was Sie auf diesem Gebiete gemacht haben. Sagen Sie mir doch die Ziffern, was gemacht wurde, um den Leuten den Bauholz- und Brennholzbezug zu erleichtern. Ja, vom Reden haben die Menschen nichts, wenn sie für ihr Getreide und ihren Wein nichts kriegen. Beim Wein ist ja eine Absatzstörung, wie sie ärger nie da war. Wenn Sie in die Weinbauorte

gehen, dann werden Sie sehen, daß die Leute Sie förmlich bitten, ihnen was abzukaufen. Sie haben heuer keine gute Ernte gehabt; sie war wohl in der Qualität gut, aber der Menge nach war sie schlecht. Aber selbst das wenige bleibt liegen. Es kommen keine Käufer. Die Leute sehnen sich nach einem Käufer und müssen den Wein dem ersten besten Weinhändler hergeben, weil eine ungeheure Absatzkrise besteht, die auch darin ihren Grund hat, daß die Arbeiterschaft sehr wenig verdient und vielfach zur Abstinenz übergegangen ist.

Wenn also schon alles stockt, beim Wein und bei den Körndl- und Hörndlbauern, so müßte man doch wenigstens den Leuten auf der anderen Seite es ermöglichen, sich Holz zu verschaffen; wenn man es ihnen schon nicht schenkt, so wäre es doch sicherlich möglich, ihnen einen billigeren Bezug aus den staatlichen Forsten zu verschaffen. Ich kenne Gegenden, wo die Bauern sechs und sieben Stunden fahren müssen, um ein Holz zu kriegen. Aus den staatlichen Forsten wäre das aber sicherlich zu machen. Ich erinnere mich, daß Tausende von Festmetern — nicht bei Ihnen, Herr Minister, aber in den Jahren 1921 und 1922 — verkauft sind, und die Menschen haben kein Holz gehabt, weder Brennholz noch Bauholz.

Genau so steht es mit der Streu. Die Menschen müssen Streu mit ungeheuren Preisen bezahlen. Genau so ist es bei den Weiden. Da könnte der Staat eingreifen. Das kostet ihn ja nichts. Das führt es aus, und da hat er ja jetzt auch eine Absatzstörung. Bei uns ist es so, daß es heißen würde, da haben die Sozi einen Erfolg, wenn Sie das machen würden. Heuer sind aber im Finanzausschuß von Ihrer eigenen Partei Anträge gestellt worden. Ich bin neugierig, ob jetzt etwas geschieht. Denn es ist höchste Zeit, daß etwas geschieht. Die Menschen können nicht weiter.

Meine Herren! Ich habe gesagt, was einige Gemeinden gemacht haben. Da haben wir die Gemeinde Leobersdorf bei Korneuburg. Der Bürgermeister — nicht ein Angehöriger meiner Partei, sondern Ihrer Partei — hat bei den Gemeindefraktionen gesagt: Ein Drittel gebe ich für die kleinen Leute, da mache ich Lose, damit niemand im Feilbietungsweg die Sache bis zur Unmöglichkeit hinaufzitiert. Natürlich hat dann das Land gesagt, das sei eine Vergeudung von Gemeindevermögen. Aber es ist sozial gerecht, daß die kleinen Leute Holz zu einem Preise kriegen, den sie erschwingen können. Der Bürgermeister hat es durchgeführt, und der Staat, der keine Aufsichtsbehörde über sich hat, könnte es ruhig durchführen, daß er Lose für die kleinen Leute macht, die nur den dritten Teil dessen kosten, was die Großbauern für ihre Lose bezahlen müssen, die es ja wirklich haben oder wenigstens leichter aufbringen können — sie haben ja Meßerben — als die kleinen Leute.

Ich möchte mich nun einem Kapitel zuwenden, das ich jedes Jahrbuch besprochen habe, und ich werde nicht

Ruhe geben, bevor es nicht restlos erledigt ist. Das ist die vormärzliche Einrichtung des Inwohnerwesens. Ich habe es endlich zustande gebracht, daß die Schande gemildert wurde. Ich habe es durch mein fortwährendes Kritifizieren zustande gebracht, daß in Pulkau statt 40 Tage nur 20 Tage für die schöne Wohnung mit Ziegenstall gerobotet wird. Ich habe zustande gebracht, daß es in Feuersbrunn im Krenser Gebiet statt 70 Tage jetzt 40 sind. 40 Tage, das ist noch immer zuviel. In der Erntezeit, wo der Mann wirklich etwas verdienen könnte, muß er für die Wohnung roboten. Wenn der Großbauer sich ein Häuschen baut, so kostet das freilich etwas. Zum Teil aber sind es verfallene Häuser, in denen die großen Bauern nicht wohnen würden, und dafür, daß der Mann dort wohnen kann und keinen Zins zahlt, muß er 40 Tage umsonst arbeiten. Ist das gerecht? Verlangen Sie einen Mietzins. Daß Sie verlangen, daß er bei Ihnen arbeitet, verstehe ich. Es ist ja Leutenot, und wenn Sie jemandem eine Wohnung geben, wollen Sie, daß er bei Ihnen arbeitet. Das ist verständlich. Ich bin nicht ungerecht. Aber Sie sollen dem Mann einen Lohn geben, und er soll einen Zins bezahlen. (*Mannhalter: Das wäre gescheiter!*) Natürlich wäre es geheimer, Sie sind ja der Obmann, der neugebackene Obmann des Bauernbundes, wenn ich nicht irre. Ja, warum gehen Sie nicht in die Gegenden und sagen es Ihren Kollegen, daß sie endlich einmal mit diesem Inwohnerelend ein Ende machen sollen? Solange das Inwohnerelend nicht beseitigt ist, haben Sie von mir keine Ruhe. Diesen Schandfleck werde ich jedesmal annageln, weil es einfach skandalös ist, daß sich Menschen dafür müssen ausbeuten lassen, daß sie wohnen können. Sie klagen vielleicht mit Recht über die Landsucht. Ja, glauben Sie, daß Sie die Landsucht damit aufhalten können, daß Sie die Inwohner ausbeuten? Sie können sie nur dadurch hemmen, daß Sie den Menschen einen gerechten Lohn geben und für die Wohnung einen Mietzins verlangen. So ist es in der Ordnung und gerecht. Die erfolgte Milderung ist viel zu gering, die ganze Einrichtung muß verschwinden. Wie alle vormärzlichen Dinge verschwunden sind, muß auch das Inwohnerelend verschwinden, das tatsächlich besteht.

Ich habe noch einige Beschwerden, die der Herr Minister im Vorjahre und, wenn ich nicht irre, auch heuer im Ausschusse beantwortet hat. Das betrifft vor allem die ungeheueren Verwüstungen, die in der Gegend von Korneuburg zu verzeichnen sind. Ein Uferschutz, ein Donauschutzdamm muß erbaut werden. Herr Minister haben erklärt, daß Sie bereit sind, staatliche Mittel zur Verfügung zu stellen, das Land sei es angeblich auch, nur die Gemeinde sei sehr spießig. Ich habe mich mittlerweile bei der Gemeinde erkundigt, nicht beim Herrn Bürgermeister, sondern bei unseren Leuten. Der Herr Bürgermeister Rottel gehört Ihrer Partei an, und im Gemeinderat und im Stadtrat von Korneuburg redet er ganz anders. Da sagt er nie, daß

er nichts hergeben will; er sagt auch nicht, daß der Bund nichts hergeben will, aber das Land will angeblich nichts hergeben. Also diese Frage muß endlich einmal aus der Spiegelfechtereier heraus. Wenn der Bürgermeister nichts hergeben will, wird man ihn im Gemeinderat stellen und fragen, ob das wahr ist. Aber damit kommen Sie mir nicht aus. Ich habe es das letzte Mal schon auseinandergesetzt und will es hier nicht wiederholen, wie viel Hektar bei diesen Gemeinden Leopoldsdorf, Enzersdorf usw. in Betracht kommen, wieviel Betriebe dabei in Betracht kommen, die bei Hochwasser wochenlang nicht arbeiten können, wie viele Wohnhäuser gefährdet sind. Ich will das nicht wiederholen, die Ziffern sind Ihnen ja bekannt, ich habe sie, wenn nicht Ihnen, so Ihren Herren Kollegen schon einigemal genannt. Wir haben allerdings noch genug Kulturlflächen, wir haben genug Moorland, und es freut mich, daß man im heurigen Jahr begonnen hat, diese Flächen zu kultivieren, es sollen zirka 4000 bis 5000 Hektar ausgezeichneten Boden gewonnen worden sein, darunter sogar Weizenboden. Wir haben aber noch ziemlich viel Moorland, und ich muß bitten, daß in der Gegend von Lunenburg an der Nordbahnstrecke mehr geschieht. Da sehe ich noch immer alles überschwennt. Ich weiß schon: in einem Zug geht es nicht. Aber es muß ein rascheres Tempo angeschlagen werden. Wir brauchen wirklich Boden, wir erzeugen an Weizen erst 40 Prozent unseres Bedarfes, wir müssen ungemein viel einführen, und das schwächt unsere Handelsbilanz. Wir haben uns beim Korn gebessert, da erzeugen wir allerdings auch nicht den ganzen Bedarf, sondern höchstens 80 Prozent, wir brauchen also jeden Hektar Boden, damit die Handelsbilanz ein bißchen anders aussieht und wir nicht soviel einführen müssen, als es jetzt der Fall ist, speziell an Weizenmehl. Man muß daher trachten, daß die Meliorationen in ein anderes Tempo kommen; speziell dann, wenn man wie hier vor den Toren Wiens einen so ausgezeichneten Boden hat, der durch Überschwemmungen einfach unbrauchbar gemacht wird. Dieser Sache muß man nachgehen. Ich bin sehr dankbar dafür, daß ich es durch zehnjähriges Reden zustande gebracht habe, daß die Marchregulierung in Angriff genommen wird, allerdings, wie mir gesagt wurde, langsam. Herr Minister haben gesagt, es geht so, wie wir uns die Sache vorgestellt haben, und ich nehme an, daß die Regulierung in fünf Jahren fertig sein wird und daß wir damit Tausende von Hektaren gewonnen haben werden. Ich nehme nicht das Verdienst für mich in Anspruch, daß das erreicht wird, ich habe aber zehn Jahre daran gehohlet, und ich freue mich im Interesse der Landwirtschaft, daß es gemacht wird. Ich werde auch keine Ruhe geben, bis nicht der Donauschlußdamm bei Korneuburg gebaut ist. Es muß sich schließlich herausstellen, wer daran schuld ist, daß es nicht geschieht. Leisten Sie Ihren Teil, den anderen Teil wird die Gemeinde sicherlich leisten, das ist ein Gebot der Notwendigkeit.

Wir hätten noch eine ziemlich große Abrechnung miteinander, und zwar wegen der starren Zölle und unserer Vorschläge in dieser Frage. Mein Freund Schneeberger hat Ihnen ja gesagt, daß das Reden nichts hilft und daß das, was vielleicht für einen anderen Staat gut ist, für uns schlecht ist. Der Hinweis auf die Schweiz gilt nichts, gar nichts. Das Getreidemonopol ist dort mit einigen hunderttausend Stimmen abgelehnt worden, das ist mir bekannt. Aber erstens einmal bereut es die Schweiz heute schon und zweitens hat sie einen Ersatz geschaffen. Wenn wir das machen würden, wäre ich damit vollständig einverstanden. Aber Sie versteifen sich auf die starren Zölle, und was jemand sagt, daran liegt Ihnen nichts. Ich habe gemeint, der Herr Minister wird ein bißchen Oberwasser gewinnen, er soll angeblich der Sache nicht abgeneigt sein, aber es scheint, seine Parteigenossen lassen ihn da ein bißchen im Stich. Es ist immer das alte Übel, daß man etwas nicht machen will, weil man es durch 50 Jahre auch nicht gemacht hat. Ja, meine Herren, wir sind nicht mehr die Österreichisch-ungarische Monarchie, sondern ein neuer Staat, der zweifellos ganz andere Bedürfnisse hat, als das alte Österreich gehabt hat. Und dann, Herr Minister — und vor mir sitzt auch der Herr Minister Buchinger —, so leicht geht es nicht, daß man die Zölle mit Ungarn und Jugoslawien aufheben, daß man sie beseitigen kann. Sie wissen schon, was daran hängt, und Sie wissen schon, daß manchmal, wo Sie gerne ja sagen würden, nein sagen müssen, weil die Industrie daran hängt und tausende und tausende Arbeiter arbeitslos werden würden. Sie wissen also ganz genau, daß wir das brauchen. Ich habe Ihnen an der Hand der Statistik über den Rückgang bei allen Produkten, bei Fleisch, Eier und Butter, gezeigt, was es heißt, arbeitslos sein. Es freut uns daher ungemein, daß wir imstande sind, uns mit Milch zu versorgen, ja sogar über den Bedarf zu versorgen, denn wir haben wirklich eine Milchschwemme. (*Buchinger: Das kann aber auch anders sein!*) Warum soll das anders sein können? Sie haben den Milchpreis erhöht, auf unserer Seite war ein Widerstand, wir haben gesagt, das geht nicht, die Arbeiter verdienen nichts, Sie haben aber schließlich die Erhöhung durchgesetzt. Ich verstehe daher nicht, warum das auch anders sein kann. Ähnlich ist es auch mit den Zuckerrüben. Sie haben weiters einen Völkerbundkredit für die Milchgenossenschaften; es freut mich, daß es so ist, ich sehe aber nicht ein, warum es auch anders sein kann. Auch in Tschechien gibt es eine Milchschwemme, und die Znaimer Gegend würde sich sehr freuen, wenn sie Milch zu billigem Preise hereinschaffen könnte, wir brauchen sie aber nicht. Ich verstehe wirklich nicht, warum Sie sagen, es kann auch anders sein. Wir bemühen uns, ein gutes Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten herbeizuführen; Sie müssen zugeben, daß wir alles tun, um den Milchbedarf bei Ihren Genossenschaften zu decken. Wenn es auf dem Gebiete der Milchversorgung geht,

müßte es auch in anderen Dingen gehen. Ich muß Ihnen aber sagen, Ihre Genossenschaften sind ungemein rückständig, sie haben den Nachteil, daß sie für den Absatz absolut nicht vorsorgen. Ich weiß nicht, haben Sie dort keine Kaufleute, sondern einfach Menschen, die zwar Fachleute und brave Männer sind, aber keine Ahnung davon haben, wie man den Absatz organisieren muß? Daß bei uns alles stockt und nichts anzubringen ist, ist für jeden Fachmann unverständlich. Die ausländischen Verkaufsgenossenschaften sind meiner Meinung nach — ich schaue mir immer die Statistiken an — viel besser organisiert als unsere. Unsere Genossenschaften nehmen von den Bauern das Getreide, aber absetzen soll es, wer will. Die Genossenschaften brauchen Leute, die den Absatz verstehen und regeln, die den Absatz organisieren. Wir sind nicht spröde beim Geben, denn dieses Kapitel weist eine ganz schöne Erhöhung auf. Sie müßten Ihre Genossenschaften so organisieren, wie es anderwärts geschieht — ein spezielles Privilegium hat niemand auf diesem Gebiete —, Sie haben dieselben Benefizien wie die anderen Genossenschaften, und Sie müssen trachten, sich nach der Weltmarktlage einzurichten und Ihre Genossenschaften so zu organisieren, daß sie wirklich den Absatz sicherstellen.

Ich muß noch über ein Kapitel sprechen, weil es sich da wirklich um eine arge Sache handelt. Der Herr Minister hat bezüglich der Weinfälschungen, die ich im Ausschusse zur Sprache gebracht habe, erklärt, die Sache sei noch im Zuge der gerichtlichen Verhandlungen, es sei noch nicht endgültig gerichtlich darüber entschieden, er könne daher nicht darüber reden. Ich gebe zu, daß der Fall, der sich in Viesing ereignet hat, noch im Stadium des Gerichtsverfahrens ist und verstehe daher, daß Sie, Herr Minister, die Sache nicht gut breitreten können. Aber ich möchte im allgemeinen sagen, die Weinfälschungen haben gerade jetzt einen sehr großen Umfang angenommen und dies in einer Zeit, in der wir eine so furchtbare Absatzkrise haben wie noch nie. Ich habe es noch nicht erlebt, daß beim Weinbau eine solche Absatzkrise war wie jetzt. Ich verstehe das, weil ich hinauskomme und schließlich auch Konsument bin. In einer solchen Zeit kommen 6000, 8000 und 10.000 Hektoliter gefälschter Weine auf den Markt, die von Fachleuten, von Kellereinspektoren, beanstandet wurden. Ich stelle fest, daß wir erstklassige Kellereinspektoren haben, erstklassige Menschen vom Weinsach. Man müßte annehmen, daß, wenn so ein erstklassiger Mensch sagt, daß der Wein gefälscht ist, und ihn versiegelt, wie es in Brunn der Fall war, dann niemand das Siegel entfernen darf, auch nicht ein Hofrat aus dem Ackerbauministerium. Das Siegel wurde, wie wir wissen, vor zwei Jahren entfernt, und der Wein ist in den Handel gekommen, obwohl er gefälscht war. Noch interessanter ist, daß die Herren sagen, man könne nicht feststellen, ob der Wein gefälscht ist oder nicht. Ja, wenn Sachverständige das nicht feststellen können, dann brauchen wir keine staatliche Versuchsanstalt und geben kein

Geld dafür aus; dann sollen die Herren zu einem anderen Fach übergehen. Aber wenn wir die Sachverständigen haben, muß es auch möglich sein, festzustellen, ob der Wein gefälscht ist oder nicht. Mit einem solchen Gutachten bringt man ja den ganzen Weinbau in die größte Gefahr, weil jeder pantschen kann, wie er will, weil er sich sagt: feststellen können sie es ohnedies nicht. Wenn einem kleinen Bauern ein Hausstrunk in den Wein hineinkommt oder er es meinetwegen absichtlich macht und der Inspektor kommt, dann gibt es große Strafen, und wir haben in Platt Strafen gehabt bis zu 400 S bei einem kleinen Bauern, der in ein Sechseimerfaß einen Hausstrunk hineingegeben hat. Er sagt natürlich, daß er es nicht gewußt hat, aber wenn ich selbst annehme, daß er es gewußt hat, so ist das für den kleinen Bauer eine ungeheure Strafe. Sie haben ja außer den Gerichten den Justizminister — machen Sie ihn auf die Vorgänge bei den Gerichten aufmerksam. Es ist ja ganz undenkbar, daß die Leute soviel Wein fälschen, als sie in 30 Orten fechten können, wie es sich vor acht bis zehn Wochen in Viesing vor Gericht abgespielt hat. Diese Dinge müssen Sie abstellen, und das ist außer Zweifel in Ihrer Macht gelegen, weil Sie in der Lage sind, den Justizminister zu beauftragen, dem Staatsanwalt zu sagen: in dieser Sache gibt es nichts, und wenn ein Gutachten nicht genügt, muß ein zweites eingeholt werden. Nur so können Sie dem Weinbau helfen.

Wir haben seit 10 Jahren hier im Hause — und im alten Hause der verstorbene Abg. Kessel und alle, die zur Landwirtschaft gesprochen haben — immer gesagt, daß wir die Landwirtschaft in allem und jedem, auch finanziell, unterstützen. Wir haben niemals Unterstützungen, die Sie ihr geben wollten, irgendwie hintertrieben oder gehemmt, sondern immer dafür. Aber Sie als Vertreter der Landwirtschaft müssen auch Ihren Wählern und der Landwirtschaft gegenüber das wirklich halten, was Sie versprochen haben. Solange der Konsument nicht gestärkt sein wird, solange er nicht konsumieren kann, wird alles nichts nutzen, sondern erst der konsumfähige Konsument wird Ihnen den Absatz bringen, den Sie brauchen. *(Beifall und Handeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Gürtler den Vorsitz übernommen.)*

Manhalter: Hohes Haus! Bevor ich in die eigentliche Materie eingehe, möchte ich auf die Worte des Herrn Abg. Pölzer zurückkommen, worin er sich in gar nicht sehr anerkennender Weise über die Winterkurse ausgelassen hat. Ich kann nur sagen: hier urteilt der Herr Abg. Pölzer vielleicht von seinem Parteistandpunkt aus, aber gesehen und angeschaut hat er sich einen solchen Winterkurs noch nicht. Der Winterkurs, wie er derzeit eingerichtet ist, speziell von der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, ist die denkbar beste Schulung des jungen Bauern. Denn im Winter hat er eben Zeit, diese Kurse zu besuchen, und im Sommer kann er dieses im Winter erworbene Wissen gleich

praktisch in seiner Wirtschaft verwerten. Daher möchte ich sagen, daß diese Worte hier wirklich nicht am Platze waren.

Herr Abg. Bölzer hat auch gesagt, daß die Landwirtschaft fortwährend jammert und raunzt. Ich bin nicht auf die Rednertribüne heraufgekommen, um hier zu jammern und zu raunzen, sondern ich werde Ihnen eine ganz ungeschminkte Darstellung der derzeitigen Lage der österreichischen Landwirtschaft geben. Die österreichische Landwirtschaft, die, als Produktionszweig der Gesamtwirtschaft betrachtet, einen derzeit errechneten Wert von 12 Milliarden Schilling darstellt, wovon ungefähr 3 Milliarden Schilling auf Grund und Boden und 9 Milliarden Schilling auf Investitionen entfallen, ist ein so prominenter Produktionszweig, daß es wirklich notwendig ist, daß sich alle Mitglieder des hohen Hauses über die Lage der Landwirtschaft informieren. Es ist hier zu sagen, daß die Landwirtschaft dank dem Fleiße unserer Bauern ungeheure Fortschritte gemacht hat. Wenn trotzdem eine schlechte Lage eingetreten ist, so ist das kein Widerspruch, denn diese schlechte Lage wird durch die ganz ungeheuerliche Konkurrenz verursacht, die uns das Ausland bei unseren eigenen einheimischen Produkten bietet. (Sehr richtig!) Diese ausländische Konkurrenz beruht auf Lieferungen aus Staaten, die eben klimatisch günstiger gelegen sind als Österreich und die über weitaus bessere Böden verfügen als Österreich. Daher ist es notwendig, daß wir Zölle einführen, um unsere Produktion zu schützen, denn diese Zölle bieten nur den Ausgleich gegenüber diesen von uns unmöglich einzuarbeitenden günstigen Bedingungen des Auslandes. Wir sind ja gar keine Hochschutzzöllner, wir wollen nur soweit gehen, als es im Einvernehmen mit allen übrigen Produktionsgruppen möglich ist, um der österreichischen Landwirtschaft das Dasein in diesem Staate zu ermöglichen.

Wenn ich auf die einzelnen Produktionsgruppen übergehe, so möchte ich gleich bei der allerwichtigsten, bei der Viehzucht, sagen, daß Österreich in dieser Hinsicht ein sehr gutes Produktionsgebiet darstellt und daß in der Viehzucht trotz des großen Schadens, den der Krieg und noch viel mehr die Nachkriegszeit in unseren Beständen angerichtet hat, Österreich heute an der zweiten Stelle in Europa hinsichtlich der Anzahl der Rinder marschiert, auf je 1000 Personen gerechnet. In der Schweiz kommen auf 1000 Personen 366 Rinder, in Österreich 331, in der Tschechoslowakei 322, in Polen 296, in Deutschland 273, in Ungarn 237, in Italien gar nur 161. Sie sehen, die österreichischen Viehzüchter haben sich aufgerappelt und haben etwas geleistet, und wir können mit Stolz feststellen, daß wir jetzt diese Stelle errungen haben.

An Wichtigkeit mit der Viehwirtschaft gleich ist die mit ihr verbundene Milchwirtschaft. Es ist gerade vorhin schon darüber gesprochen worden. Ich möchte Ihnen sagen, was auch hier geleistet wurde. Während

die Milchlieferung im Jahre 1914, im letzten Friedensjahr, 240 Millionen Liter nach Wien beinhalten und im Jahre 1920 auf 29 Millionen Liter heruntergegangen ist, ist es dank der intensiven Ausnutzung unserer Viehbestände und der Propaganda, die durch die Landwirtschaftskammern gemacht wurde, gelungen, im Jahre 1928 eine förmliche Milchschwemme in Wien herbeizuführen, indem eine Zufuhr von 283 Millionen Liter erreicht wurde, also um 23 Millionen Liter mehr wie im letzten Friedensjahr bei einer verringerten Bevölkerungszahl Wiens. (Hört! Hört!) Das war wirklich nur durch eine intensive Arbeit auf dem Gebiete des Molkereiwesens zu erreichen, und ich kann Ihnen sagen, daß, während im Jahre 1920 noch rund 200 Molkereien und Molkereigenossenschaften in Österreich bestanden haben, ihre Anzahl im Jahre 1928 auf 510 gestiegen ist, darunter 45 große Molkereien. Eingerichtet wurden diese modernen Molkereien, die mit den allerneuesten Maschinen und Gerätschaften versehen sind, aus dem Völkerbundkredit, aus dem allein 53 Großmolkereien errichtet wurden. Welche gesamtwirtschaftliche Wichtigkeit die Milchwirtschaft in Österreich hat, geht aus einigen Daten der Außenhandelsbilanz hervor. Die Einfuhr an Milch und Milchprodukten, Butter und Käse, betrug im Jahre 1924 eine Summe von 40,105.000 S, die Ausfuhr an solchen Produkten nur 1,800.000 S; daher ein Passivum bei diesen Posten von 39 Millionen Schilling. Im Jahre 1928 zeigt sich folgendes Bild: Einfuhr 11,433.000 S, der schon eine Ausfuhr — und das ist besonders begrüßenswert — von 7,165.000 S gegenübersteht; daher nur mehr ein Passivum von 4 Millionen Schilling, eine Verbesserung der Handelsbilanz um beinahe 36 Millionen Schilling.

Ein weiteres Kapitel unserer Landwirtschaft, das derzeit im Mittelpunkt des brennendsten Interesses steht, ist die Produktion von Schweinen. Es werden die allergrößten Anstrengungen gemacht, um den Konsum von Schweinen, der in Österreich besteht, durch die inländische Produktion zu decken. Natürlich ist das eine Sache, die nicht so momentan zu machen ist, denn das Umstellen in der Landwirtschaft ist schwieriger als in der Industrie. Aber wir sehen schon, daß es gelingen wird, wenn wir auch momentan in einer schwierigen Situation sind. Durch die Kontingentierung der Schweineeinfuhr aus Polen wurde wohl erreicht, daß die Zahl der aus Polen gelieferten Schweine festgesetzt und eine kleinere Anzahl als früher festgelegt wurde. Diese Beschränkung der Einfuhr wurde aber reichlich wettgemacht durch die Belieferungen aus anderen Nachbarstaaten, wobei ich besonders Jugoslawien und Ungarn hervorheben möchte. Auch Rumänien zeigt sich heute schon als Konkurrent am Schweinemarkt. Schuld an dieser Tatsache ist, daß bei den letzten Zollverhandlungen eine Gewichtsgrenze für die freie Zolleinfuhr festgesetzt wurde, die zu tief angesetzt wurde: 110 Kilogramm für lebend. Wir sehen jetzt die Tatsache, daß die Einfuhr sowohl

aus Polen wie aus Jugoslawien meist Schweine umfaßt, die um 4 bis 5 Kilogramm über der Zollgewichtsgrenze sind, so daß der Staat als solcher nichts davon hat und auch die Landwirtschaft sehr schwer geschädigt wird. Wir müssen daher trachten, diesen Fehler auszubessern, und ich werde mir später erlauben, darüber noch einmal zu sprechen. Auch sehr schädigend für die Schweineproduzenten ist die derzeit bestehende zollfreie Einfuhr von Fett aus dem Ausland, welche eine Verteuerung des Schweinefleisches mit sich bringt, daher auch einen Rückgang des Konsums, und die dazu führt, daß die Schweine am Wiener Markt nie den Preis erreichen können, den zu verlangen der Produzent das Recht hat. Wir sehen auch die Tatsache, daß sich im Auslande Organisationsbestrebungen geltend machen, indem überall Syndikate gebildet werden — jetzt auch in Jugoslawien, Rumänien und Ungarn —, welche sich die Aufgabe setzen, den Wiener Markt zu erobern. Es wäre verfehlt von uns, wenn wir gegenüber einer solchen Sache die Augen verschließen würden, wenn wir einen desorganisierten Markt diesen organisierten Bestrebungen gegenüberstellen würden. Wir sind vor die Aufgabe gestellt, hier Maßregeln, und zwar Organisationsmaßregeln, zu treffen, um diese Einläufe auf dem Markt zu regeln und einen stabileren, konstanteren Preis unseren Einföhrern zu ermöglichen. Ein Produktionszweig der Landwirtschaft, der heuer besonders schwer gelitten hat, ist der Getreidebau, Sie alle wissen, welche unabwendbare Katastrophe über ihn durch die Vorgänge auf dem Weltmarkt hereingebrochen ist. Wir haben in Österreich die größten Anstrengungen gemacht, eine wirkliche Getreideproduktion ins Leben zu rufen, und diese Anstrengungen waren auch von Erfolg begleitet; denn die Mengen, die jetzt auf den Markt kommen, sind schon bedeutend. Während im Jahre 1918 5535 Waggon Weizen aus dem Inland auf den Markt kamen, waren es im Jahre 1928 schon 14.517; bei Roggen waren es im Jahre 1918 13.571, im Jahre 1928 25.277 Waggon; bei der Gerste gar ist die Ziffer von 4793 auf 16.370 gestiegen. Ich muß hier schon sagen, daß es eine patriotische Pflicht unserer Brauereien wäre, daß sie die Platate, die sie angeschlagen haben: *Trinket österreichische Biere! Unterstützet die österreichische Landwirtschaft! auch wirklich wahr machen und die Gerste wirklich bei den österreichischen Bauern einkaufen. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)*

Der Preissturz, der auf dem Getreidemarkt eingetreten ist und zu einer enormen Verbilligung des Getreides und des Mehls geführt hat, hat sich leider nicht zugunsten des Konsumenten ausgewirkt. Der Brotesser, das ist zum allergrößten Teile auch die Arbeiterchaft, hat nichts davon gehabt, daß der Bauer jetzt viel weniger bekommt. Sie müssen das Brot beinahe so teuer bezahlen wie zu den Zeiten, als der Körnerpreis ein ganz anderer war. Die Fortschrittsfreudigkeit aber, die beim Anbau von Brotgetreide

herrscht, wird durch diese Vorgänge stark gehemmt. Wir verlangen daher von der Regierung, daß sie bestimmte Maßnahmen ergreift, und müssen schon jetzt dem Herrn Ackerbauminister den Dank dafür aussprechen, daß er wenigstens das erreicht hat, daß Anbauprämien gewährt werden, um den Bauern wenigstens zu zeigen, daß wir den Willen haben, sie in diesem schweren Kampf nicht allein zu lassen.

Wir müssen aber auch darangehen, den Schutz der Getreideproduktion durch eine Erhöhung der Zölle auf das in Deutschland eingehaltene Maß zu erhöhen, und werden uns nicht dagegen verschließen, wenn es wirklich zu einer Einfuhrregelung kommen sollte, mag sie welchen Namen immer haben. Was wir als Bauern verlangen, ist, daß wir von unserer Arbeit leben können, daß wir einen Schutz haben und auf unsere Gesehungskosten kommen.

Ein Betriebszweig, der mit dem Getreidebau zusammenhängt, ist der Zuckerrübenbau, in Österreich eine ganz neue Produktionsart. Im Jahre 1920 hat die Zuckerproduktion im heutigen Österreich nur 521 Waggon, das sind 6,2 Prozent des österreichischen Konsums, betragen, im Jahre 1928 hat sie aber bereits 11.000 Waggon ausgemacht. Sie ist also von 521 auf 11.000 Waggon, mit denen derzeit schon 65 Prozent des Bedarfs gedeckt werden, gestiegen. (*Rufe: Bravo! Bravo!*) Durch die Errichtung zweier neuer Zuckerrübenfabriken in Güns und Hollabrunn hoffen wir Landwirte, den Konsum Österreichs vielleicht bald zur Gänze decken zu können. Daher sind alle Maßnahmen, die zum Schutze des Zuckerrübenbaues getroffen werden und in der allernächsten Zukunft zu treffen sind, wirklich am Plage.

Beim Kartoffelbau ist ein Preistiefstand eingetreten, der noch über das hinausgeht, was man befürchtet hat. Wir hoffen, daß es uns durch Abkommen mit den Ländern, die zu uns Frühkartoffeln hereinführen, gelingen wird, wenigstens den Absatz zu ermöglichen. Außerdem müssen wir immer wieder an die Regierung die Bitte stellen, das der Landwirtschaft zugebilligte Kontingent an Spiritus zu erhöhen, damit wenigstens der Absatz von Industriekartoffeln sichergestellt wird.

Die Lage des Weinbaues, über die noch ein Kollege nach mir sprechen wird, ist eine triste. Es handelt sich hier um die Existenzen von 30.000 Familien, die in unserem Volke notwendig sind. Die Reorganisation und Erneuerung der Weingärten und die Maßnahmen zur Erhaltung der Besitzfestigkeit der Weinbauern sind eine Art Besiedelungswerk, das unser ganzes Volk durchführt (*Sehr richtig!*), denn wir können diesen Menschen eine andere Beschäftigung nicht finden. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich, alle die Anträge zu betrachten, die dem Hause über den Schutz des Weinbaues, über die Frostschußaktion, über die Herkunftsbzeichnung, die unsere Weinbauern sehr interessiert, über die Bestrafung der äußerst schädigenden Weinfälschung und über die Maßnahmen gegen die

Einfuhr speziell des griechischen Weines vorliegen. Der Niederösterreicher ist von jeher gewöhnt, niederösterreichische Weine zu trinken. Durch diese beinahe freie Einfuhr aus Griechenland ist der Weinbauer um seinen Käufer gekommen, und es wurde außerdem der Geschmack unserer weintrinkenden Bevölkerung verschlechtert, indem diese Weine, die gesüßt und eigentlich als Kunstweine zu bezeichnen sind, eine völlige Umänderung des Geschmades herbeigeführt haben.

Meine Ausführungen haben Ihnen gezeigt, daß es großer Arbeitsfreude unserer bäuerlichen Bevölkerung bedurfte, um diese Produktionsziffern zu erreichen, Freude an der Produktion, Freude am Aufbau, die sehr wohlthätig abticht von der Mentalität mancher anderen Teile der Bevölkerung. Es ist daher notwendig, daß dieses Haus der Landwirtschaft den weitest gehenden Schutz zuteil werden läßt, denn dieser ist ja nur Dank und Anerkennung für die von den Bauern draußen geleistete Arbeit.

Wenn gesagt wurde, daß in dieser Beziehung kein Programm der Regierung vorliegt, so muß ich dem widersprechen. Unser Ackerbauministerium und unser Herr Ackerbauminister haben sich ein ganz bestimmtes Programm der Besitzfestigung gesetzt, die den österreichischen Bauer auf seiner österreichischen Scholle erhalten soll.

Zum Schlusse möchte ich noch eines sagen. Um wirklich produzieren zu können, braucht die Landwirtschaft Ruhe und Frieden im Land. (*So ist es!*) Wenn nun Ruhe und Frieden wieder gestört werden sollen — und es sind Anzeichen dafür vorhanden, ich brauche nur auf die Rede des Herrn Abg. Dr. Bauer zu verweisen —, wenn er schon wieder von einem Generalangriff, von einer Generalentscheidung spricht (*Hört! Hört!*), die ja selbstverständlich ohne Ruhestörung nicht durchzuführen ist, so muß ich sagen, daß das sehr schlecht in Einklang zu bringen ist mit den Friedensschalmeien, die in der letzten Zeit geblasen werden. Es kleben in Niederösterreich noch die Plakate von den Gemeindevätern: „Wer Ruhe und Ordnung in diesem Staate will, wählt sozialdemokratisch!“ — denn wir Bauern sind ja die Unruhbestifter, unser Programm ist ja das der Zerstörung. Diese Plakate kleben noch draußen, und hier wird schon wieder mit dem Feuer gespielt. Wir Bauern haben kein hitziges Blut, wir überlegen uns alles wohl, wenn es aber zu diesem Generalangriff gegen die bürgerliche Stellung, wenn es zu dieser entscheidenden Schlacht kommen soll, dann werden Sie uns auf der Seite derjenigen finden, die den Besitz in Österreich, die die österreichische Idee verteidigen werden. (*Beifall.*)

Es hat gestern der Herr Präsident Eidersch hier gesagt, es werde die Frage der besitzenden und der nichtbesitzenden Klassen aufgerollt werden. Nun, ich glaube, diese Frage wird vielleicht zuerst einmal in der sozialdemokratischen Partei aufgerollt werden, denn dort gibt es auch große Unterschiede, auch dort sind

Besitzende und Nichtbesitzende, auch dort wird sich diese Frage auswirken. (*Zwischenruf Schneeberger.*) Wenn Sie sagen, es kommt nie dazu, dann hätten Sie es gestern dem Herrn Präsidenten Eidersch sagen sollen. Ich gebe Ihnen ja recht, wir halten ja nicht soviel auf die Prophezeiungen des Herrn Dr. Bauer; die Abstammung allein macht noch keinen guten Propheten (*Heiterkeit*), er hat sich schon ein paarmal gründlichst geirrt. Wir wissen und sind in unserem Innersten überzeugt, daß der Anschlag auf den Besitz der Bauern, daß der Anschlag auf das Bürgertum mit Hilfe der Bauern und mit Hilfe unserer Organisationen abgewehrt werden wird. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Paulitsch: Hohes Haus! Als vor einem Jahre in diesem Hause anlässlich der Beratung des Bundesvoranschlages gesprochen wurde, ist mit vollem Recht auf die Steigerung der Ertragnisse in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft hingewiesen worden. Es ist damals auch gesagt worden, daß die Landwirtschaft der beste Abnehmer der industriellen Erzeugnisse ist und daß die uns umgebenden Nachfolgestaaten sich zielbewußt bemühen, eigene Fabriken erstehen zu lassen, um sich von der österreichischen Industrie unabhängig zu machen. Es ist daher im Interesse der Arbeiterschaft selbst gelegen, wenn die Landwirtschaft kaufkräftig gemacht und erhalten wird (*Zustimmung*), weil dadurch der Absatz der industriellen Produkte am besten gesichert wird. (*Sehr richtig!*)

Es ist im Laufe der letzten Jahre ohne Zweifel vieles zur Hebung der Landwirtschaft geschehen. Vielleicht hat diese Hilfe etwas zu spät begonnen, und die Durchführung der Hilfe begegnete so Schwierigkeiten, die nicht so leicht behoben werden können. Diese Hilfe geschah einerseits durch Zollgesetze, die von Österreich im Interesse des gesamten Staates, und nicht zuletzt natürlich im Interesse des Bestandes der schaffenden und erwerbenden Stände, geschaffen werden mußten, weil eine starke Zollmauer uns umgab. Es hieße eine Politik des Harakiri machen, wollte man für Österreich keine Zölle und auf der anderen Seite auch nicht dagegen ankämpfen, daß andere Staaten, die uns umgeben, hohe Zollmauern gegen Österreich aufrichten. Es war ein langsamer, harter, schwerer, aber nicht erfolgloser Kampf.

Es wäre aber ganz irrig, anzunehmen, daß die Zollpolitik allein die Kraft hätte, den Bauernstand so zu schützen, daß er der Sorge für seine Zukunft frei werden könnte. Es müssen andere Mittel gefunden, andere Wege beschritten werden. Es hat ja der Staat eingegriffen, es ist zum Beispiel die Frachtrückervergütungsaktion durchgeführt worden. Aber eines ist mir immer klar: Wenn irgendeine Krise in unserer Wirtschaft eintritt, dann sehen wir schon, daß ein großer Teil des Bauernstandes gefährdet ist. (*Zustimmung.*) Das ist ein Anzeichen dafür, so sehr auch das Aufblühen der Landwirtschaft zu begrüßen ist und so trostvoll es ist,

die Ziffern über das Ansteigen der Ertragnisse zu lesen, auf wie schwachen Füßen vielfach die Landwirtschaft unseres kleinen Vaterlandes noch steht, wenn schon ein kleines Vorkommnis fähig ist, sie zu gefährden.

Es ist in dieser Hinsicht mit vollem Recht auf verschiedene Ursachen hingewiesen worden. Ich möchte ganz kurz auf einige davon zu sprechen kommen, welche nach meiner Überzeugung tief in das Leben der Landwirtschaft eingreifen. Nicht allein für die Landwirtschaft, für alle erwerbenden Stände, für uns alle in Österreich, aber ganz besonders für die Landwirtschaft, ist die schwerste Belastung, welche sich in der unglücklichsten Weise auswirkt, ohne Zweifel der hohe Zinsfuß des Leihkapitals. (*Sehr richtig!*) Das ist es, was die Landwirtschaft am allermeisten drückt. Wir können verschiedene Wege gehen, verschiedenes unternehmen. Solange es uns nicht gelingt, auf diesem Gebiete etwas zu schaffen, wird vieles andere zweifellos nur Fiktion bleiben, die notwendig ist, aber dem Übelstande nicht abhelfen kann und wird. Eine andere Ursache ist nach meiner Meinung die, daß der Unterschied zwischen dem Preis, der für die Produkte der Landwirtschaft gezahlt wird, und dem, den die Landwirtschaft für industrielle Produkte zahlen muß, ein derartiger ist, wie er früher niemals bestanden hat, und daß sich das im Laufe der Jahre, in denen der Bauer verschiedene Bedarfsartikel anschaffen muß, wie eine starke Steuer auswirkt. (*Zustimmung.*)

Es ist heute auch wiederum über die sozialen Lasten gesprochen worden. Gestatten Sie, daß ich dazu ein ganz offenes Wort sage. Ich meine, es wird manches vielleicht nicht richtig aufgefaßt, man redet an manchen Dingen oder an den tatsächlichen Verhältnissen vorüber. Es ist nicht wahr, daß die Landwirtschaft gegen die soziale Hilfe für ihre Mitarbeiter sei; das stimmt wirklich nicht. Wenn auch da und dort einzelne Erscheinungen zutage treten, welche den Anschein erwecken, als ob auf seiten der Bauernschaft eine tiefe Mißstimmung gegen die soziale Hilfe für die Landarbeiter bestünde, so ist es doch nicht so. Wir in Kärnten haben einstimmig das Landarbeiterversicherungsgesetz beschlossen. Aber Sie dürfen eines nicht vergessen: Wenn Sie die Geschichte der Arbeiterversicherung Österreichs aus den achtziger Jahren nachlesen, werden Sie finden, daß es Jahre gebraucht hat, bis sich auch die Bauernschaft selbst mit diesem Gesetz befreundet hat. Es ist einmal etwas Neues, es ist etwas, das vielfach plötzlich gekommen ist, und ob es sich nun um die Krankenversicherung, die Unfallversicherung oder andere soziale Einrichtungen handelt, dürfen Sie nicht vergessen, daß der Bauer infolge der von mir angeführten Gründe wirklich nur schwer imstande ist, das notwendige Geld stets zur Hand zu haben, um das bezahlen zu können. Aber im Grunde ist eine solche Mißstimmung ganz bestimmt nicht vorhanden. Jede derartige Gesetzgebung muß ihre Zeit haben, sie muß sich einleben, sich entwickeln können. Was natürlich jeder sozialen Gesetz-

gebung angelastet wird, das sind die wirklich vorhandenen Mängel, das sind die Mißbräuche, die wirklich festgestellt werden können, und wenn man gegen Mängel und Mißbräuche spricht, wäre es ganz verfehlt, zu meinen, daß man vielleicht gegen die Institution als solche, gegen die Sozialversicherung selbst sprechen wollte.

So ist es auch bei der Arbeitslosenversicherung. Betrachten wir das Leben des Bauern, wie es sich abspielt. Er sieht nicht die Vorgänge in den Industrieorten, aber was er in seiner unmittelbaren Nähe wahrnehmen kann, ist, daß große Mißbräuche vorkommen, daß die Existenz derjenigen, die die Unterstützung erhalten, nicht gefährdet erscheint. Und weil er das sieht, fällt er ein Urteil, das aus dem Wesen und der Auffassung des Bauern sehr verständlich ist. (*Zustimmung.*) Deswegen darf man nicht sagen, es sei die Einstellung so, deshalb darf man nicht vielleicht die Bauern als harttherzige Menschen hinstellen.

Man kann uns die Kritik allein ja nicht befriedigen. Wir müssen neue Wege gehen, weil wir wissen, daß die Existenz und das Fortkommen eines jeden Staates aufs tiefste mit dem Blühen und Wachsen eines gesunden Bauernstandes verbunden ist. (*Beifall.*) Was ich nun wünsche, ist vor allem die gründlichste und gesunde Ausbildung der heranwachsenden Jugend, damit sie den harten Anforderungen gewachsen sei, welche das Leben heute an den Bauernstand stellt. (*Beifall.*) Wenn diesbezüglich gesagt wurde, daß Österreich weit hinter der Tschechoslowakei zurückbleibt, mag das vielleicht in den Ziffern seine teilweise Berechtigung finden. Aber in Wirklichkeit ist nach dem Kriege in der Fortbildung und Heranschulung eines gesunden und modernen Errungenschaften zugänglichen Bauernstandes ungeheuer viel geschehen, viel mehr als im alten Österreich. (*Zustimmung.*) Und wenn auf die Tschechoslowakei hingewiesen wird, so vergessen Sie nicht, daß die Tschechoslowakei vom alten Österreich Mittelschulen übernommen hat, die also Schulen hat, die das alte große Österreich geschaffen hat, die nicht aus den finanziellen Mitteln der heutigen Tschechoslowakei errichtet worden sind. Es ist im vorigen Jahre schon darüber gesprochen worden; heute sind mir die Ziffern nicht so gegenwärtig, aber ich weiß, daß da nur ein ganz kleiner Unterschied zwischen der Tschechoslowakei und Österreich besteht. (*Pölzer: Sie haben ihre Mittelschulen und Hochschulen!*) Herr Kollege Pölzer, Sie müssen auch sagen, was die Tschechoslowakei vom alten Österreich übernommen, aber nicht aus ihren eigenen finanziellen Mitteln errichtet hat. (*Zustimmung.*)

Das zweite, was wir brauchen, ist, daß wir in unserer heranwachsenden bäuerlichen Jugend mit aller Zähigkeit und Zielstrebigkeit den richtigen genossenschaftlichen Geist heranbilden. Es ist ganz unmöglich, daß ein Bauernstand gedeiht, dessen heranwachsende Jugend nicht von mit wirklich tiefem Christentum erfülltem Genossenschaftsgeist durchdrungen ist. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Aber noch etwas anderes möchte ich betonen; es hat heute auch der Kollege Bözler mit vollem Recht darauf hingewiesen, und ich will es dankbar anerkennen. Ich habe schon früher über den hohen Leihzinsfuß gesprochen. Wenn die verantwortlichen Persönlichkeiten dieses Staates sich vollständig darüber klar sind, was der Bauernstand in diesem Staate bedeutet, dann müßten sie sich auch nicht nur über die beginnende Verschuldung des österreichischen Bauernstandes klar werden, sondern auch erkennen, daß langsam jene Zeit wiederzukehren scheint, wo wie vor 40 und 60 Jahren der Bauernstand infolge der Zerschlagung der agrarischen Gemeinschaften durch den liberalen Geist von damals begonnen hat, aus den abgelegenen Gebirgsgegenden zu verschwinden. Wir brauchen gar nicht von der Wiederbesiedlung zu sprechen. Vergessen Sie nicht, daß Hunderte von Besitzungen jeden Tag zu kaufen wären, wenn das nötige Geld vorhanden wäre, weil sich die Leute nicht mehr zu halten vermögen. Deshalb sage ich hier, es müssen sich die verantwortlichen Personen darüber klar sein. Und es ist dies eine ernste, bittere Mahnung, die ich an den Herrn Ackerbauminister richte und die dahin geht, daß wir uns nicht nur darüber klar werden müssen, wie es für uns in Österreich möglich sein wird, mit Hilfe der Hypothekarankalten, Sparkassen durch Begebung von Pfandbriefen, mit Hilfe der Sparkassen, mit Hilfe der Gelder, die das Finanzministerium in den Banken einlegt, um irgendein Institut zu schaffen, mit einem Leihzinsfuß, der erträglich ist und den die Wirtschaft bezahlen kann; ich bin überzeugt, dadurch werden wir die Landwirtschaft vorwärtsbringen, denn sonst wird die Verschuldung immer weiter um sich greifen. Deshalb, hohes Haus, so befriedigend es ist, daß der Ertrag der Landwirtschaft steigt, ebenso notwendig ist es, daß wir an dieses Grundübel die Hand anlegen und bemüht sind, hier Abhilfe zu schaffen. So gut die Girozentrale ist und sein mag, auch der Leihzinsfuß der Girozentrale ist für die Bauernschaft unerträglich. Das kann der Bauer nicht leisten, da kann man dem Bauern nur raten: Wenn es möglich ist, nimm kein Geld auf, du gerätst in Schulden, kannst die Zinsen nicht bezahlen, gar nicht zu reden von der Amortisation. Wenn man das sieht und man ihm helfen will, muß man ihm das unbedingt sagen.

Wenn ich noch ein ganz kurzes Wort sagen will, so ist es ein Wunsch, den ich für den österreichischen Bauernstand habe und der ist, daß dem gesunden Geist des österreichischen Bauernstandes das ungesunde Fremde und Moderne für immer fernbleiben möge. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Teufel: Hohes Haus! Es ist sicherlich berechtigt, wenn wir sagen, daß die österreichische Landwirtschaft heute eine Krise durchmacht, und zwar eine Krise des Absatzes. Da muß ich besonders als Vertreter des Viertels ober dem Manhartsberg, des n. ö. Waldviertels, darauf hinweisen, daß dort derzeit der Verkauf von Hafer, Roggen

und auch Kartoffeln vollständig unmöglich ist. Das n. ö. Waldviertel besitzt im Vergleich zu anderen Teilen unseres Bundeslandes Niederösterreich einen armen Boden und eignet sich wenig für andere Getreidearten. Dazu kommt noch, daß der Hafer einen Preis hat, der keineswegs im Verhältnis zu den Gesehungskosten ist. Weiters wird der Kartoffelbau bei uns stark betrieben. Heuer ist aber eine schwere Krise im Kartoffelabfaze, und der Preis ist ein sehr niederer. Wir haben uns im südlichen Teile des Waldviertels mit dem Anbau von Frühkartoffeln zu befassen versucht und die Jahre hindurch einen schönen Ertrag gehabt. Diese Einnahme ist uns aber auch genommen, weil der Markt, bis wir unsere Frühkartoffeln hinbringen, schon mit den eingeführten ausländischen Frühkartoffeln überschwenmt ist, so daß wir gezwungen sind, Spätkartoffeln anzubauen, welche aber derzeit nicht verwertbar sind, respektive nur einen Preis erreichen, der sich nicht lohnt.

Gewiß leiden alle Zweige der Landwirtschaft schwer, aber die größte Krise macht dormalen der österreichische Weinbau, insbesondere der n. ö. Weinbau, durch. Wir haben in den letzten Jahren durch Peronospora, Hagelschläge, Spätfrost, besonders durch den letzten strengen Winter mit seinen starken Winterfrösten so schweren Schaden erlitten, daß die n. ö. Weinbauernschaft in eine wirtschaftliche Notlage geraten ist. Ich muß dankbar anerkennen, daß die Regierung, insbesondere das Landwirtschaftsministerium, Mittel bereitgestellt hat, um uns in dieser schwierigen Zeit zu helfen. Aber ich muß nochmals die Bitte an die hohe Regierung richten, auch für die weiteren Jahre Mittel zur Verfügung zu stellen, damit wir unsere durch die Reblaus verseuchten Weingärten wieder aufpflanzen können, denn diese schwere Arbeit verlangt große Geldopfer. Die Weingartenfläche von Niederösterreich ist gegen das Jahr 1913 noch um 10.000 Hektar zurück, das ist eine Fläche, die, wenn sie aufgepflanzt wäre, imstande ist, Tausenden unserer braven Weinbauern eine Existenz zu bieten. Ich bitte daher die Regierung, nicht nur mit diesem Betrag, der, wie ich dankbar anerkenne, für das Jahr 1930 ins Budget eingestellt ist, sondern auch mit weiteren Beträgen in den künftigen Jahren uns zu helfen, damit diese tausende Hektar neu ausgepflanzt werden können. Vor uns Weinbauern steht jetzt und für die Zukunft die hange Frage der Absatzkrise. Wenn tausende Hektoliter echter Originalweine in Niederösterreich lagern und unverkäuflich sind, sich aber in den letzten vier Jahren die Einfuhr ausländischen Weines um 150.000 Meterzentner vermehrt hat, dann müssen wir wohl fragen, ob es notwendig ist, daß so übermäßig viel Wein eingeführt wird. Ich kann ruhig behaupten, daß der österreichische Wein gut und bekömmlich ist. Allerdings ist sein Alkoholgehalt niedriger, aber der übermäßige Alkoholgehalt bei den eingeführten ausländischen Weinen ist nicht immer ein natürlicher, er wird meist auf künstliche Weise hervorgerufen und ist in keiner Weise für die Weinkonsumenten erfreulich. Ich bitte

die Regierung, in dieser Frage einzugreifen und diesen Übelstand zu beseitigen. Ich bitte aber auch alle Parteien des hohen Hauses, sich zu fragen, ob es nicht möglich wäre, durch höhere Zollsätze für Wein und eine Revision der Zoll- und Handelsverträge die Zukunft so zu gestalten, daß wir tatsächlich weiterbestehen können.

Wir n. ö. Weinbauern leben in stark besiedelten Gegenden, wir sind zusammengedrängt auf Grund und Boden und haben keine andere Existenzmöglichkeit als den Weinbau. Wir haben in einzelnen Teilen der Wachau, des Kremstales und des Kamptales eine andere Produktionsmöglichkeit nicht. Und der Mann ist noch nicht geboren, der uns einen Ausweg zeigt, der uns auf den steilen Hängen des Kremstales, der Wachau und des Kamptales zu einer anderen Produktionsmöglichkeit führt, welche uns ernähren würde. Wir lieben unsere Scholle, wir mühen und rackern uns, nur bitten wir alle Parteien des hohen Hauses, für uns ein Herz zu haben und unsere Forderungen und Wünsche zu berücksichtigen. Wir haben große Teile unseres Weinbaugebietes durch die Reblausverfeuchung verloren und haben uns in der Not der letzten Zeit der Milchwirtschaft zuzuwenden versucht. Wir haben Milchgenossenschaften gegründet, Milchgenossenschaftshäuser errichtet. Wir haben Molkereien gebaut und haben auch hier nochmals schwere Geldopfer gebracht, wobei wir uns das Geld fast zur Gänze wieder durch Darlehen beschaffen mußten. Nun droht uns auch hier eine Milchschwemme. Ich möchte das hohe Haus und die hohe Regierung bitten, es doch zu ermöglichen, daß unsere Lage durch Einfuhrscheine auf Molkereiprodukte erleichtert wird. *(Zustimmung.)* Bedenken Sie, wie schwer wir leiden, und noch dazu haben wir Darlehen aufgenommen. Ich glaube, daß die Bitte gerechtfertigt ist, daß uns diese Produktion in bescheidenem Maße erleichtert wird, denn im Weinbau ist es nicht möglich, einen größeren Viehbestand zu halten; es kann nicht viel über zwei oder drei Stück sein. Aber jeder Groschen, den wir für Milch herausholen, kann uns über die Notzeit hinüberhelfen. Ich bitte daher das hohe Haus und die Regierung, unsere Wünsche zu berücksichtigen, damit auch wir n. ö. Weinbauern auf unserer Scholle weiterbestehen können. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Sollersbacher: Hohes Haus! Die Vorredner unserer Partei haben sich mit den wichtigen Fragen und den wichtigen Erwerbszweigen der Landwirtschaft befaßt. Ich will nicht wiederholen, sondern nur ganz kurz zu einem wichtigen Erwerbszweige sprechen, und das ist der Obstbau. Der Obstbau spielt in unserem Bunde, besonders in den südlichen Gebieten der Steiermark, eine außerordentlich große Rolle. Der Obstbau bildet für diese Gebiete die Haupteinnahmequelle. Wir haben sogar eine Reihe von Orten mit Kleinbesitz im Ausmaße von 1, 2, 3 Hektar, die mit Obstbäumen bepflanzt sind, und aus diesen Wirtschaften müssen sehr oft Familien mit 5, 6, 7 Köpfen ihre

Existenz finden. Der Obstbau hat auch eine ganz besondere Bedeutung in handelspolitischer Beziehung, was schon daraus hervorgeht, daß aus den Gebieten der südlichen Steiermark in ertragreichen Jahren 15.000 bis 20.000 Waggon Obst zur Verfrachtung gebracht werden können. Da dieser Erwerbszweig eine solche Bedeutung hat, ist es auch unbedingt notwendig, ihm von seiten des Bundes und der Länder die möglichste Sicherung und Förderung angedeihen zu lassen. Wir begrüßen es sehr, daß das Budget für 1930 einen erhöhten Betrag für diesen Erwerbszweig vorsieht. Das ist auch unbedingt notwendig, denn durch die starken Fröste des vorigen Jahres, die Hagelschläge und andere Elementarereignisse sind Millionen von Obstbäumen zugrunde gegangen, die nachgepflanzt werden müssen, wenn der Ertrag im Obstbau nicht zurückgehen soll. Es ist auch unbedingt notwendig, daß der Schädlingsbekämpfung ein größeres Augenmerk zugewendet wird. Weiters möchte ich die hohe Regierung ganz besonders bitten, bei den Handelsverträgen, insbesondere jenem mit Deutschland, darauf zu sehen, daß unsere Ausfuhr, namentlich in ertragreichen Jahren, erleichtert und die Einfuhr aus den östlichen und südlichen und überseeischen Ländern, besonders die Einfuhr der Südfrüchte, erschwert wird. Zusammenfassend möchte ich die hohe Regierung und das hohe Haus bitten, alles daranzusetzen, daß auch dieser wichtige Erwerbszweig der Landwirtschaft gesichert und gefördert wird. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Wagl: Hohes Haus! Ein altes Sprichwort sagt: Worte ziehen an, Beispiele reißen hin. Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, den Abg. Eldersch bei dem Kapitel „Soziale Verwaltung“ zu hören, der sich bestimmter Ausdrücke bedient hat, die ich unbedingt zurückweisen muß. Der Herr Abg. Eldersch hat in bezug auf die Rede meines Parteifreundes Tauschitz, der gesagt hat, Mehrerzeugung könne eine Abhilfe für die Arbeitslosigkeit schaffen, erklärt, das sei nicht richtig, denn Mehrerzeugung verlange auch nach Ansicht des Abg. Eldersch längere Arbeit. Der Abg. Tauschitz hat das nicht so gemeint, sondern er hat gemeint, daß durch Mehrerzeugung, durch intensivere Arbeit eine Verbilligung der Produktion, sei es auf dem Gebiete der Landwirtschaft, sei es auf dem Gebiete der Industrie, herbeigeführt werden könnte und wir dadurch gegenüber dem Auslande konkurrenzfähiger werden.

Aber eines muß ich ganz besonders energisch zurückweisen. Das war der Satz, in dem der Abg. Eldersch zum Ausdruck gebracht hat, wir, das heißt die bürgerlichen, die antimarxistischen Parteien, wollen in die Arbeitslosenfürsorge, in die soziale Verwaltung dreinreden, und unser Wunsch sei, daß die Arbeiterchaft im Milieu der Landwirtschaft schließlich und endlich hungere. Das heißt den Tatsachen ins Gesicht schlagen, denn das Gegenteil von dem, was der Abg. Eldersch

gesagt hat, wäre zum Teil mit Tatsachen nachzuweisen. Ich erinnere nur daran, daß, wenn man sich in Wien in den Restaurants bewegt, fortwährend durchsichtige, von Hunger gepeinigete Gestalten mit irgendwelchen Waren hausieren gehen, nicht deshalb, um zu verdienen, sondern um den notwendigen Lebensunterhalt zu bekommen. Das finden Sie auf dem Lande draußen, unter den Bauern nicht, und die Fälle, wo Leute unter den Bauern verhungert sind, stehen nicht nur nicht vereinzelt da, sondern existieren überhaupt nicht.

Weiters hat der Herr Abg. Eldersch davon gesprochen, daß der Kollege Tauschitz sich in Drohungen ergangen hat. Nun, meine Herren von der Opposition, ich weiß nicht, warum Sie auf einmal gar so fliegenscheu werden. Es hat eine andere Zeit gegeben, wo wir es gewohnt waren, Drohungen zu hören, Drohungen von „absichtlich Zündhölzchen verlieren“, Drohungen von „den roten Hahn auf das Dach setzen“. Wir haben sie nicht so ernst genommen, weil wir gewußt haben, daß die Bevölkerung besser ist als diejenigen, die diese Drohungen ausgesprochen haben. Wenn der Herr Abg. Dr. Bauer in seiner Rede meinte, es kann dazu kommen oder es sei nicht ausgeschlossen, daß auch Sie zum Angriffs-kampfe gegen uns übergehen — bitte, was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß die Arbeit im Parlament durch Drohungen beeinflusst werden darf. Ich bin weit davon entfernt, aber ich meine, ich darf Sie an ein Zitat Schillers erinnern, der da gesagt hat: „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nun nicht los.“ (*Ruf: Das war der Goethe!*) Der Goethe war es? Von mir aus, soll es der Goethe gesagt haben. Das ist dann Wurst, es ist ein Zitat, das jetzt keine Anwendung findet. Sie wittern überall die Heimwehr. Ich meine, durch Ihre Befürchtungen gegenüber der Heimwehr machen Sie die Heimwehr wirklich groß.

Der Herr Abg. Eldersch erklärte auch, daß Sie 93 Prozent der in den Arbeiterkammern vertretenen Arbeiter vertreten. Ich will das nicht abstreiten, aber gestatten Sie gefälligst, daß auch wir deswegen noch etwas dreinreden. Denn die Geschichte mit der sozialen Verwaltung geht schließlich und endlich nicht auf Kosten der Arbeiter, wie der Abg. Eldersch gesagt hat, sondern auf Kosten des konsumierenden Publikums. Derjenige, der die Produkte zulezt kaufen muß, sie konsumiert, verwertet, der hat eigentlich die Kosten zu tragen; denn unsere heutige wirtschaftliche Lage spricht nicht dafür, daß die Arbeiter momentan in der Lage sind, diese Versicherungskosten zu tragen, sondern sie müssen letzten Endes doch von unserer sehr deprimierten, zum Teil sehr notleidenden Wirtschaft aufgebracht werden.

Nun, hohes Haus, möchte ich einige Worte zu der Lage der Landwirtschaft sprechen. Der Herr Abg. Schneeberger hat gemeint, im Lande Oberösterreich will man die Landarbeiterversicherung absichtlich durch das System der sogenannten Gemeindekrankenassen — sie heißen ja heute anders — sabotieren. Nun, ich

weiß nicht, meine Herren, warum beklagen Sie sich denn dann, daß Ihre Organisation nicht in die Reihen der Landarbeiter einzudringen vermag? Abg. Schneeberger meinte ja, die Möglichkeit der freien Koalition müsse auf dem Lande mehr gegeben werden. Wenn diese Versicherung so schlecht ist, wie Sie meinen, haben wir Ihnen ja Tür und Tor geöffnet, um in die Reihen der Landarbeiter eindringen zu können! Wir wissen, daß das Gegenteil der Fall ist, wir wissen, daß unsere Arbeiter zufrieden sind. Wir wollen nur nicht haben, daß eine Krankenversicherung für Gesunde eingerichtet wird, daß man große Häuser auf Kosten anderer Leute baut und schließlich und endlich die armen Arbeiter, wenn sie krank werden, Mitzuren fressen müssen, die man sonst Menschen nicht verabreicht.

Zur allgemeinen Lage der Landwirtschaft, von der ja heute auch vom Kollegen Schneeberger anerkannt wurde, daß sie sicherlich keine beneidenswerte ist, möchte ich das eine sagen: Ich bin überzeugt, daß unser Minister für Land- und Forstwirtschaft, der ein Sohn unseres Landes ist, alles daransetzen und kein Mittel außer acht lassen wird, um die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Wenn aber Menschen sich Wunder von diesem Mann erhoffen, so muß man sagen: Menschen können nicht Wunder wirken. Die Lage der Landwirtschaft in Österreich ist hauptsächlich dadurch ungünstig gestaltet worden, weil wir — wie zum Beispiel beim Getreidebau — zu teuer produzieren. Darüber kommen wir nicht hinweg, und ich kann nicht daran glauben, daß die besten Bemühungen des Herrn Ackerbauministers, die besten Bemühungen der Parteien dahin führen werden, durch Zollgesetze das zu bringen, was der getreidebauende Bauer braucht, um existieren zu können. Denn wenn unser heute so niedrigstehender Getreidepreis nur um einige Groschen gehoben wird, so deckt er noch lange nicht die Gestehungskosten. Deshalb sehen wir auch, daß sich im Lande Oberösterreich ein bedeutender Teil der landwirtschaftstreibenden Bevölkerung, der Bauern, bereits andere Produktionszweige zurechtgelegt hat, so zum Beispiel den Zuckerrübenbau. Nun aber vergessen Sie nicht, hohe Herren, daß die Zeit kommen kann, wo vielleicht unsere Nachbarn die Ältingen kreuzen werden, und dann würden wir gut ausschauen in Österreich, wenn der getreidebauende Landwirt nur mehr soviel Getreide baut, als er zu seiner und zur Ernährung seiner Leute braucht. Dann wird wieder kommen, was wir schon einmal gehabt haben, und es wird sich zeigen, daß nicht der Abg. Eldersch mit seinen gestrigen Behauptungen recht gehabt hat. Dann werden nicht die Bauern und die Diensthöten auf dem Lande verhungern, sondern es werden wieder die Städter zu uns kommen und vor Hunger jammern. Nun haben wir in der letzten Zeit wieder eine Möglichkeit gefunden ... (*Pölzer: Im Schleichhandel wurde teuer verkauft!*) Ja, warum sind die Schleichhändler gekommen? Es wäre nichts zu verkaufen gewesen, wenn die Schleichhändler ausgeblieben wären.

Es gibt eine Möglichkeit, das Getreide in anderer Form besser zu verwerten, das ist nämlich die Verfütterung des Getreides an das Vieh, sozusagen die Umformung des Getreides in Fleisch. Das ist nach meiner persönlichen Überzeugung auch die Zukunft unseres Volkes, unseres getreidebauenden Bauers. Es kann natürlich nicht auf einmal gemacht werden, die Verhältnisse lassen es nicht zu; die Verhältnisse finanzieller Natur, aber auch die Verhältnisse des Bodens, die Bodenbeschaffenheit lassen es nicht zu, daß man auf einmal von der Getreidewirtschaft zur Viehwirtschaft übergeht. Aber wenn wir uns dessen bewußt sind, daß wir hüben und drüben Österreicher sind und daß uns das Bedürfnis und das Wohl unseres Volkes in erster Linie am Herzen liegen muß, dann muß sich auch die Möglichkeit ergeben, durch Viehzüchtung den heute notleidenden Bauern eine bessere Existenz zu verschaffen. Denn das Reden von der direkten Lieferung von den Produzenten an die Konsumenten wird noch lange nicht zum Erfolg führen. Wenn der ernsthafte Wille besteht und wenn man sich darüber klar wird, daß ohne das Wort „Pflichtgenossenschaften“ hüben und drüben die Geschichte nicht gehen wird, dann wird ein Weg bald gefunden sein, auf dem man den sogenannten variablen Zwischengewinn, der konstante feste Preise nicht zuläßt, in die Grenzen verweisen kann, in denen Preisbeeinflussungen in der Art, wie sie heute vorkommen, unmöglich sind.

Ich kann die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne an die Regierung das Ersuchen zu stellen, nichts außer acht zu lassen, um der landwirtschaftstreibenden Bevölkerung langfristige Kredite zu einem niedrigen Zinsfuß zu verschaffen. Wer sich heute bei einem Geldinstitut — bekanntlich hat der sogenannte Privatkredit vollständig aufgehört — Geld verschaffen muß, der muß mit einem 10- bis 12prozentigen Zinsfuß rechnen. Die Landwirtschaft weist jedoch höchstens Gewinne von 4 Prozent auf, was schon als außerordentlich guter Gewinn anzusehen ist. Die Bauern, die Geld zu 10 Prozent verzinsen müssen, leben wie der Dachs im Winter von der eigenen Materie und können es sich förmlich an den Fingern austrechnen, wann sie ihren Besitz an Ausländer verkaufen werden müssen, die infolge eines billigeren Bankzinsfußes in der Lage sind, unsere deutsche Erde zu bewirtschaften. Wenn auch die Nationalbank infolge des Nationalbankgesetzes für die Landwirtschaft nicht zugänglich ist, so gehört es meiner Meinung nach doch zu den vornehmsten Pflichten der Regierung, hier Wandel zu schaffen und in absehbarer Zeit der Landwirtschaft billige Kredite verschaffen zu lassen, damit der Fortbestand des wichtigsten Standes unseres Volkes gesichert bleibt. *(Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)*

Strießnig: Hohes Haus! Ein sehr wichtiger Behelf in der Landwirtschaft ist die Buchführung. Es

hat viele Jahre gebraucht, bis die Buchführung in die Landwirtschaft Eingang gefunden hat. Es bewahrheitet sich hier eben das Wort: Die Praxis schreibt nicht gern. Es ist unseren landwirtschaftlichen Hauptkörpern gelungen, ich glaube in allen Ländern, Buchstellen einzuführen, die sich mit der Frage der Rentabilität in der Landwirtschaft zu beschäftigen haben.

Die landwirtschaftliche Buchführung soll alle Einnahmen und Ausgaben aufzeigen und namentlich erkennen lassen, wie der Landwirt in den vielgestaltigen Betrieben der Landwirtschaft wirtschaftet. Nach den Erfolgen hätte man sich dann eigentlich einzustellen. Sehr wichtig ist auch die Errechnung der Rentabilität durch unsere Buchführungsstellen. Ich bitte das hohe Haus, mir zu gestatten, aus den Untersuchungen über die Rentabilität der Landwirtschaft in Kärnten einen Satz Ihnen zur Kenntnis zu bringen *(liest)*: „Der zunehmende Ernst der wirtschaftlichen Lage der einheimischen Landwirtschaft geht besonders aus der zunehmenden Verschuldung der Betriebe hervor, welche bei den Betrieben mit dreijährigem Abschluß von 87.666 S im Jahre 1926 auf 116.040 S im Jahre 1928 gestiegen ist — das ist eine 32prozentige Steigerung.“

Die Führung dieser Buchstelle erstreckt sich über das ganze Land, nicht etwa nur auf Betriebe einer Kategorie; es sind im Gegenteil größere, mittlere und kleinere Betriebe in den Kreis ihrer Berechnungen einbezogen worden. Alle diese Buchführungen, die draußen durchgeführt werden, stehen unter Kontrolle. Eine Fälschung oder ein Irrtum ist völlig ausgeschlossen. Außerdem werden alle diese Betriebe fachmännisch beraten, es wird Kunstdünger in großem Maße verwendet, es werden Maschinen eingestellt, kurz, die Bewirtschaftung läßt eigentlich nicht viel zu wünschen übrig.

Wir haben in der vorjährigen Budgetberatung auf die ungeheure Produktionssteigerung in der Landwirtschaft in den abgelaufenen zehn Jahren hingewiesen und auch darauf, daß trotz dieser Produktionssteigerung die Landwirtschaft eigentlich immer zu kurz kommt. Die Substanz schwindet immer mehr und mehr. Die Verschuldung hat in wenigen Jahren um 33 Prozent zugenommen. Da muß sich der Landwirt jetzt fragen: Soll ich weiter auf eine solche Produktionsvermehrung hinarbeiten oder soll ich wieder zur extensiven Bewirtschaftung zurückkehren? *(So ist es!)* Da müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß der Landwirt wenigstens so weit auf seine Rechnung kommt, als dies für die Erhaltung des Betriebes notwendig ist.

Wenn wir das Budget für 1930 durchsehen, müssen wir zugeben, daß die Regierung sich Mühe gibt, die Landwirtschaft zu fördern, so gut es geht. Da muß ich mit Befriedigung auf eine Post verweisen, die zum erstenmal im Budget aufscheint, auf die Post „Absatzförderung“ mit einem Betrage von 200.000 S. Diese Absatzförderung hat bereits im Jahre 1929 eingeführt, sie hat aber in vielen Ländern noch nicht den

notwendigen Erfolg gezeitigt. Ich verweise zum Beispiel auf das Land Kärnten. Im Gebiete der Blondviehrasse konnte man die Auswirkungen dieser Absatzförderung feststellen, denn es ist den Besitzern gelungen, schon vor dem Auftrieb ihre Ochsen zu einem annehmbaren Preise zu verkaufen. In anderen Gebieten, ich verweise besonders auf das Mölltaler Zuchtgebiet, ist dagegen von einer Absatzförderung nahezu nichts zu verspüren. Als Obmann des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes Feldkirchen habe ich wiederholt sowohl unsere landwirtschaftliche Hauptkörperschaft als auch andere in Betracht kommenden Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Viehmärkte von den Händlern aus jenen Ländern, die ja durch die Absatzförderungsaktion dazu veranlaßt werden sollten, gar nicht besucht waren. Und was war die Folge davon? Wir haben im Juli und August wieder Viehpreise gehabt, die geradezu katastrophal auf die Landwirtschaft gewirkt haben. Unsere Halt-ochsen wurden um 1 S 30 g bis 1 S 40 g verkauft. Stellen Sie sich vor, was das heißt! Die Ochsen, die beim Auftrieb vielleicht noch 500, 600 Kilogramm gewogen haben, wurden nach zwei, drei Monaten, nach der Alpung, wo sie vielleicht noch weniger Gewicht hatten, für 1 S 30 g pro Kilogramm Lebendgewicht verkauft. Das sind für die Landwirtschaft geradezu katastrophale Preise. Da müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Absatzförderungsaktion wirklich allgemein der Landwirtschaft zugute kommen zu lassen. Es geht nicht an, daß nur ein Teil eines Landes oder etliche Länder davon einen Vorteil ziehen, während gerade die notleidende Landwirtschaft in den Hochgebirgstälern von der Absatzorganisation bisher nur wenig verspürt hat.

Eine weitere wichtige Post ist die Förderung der Milchwirtschaft. Sie erscheint uns ganz besonders deshalb wichtig, weil sich jetzt namentlich in den Alpenländern, die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu entwickeln beginnen. Mein Kollege Bichl hat schon darauf verwiesen, daß es ganz unmöglich ist, Leihkapital zu einem so hohen Zinsfuß, wie er heute gilt, aufzunehmen. Wir erachten es daher für dringend notwendig, daß unsere Molkereigenossenschaften eine ausreichende Unterstützung finden. Es ist unmöglich, die großen Beträge für die Gründung dieser Genossenschaften, für den Bau des Molkereigebäudes, für die Maschinen usw. aufzubringen; andererseits ist man nicht in der Lage, für Leihkapital 8, 9 oder 10 Prozent Zinsen zu zahlen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf verweisen, daß gerade wegen der Entwicklung auf dem Gebiete des Molkereiwesens ein großes Interesse besteht, daß die Schweinepreise eine solche Höhe beibehalten, wie sie für die Mastbetriebe notwendig ist. Wir wissen, daß im Jahre 1928 auf dem Wiener Markt ein so elender Schweinepreis war, daß niemand in der Lage war, ohne Verlust Schweine auf den Wiener

Markt zu bringen. Es ist daher notwendig, gerade auf dem Gebiete der Schweinezucht Wandel zu schaffen, weil gerade die kleinen und mittleren Besitzer das größte Interesse haben, daß wir einen Schweinepreis erzielen, der noch rentabel genannt werden kann. Wir wollen nicht etwa Wucherpreise. Was wir wollen, ist ein ständiger Absatz und eine Preisregelung, bei der wir bestehen können. Wir haben nachgeforscht, ob denn die verbrauchende Bevölkerung von diesem katastrophalen Preisrückgang einen nennenswerten Gewinn gezogen hat. Wir konnten feststellen, daß das nicht der Fall war. Die Preisdifferenz betrug 10 bis 20 g, während draußen in den Ländern Milliarden verlorengegangen sind.

Ich muß bei dieser Gelegenheit den Herrn Minister bitten, es möge gerade im Hinblick auf die Schweinezucht in bezug auf die Beistellung von Impfstoff Wandel geschaffen werden. Bei uns in Kärnten haben sich in der letzten Zeit Fälle ereignet, wo Besitzer infolge der Schweinepest ungeheuren Schaden erlitten haben. Wir sind der Meinung, daß für solche Besitzer der Impfstoff unentgeltlich beizustellen wäre. Wenn man schon in diesen Fällen nicht in der Lage ist, den Impfstoff sofort zur Hand zu haben, so müßte es doch möglich sein, ihn wenigstens am folgenden Tag zu bekommen. Bei uns haben sich aber Fälle ereignet, wo in ganz Kärnten kein Impfstoff aufzutreiben war und der Besitzer gezwungen war, den Impfstoff aus Ungarn telegraphisch zu bestellen und von dort zu beziehen. Solche Zustände sollten doch nicht vorkommen. Ich stelle daher an den Minister die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß Impfstoff in entsprechender Menge bereitgestellt werde und daß er den Leuten, wo es notwendig ist, gratis zur Verfügung gestellt werde.

Ich möchte mich nun ganz allgemein mit der Frage der Berarmung unserer Volkswirtschaft beschäftigen. Im Budgetkapitel 15 „Soziale Verwaltung“ wird uns mitgeteilt, daß der jährliche Unterstützungsaufwand in der Arbeitslosenversicherung und in der Alterssicherung zusammen 170 Millionen Schilling beträgt. Hohes Haus! Das sind 1700 Milliarden! Die Zahl der Arbeitslosen hat im Februar dieses Jahres 264.000 überschritten — es wird hiezu bemerkt, daß das die höchste festgestellte Zahl sei —, beträgt aber gegenwärtig schon 244.600. Es ist also ein ständiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Wer im praktischen Leben mitarbeitet und sieht, wie vielfach die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit sind, muß feststellen, daß zwar wirklich eine große Arbeitslosigkeit besteht — das wollen wir nicht leugnen —, daß aber auch andere Ursachen hier mitspielen, welche diese ungeheure Arbeitslosigkeit noch steigern. Ich habe schon im Vorjahre diese Arbeitslosenversorgung, soweit sie Menschen betrifft, die ihren Bezug nicht notwendig hätten, als ein Staatsrentnerium bezeichnet und ich muß dies heuer wiederholen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß gerade dieses Staatsrentnerium immer praktischer geworden ist, und

daß die Zahl der Unterstützten deshalb immer größer wird, weil die Leute sich sagen: ich zahle ja ein und kann also die Unterstützung beanspruchen. Wir haben die Bemerkung gemacht, daß Leute, die bisher die Unterstützung nicht bezogen haben, sie jetzt sehr fleißig in Anspruch nehmen. Kollege Schneeberger hat bereits die ständige Abwanderung in der Landwirtschaft erwähnt, und ich möchte in diesem Zusammenhang bemerken, daß nicht die vielen Milliarden, die für die Arbeitslosen — ich meine speziell diejenigen, die den Bezug der Unterstützung nicht notwendig hätten — aufgewendet werden, das Ausschlaggebende sind, sondern daß die demoralisierende Wirkung, die dieses System auf dem Lande draußen hat, eine noch viel größere Rolle spielt. Ich verweise auf einen Fall, der sich im oberen Gurktal ereignet hat. In einem Graben, wo die Besitzer bis zu 1400 und 1500 Meter Getreide bauen müssen, war bis vor zwei Jahren von der Arbeitslosenunterstützung kaum etwas zu merken. Eines Tages treffe ich bei Feldkirchen, in einem etwa vier Stunden entfernten Markte, zwei Burschen. Ich frage sie, was ist denn los mit euch? Wie kommt ihr daher? — Fällt uns nicht ein, dort oben zu bleiben, wir gehen auch in einen Betrieb, wo wir die Arbeitslosenunterstützung bekommen. *(Zwischenrufe.)* Wir wissen ja, daß man die Arbeitslosenversicherung auch auf die Landwirtschaft ausdehnen will, und Sie werden sagen, wenn man das täte, dann würden die Leute nicht abwandern. *(Schneeberger: In Deutschland ist es deswegen gemacht worden!)* Die Verhältnisse in Deutschland sind mit unseren nicht zu vergleichen, dort kann der größte Teil der Landwirte seine Hauptarbeit im Sommer mit Saisonarbeitern durchführen. Vergleichen Sie die deutsche nicht mit einer alpenländischen Landwirtschaft. Bei uns in Kärnten, Steiermark, Tirol und Vorarlberg ist der Besitzer gezwungen, eine gewisse Staffel von Dienstboten das ganze Jahr zu beschäftigen. Er braucht einen Menschen für die Pferde, einen für die Kinder, er braucht Leute für die Holzfuhrn und die Düngersfuhrn und wir können daher Saisonarbeiter nicht oder nur sehr wenig und überhaupt nur in der Ebene verwenden. Deshalb ist es notwendig, daß hier Wandel geschaffen wird. Ich muß erklären: wir sind nicht grundsätzlich gegen die Arbeitslosenversicherung. Vielleicht wollen Sie hier wieder einen Dreh machen und sagen: Der Landbund, der böse Landbund beleidigt unsere Arbeiter! Nein, das wollen wir nicht. Wir stimmen mit Ihnen darin überein, die Arbeitslosenversicherung jenen Armen zu geben, die tatsächlich in Not kommen, die in den Industrieorten arbeiten und an die Familie, an den Beruf wirklich gebunden sind. Aber unterstützen Sie nicht Leute, die es wirklich nicht nötig haben. Hier habe ich eine Rechnung von einem Saisonarbeiter, einem gewöhnlichen Maurer, der Stallweigungsarbeiten verrichtet hat: 150 Maurerstunden à 1 S 70 g pro Stunde macht 255 S. Das sind jene Arbeiter, die in der Arbeitslosenversicherung sind

und es nicht not hätten. *(Zwischenrufe.)* Aber ähnlich ist es mit den Zimmerleuten, ähnlich ist es mit unseren Frauen, die in den Kurorten sind und im Herbst nach Hause kommen, mit den ersparten Millionen sich das Haus mit Marmor decken lassen und am nächsten Tag sich für die Arbeitslosenunterstützung anmelden. *(Ruf: Das ist eine Maurermeisterrechnung! Der Maurer bekommt nur einen Schilling!)* Die Maurer haben Gelegenheit genug zum Arbeiten. Vielfach beginnen sie schon vor Ostern mit der Arbeit und heuer haben sie noch 14 Tage Arbeit. Kein Mensch wird eine solche Arbeitslosenversicherung verstehen.

Das ist dasjenige, was wir bekämpfen müssen, und ich bedauere es, meine sehr verehrten Herren von der Opposition, daß Sie sich nicht bereit erklären, sich mit uns zusammenzusetzen und darüber zu sprechen. Ich habe die innerste Überzeugung, daß Sie derselben Meinung sind wie wir, ganz derselben Meinung! *(Widerspruch.)* Wenn Sie die Arbeitslosenversicherung so wollen, daß wir Leute hineinnehmen, die es nicht notwendig haben, dann werden wir natürlich nie auf eins kommen. *(Zwischenrufe.)* Alle diese Saisonarbeiter, ob es nun Zimmerarbeiter oder Maurer sind, sind aus der Landwirtschaft hervorgegangen und kennen die landwirtschaftliche Arbeit. Wie war es denn früher, vor der Einführung der Arbeitslosenversicherung? Da war es möglich, daß wir nach Allerheiligen einen Arbeiter für die Arbeit im Stall bekommen haben, für verschiedene Arbeiten, ohne daß wir die Meistergebühr zahlen mußten. Er hat seine Schicht gezahlt getriegt, er hat seine Verpflegung bekommen. Heute bekommen Sie keinen Menschen. Ein Nachbar von mir hat im vorigen Jahr versucht, einen Zimmermann, nachdem er von seinem Meister ausgetreten war, zu bekommen. Da hat dessen Tochter gesagt: „O mei, der Vater geht net, er hat schon die Arbeitslose!“ Das sind doch unmögliche Auswirkungen. Warum sollen solche Leute im Winter für die Landwirtschaft nicht etwas billiger zu bekommen sein als in der Saison? Aber sie machen es nicht, weil sie sich auf die Arbeitslosenversicherung stützen. Hohes Haus! Es wurde wiederholt auf diese Arbeitslosigkeit hingewiesen. Ich habe schon einmal erwähnt, daß die Arbeitslosigkeit groß ist, und wir meinen: Gerade deshalb, weil die Arbeitslosigkeit so groß ist, sollten Sie hier doch eine Trennung durchführen. Es ist dringend notwendig, daß wir in Frieden darüber beraten und sagen: hinaus mit allen denen, die die Arbeitslosenunterstützung nicht notwendig haben! Wir haben gar nichts dagegen, wenn die wirklich Armen, die an die Familie und an den Beruf gebunden sind, vielleicht sogar eine noch etwas höhere Unterstützung bekommen, aber unterstützen wir nicht Menschen, die in die Versicherung nicht hineingehören.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf verweisen, wie ungünstig sich die soziale Fürsorge auf unsere Landwirtschaft auswirkt. Ich habe als Obmann einer

landwirtschaftlichen Bezirksgenossenschaft vor ganz kurzer Zeit Gelegenheit gehabt, mit einem Bauern zu sprechen, der zwei Sackerl Hafer auf seinem Wagen gehabt und gebeten hat, man möge ihm einen Sack Kochsalz dafür geben. Selbstverständlich ist das bei der Genossenschaft nur in der Weise möglich, daß man gegenseitig verrechnet, und die Differenz hat einen Betrag von 2 S 80 g als Bezahlung für den Besitzer ergeben. Glauben Sie, daß der Mann diese 2 S 80 g in der Tasche gehabt hätte? Er hat sich geschämt und hat gesagt, er hat kein Geld und wird ein anderes Mal diese 2 S 80 g bezahlen. Beim Nachhausefahren sieht er aber Knechte, die bei ihm einmal bedienstet waren und vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung zurückkamen. Stellen Sie sich doch vor: der Mann plagt sich von früh bis spät abends, hat aber nicht so viel in der Tasche, daß er das Sackerl Salz bezahlen konnte, während man die jungen, kräftigen Burschen, die doch arbeiten könnten, im Winter beim Eischießen usw. sieht! Wir wollen nicht hegen oder, wie Sie sagen, gegen die soziale Fürsorge sein, aber setzen wir uns doch in Gottes Namen einmal zusammen, und machen wir eine gründliche Scheidung zwischen jenen, die die Arbeitslosenunterstützung notwendig haben, und jenen, denen sie nicht gebührt. Ich habe nicht die Aufgabe, etwa für den Heimatschutz einzutreten — Sie wissen ja genau, wie der Landbund eingestellt ist —, aber ich sage, nicht Steidle, nicht Primmer, nicht Babst haben diese Volksbewegung verursacht, sondern die Not der Landwirtschaft und des Handels- und Gewerbestandes, die ja sehen, daß wir nahezu schon am Abgrunde sind, weshalb man versuchen muß, alles aufzubieten, damit da endlich einmal Ordnung gemacht wird. Es handelt sich um eine wahre Volksbewegung, die solange nicht verstummen wird, solange bei uns nicht Ordnung gemacht wird. Wir erleben es ja auf dem Lande draußen bei jeder einzelnen Versammlung, daß Leute aus den verschiedenen Berufsgruppen anwesend sind und alles gegen die Arbeitslosenversicherung förmlich losbrüllt, da muß also einmal Ordnung gemacht werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf ein Unrecht hinweisen, welches speziell die landwirtschaftlichen Grundpächter betrifft, weil sie immer noch mit der Erwerbsteuer belastet werden, obwohl wir meinen, daß eine Grundpacht doch nicht als Gewerbe angesehen werden kann. Es handelt sich gewöhnlich um ärmere Leute, die ohnedies verschiedene Steuern zu zahlen haben, zu denen dann noch die Erwerbsteuer kommt. Ich möchte also sehr bitten, daß man diese Grundpächter von der Erwerbsteuer befreit.

Wiederholt ist auch schon auf die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums bei der Einkommensteuer hingewiesen worden. Von allen Seiten ist dieser Ruf erfolgt, es ist aber noch immer nicht gelungen, eine Hinaufsetzung des steuerfreien Existenzminimums zu erreichen. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft

haben sich, wie ich nachgewiesen habe, seit dem Jahre 1914 nicht gebessert, sondern verschlechtert, es wäre daher dringend notwendig, daß es mit der Hinaufsetzung des steuerfreien Existenzminimums endlich einmal Ernst wird. Weiters möchte ich bitten, daß man speziell bei der Einkommensteuer auf die wirklichen Verhältnisse in der Landwirtschaft Rücksicht nimmt. Wenn man nachweisen kann, daß man von der Substanz gezehrt hat und die Ausgaben größer sind als die Einnahmen, sollte diese Tatsache bei der Besteuerung doch entsprechend berücksichtigt werden, aber gerade über die Einkommensteuer wird von landwirtschaftlicher Seite große Klage geführt. Bei der Veranlagung werden oft Summen angenommen, die nie existieren, von denen derjenige, der auf Grund dieser Summen besteuert wird, keine Ahnung hat, wie sie zustande gekommen sind. Hier soll auch einmal Ordnung gemacht werden, indem man sich an die wirklichen Verhältnisse anpaßt und die Besteuerung durchführt.

Ich möchte auch auf die Ausführungen des Kollegen Schneeberger zurückkommen, der auf die verschiedenen Ursachen der Abwanderung vom Lande in die Stadt hingewiesen und gesagt hat, daß die Bequartierung, die soziale Fürsorge usw. in der Landwirtschaft mangelhaft sind und daß speziell der Landbund gegen die Landarbeiterversicherung und die damit verbundene soziale Belastung ist. Dieses Thema hat bereits mein Kollege Bichl berührt; ich kann nur mitteilen, daß die Krankenversicherung, bevor das Landarbeiterversicherungsgesetz in Kraft gesetzt worden ist, in den meisten Ländern schon seit Jahren ländersweise durchgeführt worden ist. Wie ist es nun gekommen, daß gerade seit dem Inkrafttreten des Landarbeiterversicherungsgesetzes ein Unwille, ich möchte sagen, eine Auflehnung der Besitzer eingetreten ist? Wenn ich mich recht erinnere, haben wir früher pro Mann und Woche 45 g für die Krankenversicherung gezahlt; außerdem wurde ein Pauschalbetrag seitens des Landes für die Unfallversicherung geleistet. Wenn wir jetzt sehen, welche ungeheure Steigerung nach der Inkraftsetzung des Landarbeiterversicherungsgesetzes eingetreten ist, dann müssen wir begreifen, daß die Landwirtschaft sich gegen diese hohen Prämien auflehnt, insbesondere deshalb, weil die wirtschaftliche Lage eine so ungünstige ist. Bei uns in Kärnten wurden sämtliche Dienstboten in die 5. Lohnklasse eingereiht, und es ist hier eine 200- bis 300prozentige Steigerung eingetreten. Ich betone nochmals, daß unsere Landwirtschaft nicht gegen die Sozialversicherung ist. Sie müssen aber zugeben, daß es berechtigt ist, zu fordern, daß die soziale Belastung der Tragfähigkeit der Wirtschaft angepaßt wird. (Zustimmung.) Wir haben hier gehört — ich glaube, Frau Emmy Freundlich hat es gesagt —, daß die ehefte Inkraftsetzung der Altersversorgung verlangt wird. Ich bin ja überzeugt, daß Sie selbst nicht ernstlich daran denken, weil Sie wissen, daß wir es nicht ertragen können. Genau so ist es bei der Landarbeiterversicherung.

Versehen Sie uns in die Lage, so viel einzunehmen, daß die Landwirtschaft aktiv wird, dann bin ich überzeugt, daß keiner der Bauern, die hier im hohen Hause sitzen, sich darüber aufhalten wird, wenn höhere Prämien zu bezahlen sind. In erster Linie müssen wir aber doch so weit kommen, daß wir nicht gezwungen sind, von der Substanz zu leben, sondern so viel einnehmen, daß wir unser Auskommen finden können.

Es wurde auch darauf verwiesen, daß die Wohnungsverhältnisse sehr schlecht sind und unsere Dienstboten vielfach in Stallungen untergebracht werden. Wenn Sie aber die Verhältnisse der Landwirtschaft kennen, besonders im Gebirge, wo es noch die alten Holzhäuser gibt und der Landwirt gar nicht in der Lage ist, Dienstbotenwohnungen zu errichten, dann können Sie doch nicht meinen, daß es Absicht ist, wenn unsere Leute noch mangelhaft untergebracht sind. Seien Sie überzeugt, daß die Landwirtschaft bemüht ist, soweit die Mittel reichen, eine Verbesserung der Lage der Dienstboten herbeizuführen. Vielfach werden schon Arbeiterhäuser und Arbeiterwohnungen gebaut; aber sagen Sie mir, wo der arme Bauer oben im Gebirge, der nichts hat als die geringen Einnahmen von seinem Vieh, die Mittel hernehmen soll, um für seine zwei oder drei Dienstboten ein eigenes Heim zu bauen? Soll er in eine Berufsschule kommen, aus der er mit Rücksicht auf den heutigen Zinsfuß nicht mehr heraus kann? Man muß sich eben in die Verhältnisse hineindenken, wie sie wirklich sind.

Der Herr Kollege Schneeberger hat auch gemeint, wir seien seinerzeit, als wir über das Landarbeiterversicherungsgesetz beraten haben, für kleinere Anstalten eingetreten und wir hätten uns gegen eine große Anstalt in Wien widersetzt. Wir gestehen das unumwunden zu. Wir sind auch heute noch Gegner dieser großen Anstalt. Wer versteht denn den Bauer am besten? Derjenige, der alles am eigenen Leibe verspürt, der alles mitmachen muß, und deshalb war es ganz besonders wichtig und notwendig, daß es den einzelnen Ländern überlassen wird, diese Anstalten zu errichten. Die Leistungen sind deshalb nicht kleiner geworden, wenn zum Beispiel Steiermark, Kärnten usw. je eine selbständige Anstalt haben. Aber es ist nun, wie gesagt, die Gelegenheit geboten, sich diese Anstalten so einzurichten, wie die Verhältnisse im betreffenden Land sind. Ich scheue auch gar nicht davor zurück, zu sagen, daß die Herren, die in Wien in einer großen Anstalt sitzen, ein solches Interesse gar nicht aufbringen und auch kein Verständnis für die Verhältnisse, die ja draußen ganz verschieden sind, haben. Wir haben uns eben davor gefürchtet, in eine Anstalt hineinzukommen, die nach einer Schablone alles versichert, wobei es natürlich nicht möglich ist, daß wir jene Berücksichtigung erfahren, die speziell für die Alpenländer notwendig ist.

Wir haben während der Beratung des Landarbeiterversicherungsgesetzes ziemlich weitgehende Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten gehabt, aber

trotzdem sind wir zusammengekommen, und es wird jetzt möglich sein, in den einzelnen Ländern diese Verschiedenheiten zu berücksichtigen. Ich meine, es ist nicht von der allergrößten Wichtigkeit, wie die Anstalt ist, ob sie klein oder groß ist, sondern das wichtigste ist, daß sie den Wünschen des betreffenden Landes entspricht und daß die Leistungen, die das Gesetz vorschreibt, wenigstens in den großen Umrißen eingehalten werden.

Ich möchte auch auf die Einwürfe zurückkommen, die dem Kollegen Tauschitz gemacht worden sind. Es mag vielleicht irrig aufgefaßt worden sein, aber ich bin derselben Meinung, wie mein Kollege Bichl, daß Tauschitz es nicht so gemeint hat, wie Sie argumentiert haben, sondern daß er vielfach jene Zustände geißeln wollte, die ich jetzt geschildert habe. Sie brauchen ja nur zu den Versammlungen auf das Land hinausgehen, und Sie werden sehen, daß den größten Unwillen und die größte Auflehnung gerade diese ungeschickte Arbeitslosenversicherung hervorgerufen hat. Ich bin deshalb der Meinung: wir sollten uns nicht immer und immer auseinandersehen, wir sollten uns nicht immer gegenseitig Vorwürfe machen, die ja schließlich zu keiner Besserung führen, sondern wir sollten diese wichtigen Fragen — und ich erachte gerade die Frage der Arbeitslosenversicherung als eine der wichtigsten, weil diese Frage die Unzufriedenheit auf dem Lande draußen hervorgerufen hat — endlich zur Zufriedenheit aller regeln. Arbeiten wir zusammen, und ich bin überzeugt, daß wir uns auf einer Plattform finden. Es wird schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit, mit Rücksicht auf diesen Betrag von 1700 Milliarden notwendig sein, daß hier Abänderungen getroffen werden, zum Wohle unseres Volkes und zum Wohle unserer Republik! (*Lebhafter Beifall.*)

Müller: Hohes Haus! Der Herr Abg. Thaler hat uns, der Opposition, heute ein Kompliment gemacht, indem er meinte, er müsse mit Genugtuung feststellen, daß wir bezüglich der Förderung der Landwirtschaft und der Erfüllung Ihrer noch ausstehenden Forderungen mit Ihnen einer Meinung seien. Nun bitte, man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob das gerade in der Form gesagt werden muß, aber jedenfalls schaut es so aus, als ob wir, die Sozialdemokraten, bisher jene Feinde gegenüber den Forderungen der Landwirtschaft gewesen wären, als die man uns wenigstens in den Versammlungen draußen seitens vieler Vertreter der Mehrheitsparteien hinstellt. Ich bitte, man braucht uns keine Komplimente zu machen, man braucht auch heute durchaus nicht festzustellen, daß wir ja erst jetzt für die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sind. Die Sache steht sehr einfach: Wir haben so wie die Vertreter der Mehrheitsparteien in ländlichen Wahlkreisen die Interessen der dort wohnenden und arbeitenden Menschen zu vertreten, und das haben wir immer getan, und es hat bei uns nie eine andere Auffassung gegeben als die, daß der arbeitende Mensch in jedem Berufe

jenen Lohn, jene Entschädigung zu bekommen hat, die ihm gebührt. Und das ist schließlich auch bei der Frage, wie hilft man dem Arbeitsbauern, die ganze Streitfrage. Wir sind der Meinung — und ich möchte das auch heute wieder bei dem Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“ ausdrücklich feststellen —, daß die Mehrheitsparteien gegenüber den Forderungen der großen Masse der Arbeitsbauern ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Sie haben gewiß in manchen Belangen den ernstesten Versuch gemacht, der allerdrängendsten Not beizukommen, aber Sie haben dabei immer und in allen Fragen das Wichtigste übersehen: Sie haben auf die große Masse der arbeitenden Bauern, soweit sie Kleinwirtschaftler, Kleinbauern sind — also jene Bauern, die am allermeisten der Hilfe bedürfen —, vergessen. Ich bin überzeugt, nicht mit Absicht; das ist selbstverständlich. Aber Sie haben Ihre ganzen Hilfsmethoden nicht so eingerichtet, daß man ernsthaft anerkennen könnte, Sie haben den guten Willen gezeigt, dieser großen Masse der Kleinen zu helfen. Schon mein Freund, der Abg. Schneeberger, hat hier festgestellt, wenn irgendwo ein Notstand ist, dann trifft dieser Notstand vor allem anderen die wirtschaftlich Schwachen. Um das handelt es sich. Die Weltkrise der Landwirtschaft, die besondere Krise der österreichischen Landwirtschaft trifft die große Masse der Kleinen und bis zu einem gewissen Grad auch die sogenannten mittleren Bauern so hart, daß diese Bauern mit Recht erklären: Wir können nicht mehr, wir sind am Ende unserer Kräfte angelangt. Hier hat die Hilfe der Mehrheitsparteien versagt, und wir müssen feststellen, daß wir in der Streitfrage der Hilfe für die kleinen Bauern anderer Meinung sind als Sie. Wir haben in jedem Jahr bei der Budgetberatung und auch bei verschiedenen anderen Anlässen, als es sich um Fragen der Zollgesetzgebung oder um andere Maßnahmen gehandelt hat, aufgezeigt, wie die von Ihnen beschlossenen Maßnahmen für die große Masse der Kleinen völlig unzulänglich bleiben müssen. Wir haben Ihnen sicherlich einige Dutzende Male bei den erwähnten Anlässen aufgezeigt, daß sich, wenn man unsere Vorschläge verwirklichen würde, die Not der Kleinen sich nicht so auswirken könnte, wie sich das jetzt zeigt. Wir haben Ihnen in einer ganzen Reihe von konkreten Vorschlägen und in rein sachlicher Kritik immer wieder aufgezeigt, daß diese Ihre Methoden wohl für die großen Betriebe, für die wirtschaftlich starken Betriebe Vorteile bringen können, aber das Wichtigste haben Sie trotz unserer Kritik und unserer sachlichen Vorschläge nicht gemacht: für die große Masse der Kleinen haben Sie ernsthaft nichts unternommen.

Sie haben vor allem in der Lebensfrage der kleineren Wirtschaften, das ist der Frage der Regelung des Absatzes und der Stabilisierung der Preise, keinen ernsthaften Versuch zur Abhilfe unternommen. Wir haben Ihnen im vorigen Jahre bei der Budgetdebatte unter anderem einen Antrag unterbreitet, der keine Erhöhung der Posten im Budget bedeutet hätte, sondern der nur

erreichen wollte, daß die Regierung und besonders das Landwirtschaftsministerium dafür Sorge trägt, daß die genossenschaftlichen Absatzorganisationen der Bauern und die genossenschaftlichen Konsumentenorganisationen von Regierung wegen zusammengeführt werden und ernsthaft über die Wege beraten, die begangen werden könnten, um vom Standpunkt der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen aus den Absatz im Wege der landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Organisationen zu fördern. Sie haben diesen Antrag abgelehnt und haben seither in dieser Frage auch nichts unternommen. Sie haben zwar in das Budget eine Post für die Förderung des Absatzes eingesetzt, aber die Voraussetzung einer wirklichen Absatzförderung ist natürlich nicht diese Post, sondern die Voraussetzung ist, daß Sie sich endlich bemühen, dieser großen Zahl kleiner und mittlerer Bauern den Absatz ihrer Produkte zu ermöglichen.

Wie man das macht, dafür gibt es viele Beispiele. Ein geradezu mustergültiges Beispiel haben Sie — das muß neidlos anerkannt werden — in Ihren genossenschaftlichen Molkerei- und Milchorganisationen. Hier haben Sie wirklich eine mustergültige Leistung zustande gebracht, und es ist nicht der geringste Teil der Milchprodukte, der in Wien von den genossenschaftlichen Konsumentenorganisationen abgenommen wird. Hier ist also ein Musterbeispiel dafür gegeben, wie man es machen könnte. Sie müssen aber endlich einmal versuchen, es auch bei anderen Produkten so zu machen, deren Absatz für die große Zahl der Bauern — und es handelt sich hier um Kleinbauern — eine Existenzfrage bedeutet.

Es kann doch keine unmögliche Aufgabe sein, zum Beispiel für den Eierabsatz, wenn auch nicht gerade, wie heute gesagt wurde, von Anfang an eine Pflichtgenossenschaft zu gründen, so doch Sammelstellen unter der Führung Ihrer bäuerlichen Organisationen, Ihrer Bauernkammern zu errichten, Sammelstellen, in denen die Ware marktfähig hergerichtet und dann zu einem vom Standpunkt der berechtigten Bedürfnisse der kleinen Landwirte kaufmännisch richtigen Preis auf den großen Wiener Markt gebracht wird. Das kostet allerdings Geld, aber doch keine unerschwinglichen Summen. Es erfordert aber den ernststen Willen der Organisationen der bäuerlichen Berufsschichten, die Sie als Mehrheitsparteien in der Hauptsache führen, daß sie planmäßig den Auswüchsen des Zwischenhandels an den Leib rücken, daß Sie also einmal versuchen, im Wege von genossenschaftlichen Absatzorganisationen den Absatz der Eier zu organisieren. Versuchen Sie es einmal ländersweise. In unseren Gebieten rings um Wien herum bis an die Grenze der Tschechoslowakei ist das doch sicherlich kein Kunststück. Aber Sie müssen endlich die Tradition aufgeben, daß Sie es jedermann recht tun wollen. Sie wollen den Bauern helfen und versprechen ihnen eine Förderung des Absatzes, und Sie wollen den Händlern nicht weh tun und versprechen, daß Sie auch ihre Interessen vertreten werden. Nun,

wenn Sie dem Bauern den Absatz der Eier, der Kartoffeln, des Getreides und verschiedener anderer Produkte regeln wollen, wenn Sie ihm vor allem einen gesicherten Absatz schaffen wollen, dann müssen Sie die anderen Gruppen, die Sie auch zu vertreten vorgeben, das ist vor allem anderen den börsenmäßigen Handel, den Großhandel, natürlich im Stiche lassen. Das sind zwei Gegensätze, die sich nicht vertragen. Worüber die große Zahl der Kleinbauern in unseren Gebieten in Niederösterreich, um Wien herum klagt, das ist, daß sie in allem und jedem, bei jedem Produkt mit Ausnahme der Milch völlig den brutalen Ausbeutungsbedürfnissen der Händler ausgeliefert sind. Hier Wandel zu schaffen ist doch nicht eine Sache der Unmöglichkeit, hier bedarf es doch wirklich nur der Durchführung jener programmmäßigen Absichten, von denen heute hier wiederholt geredet wurde.

Ich muß mich aufs schärfste gegen die Meinung des Herrn Ministers Thaler wenden, der sagte, ein planmäßiges Vorgehen, eine programmmäßige Regelung sei nicht möglich und war bisher nicht möglich, weil man die Verfassung machen mußte. Das ist doch kein Entschuldigungsgrund. Was ist denn wichtiger für die Existenz der Masse der kleinen Bauern draußen: daß sich die Vertretung der Mehrheitsparteien mit der Opposition zusammensetzt und sachlich darüber berät, wie man dem größten Notstand der Massen, der kleinen Bauern draußen abhelfen könnte, oder darüber zu streiten, ob diese oder jene Bestimmung in der Verfassung darin steht?

So kann man natürlich nicht Wirtschaftspolitik machen. Wir sind der Meinung, daß eine wirklich ernste Hilfe für die notleidende Landwirtschaft — und darunter verstehen wir vor allem die große Masse jener kleinen und mittleren Arbeitsbauern, die tatsächlich heute um ihre Existenz ringt — nur möglich ist, wenn man vor allem die genossenschaftlichen Absatzorganisationen erfasst, ihre Produkte marktfähig, qualitätsfähig macht, ermittelt, wie man sie nach den großen Zentren schafft, so wie Sie das mit der Milch machen, sich vorher mit den Genossenschaften der Konsumenten zusammensetzt, um einen Plan über Umfang, Preise usw. zu vereinbaren. Glauben Sie mir, verehrte Herren von der Mehrheit, die Arbeiter, die in diesen Konsumentenorganisationen die übergroße Mehrheit haben, werden sich mit den Arbeitsbauern in der Frage des Preises immer zu verständigen wissen. Das haben wir immer zustande gebracht. Gewiß hat es auch da Differenzen gegeben — weil seinerzeit in den Blättern soviel über die Preisdifferenzen zwischen der n. ö. Molkereigenossenschaft und einer Wiener Konsumgenossenschaft geschrieben wurde —, gewiß hat es das gegeben und wird es auch in der Zukunft geben, aber es sind keine unüberwindlichen Differenzen, und vor allem werden die Vertreter der organisierten Konsumenten, dafür haben wir tatsächlich schon viele Beweise geliefert, immer dafür zu

haben sein, dem Bauern für seine Arbeit das zu geben, was der Arbeiter für seine eigene Arbeit selbst beansprucht. Da gibt es keine Differenzen.

Ich verstehe daher auch nicht, wie man gerade jetzt, in der sachlichen Debatte, in der es sich einerseits um eine fruchtbare Kritik handeln soll, wie man aus der schwierigen Situation, in der sich die Landwirtschaft befindet, herauskommt, und andererseits um rein sachliche Vorschläge, wie man da helfen kann, wie, sage ich, bei einem solchen Anlaß zwei Abgeordnete, und zwar der Herr Abg. Manhalter und Abg. Striebnig, Fragen hereinwerfen konnten, die mit diesen Fragen wirklich nichts zu tun haben. Abg. Manhalter hat ausgerechnet heute das Bedürfnis gehabt, zu behaupten, daß Abg. Bauer in einer seiner letzten Reden von einem Generalangriff auf die Bauern und Bürger geredet hat. Schauen Sie, warum in einer so wichtigen Sache, wie es die Frage der Hilfe für die Landwirtschaft ist, hier eine so verdrehte Behauptung aufstellen? Abg. Bauer hat von einem Generalangriff auf den Faschismus geredet. Nun, dazu muß man wirklich kein Sozialdemokrat sein, um mit den Ausführungen Bauers mitzufühlen und sie als berechtigt zu verstehen — welcher Demokrat in Österreich erträgt es denn, wenn irgendein paar Narren in unserem Lande Reden halten und Zeitungsartikel schreiben, in denen von einer Art faschistischer Diktatur geredet und geschrieben wird? (*Mayrhofer: Und in Linz?*) In Linz? Ich war auch auf dem Linzer Parteitag. In Linz haben wir davon geredet: wenn wir einmal zur Mehrheit kommen werden, dann wird es unter den bürgerlichen Parteien oder unter den Gegnern der Sozialdemokraten Menschen geben, die diese Mehrheit der Sozialdemokraten nicht vertragen und sich mit Gewalt gegen uns wenden werden, und wir haben auf dem Linzer Parteitag davon geredet, wie wir uns dann dagegen wehren werden. Aber Sie können in Österreich der sozialdemokratischen Partei, die sich gegen alle Verrücktheiten des Kommunismus und des Butschismus gewendet hat, die in den Zeiten des Umsturzes, wo solche Dinge der Verwirklichung sehr nahe waren, ihre ganzen Persönlichkeiten eingesetzt hat, um sich gegen diese Verrücktheiten zu wehren, doch nicht fortwährend Motive unterziehen, die nicht vorhanden sind.

Wer von der sozialdemokratischen Partei hat ein Interesse daran, mit den Methoden der Gewalt oder des Narrentums etwas auszurichten? Das fällt doch keinem Menschen ein! Der Abg. Manhalter hat heute davon geredet, daß der Abg. Bauer von einem Generalangriff gesprochen habe, um den Bauern die Ruhe zu nehmen, die sie brauchen, um arbeiten zu können. Ja, halten Sie den Abg. Bauer für so ungeschickt? Das nutzen Sie ihm wohl selbst nicht zu. Sie wissen sehr gut, wie hoch er in seinem geistigen Können steht. Wenn irgend jemand so etwas in einer erhitzten Versammlungsrede gesagt hätte, müßte man es als Entgleisung bezeichnen. Aber davon war keine Rede.

Wenn Abg. Bauer von einem Generalangriff auf den Faschismus geredet hat, der uns die demokratischen Rechte rauben will, dieses bißchen Recht, das wir haben — es ist ohnehin nicht sehr groß —, dann ist ja so etwas selbstverständlich. Aber warum macht man denn das? Auf der einen Seite kommt der Herr Abg. Thalner und macht uns Komplimente zu unserem Verständnis und unserer Einsicht für die Not der Landwirtschaft und für die Berechtigung ihrer Forderungen. Auf der anderen Seite kommt Abg. Manhalter, dreht die Geschichte um und versucht, neuen Giftstoff in die vorhandene Ruhe hineinzutragen. Dagegen müssen wir uns wehren. Er hat auch davon geredet, daß die besitzenden Bauern angegriffen werden sollen. Wem in Österreich fällt so etwas ein? Wer sind denn die Menschen in den Städten? Zu einem bedeutenden Teil sind es ja die Kinder der Bauern. Glauben Sie wirklich, daß die Arbeiter in den Städten, die zum Teil Kinder und Angehörige der Bauern auf dem Lande sind, nichts Besseres und nichts anderes zu tun haben als hinauszugehen und den Bauern ihren Besitz wegzunehmen? Halten Sie uns wirklich für so verrückt, daß wir den bäuerlichen Besitz zerstören oder den Bauern etwas wegnehmen wollten? Diese Methoden sind so geschmacklos, so rückständig, daß man sagen muß, hier kann nur beabsichtigt sein, eine Agitationsrede zum Fenster hinaus zu halten oder neuerdings Verwirrung hervorzurufen und die Ruhe der Wirtschaft zu stören.

Wenn der Herr Abg. Strießnig uns am Schlusse das Bild eines Maurergehilfen vorgeführt hat, der bei einem Stundenlohn von 1 S 70 g in der Winterzeit auch noch die Arbeitslosenunterstützung bezieht, so muß ich sagen, daß das eine Mache ist. Was hat denn der Herr Abg. Strießnig für einen Beleg dafür gehabt? Die Rechnung eines Mauremeister. In dieser Rechnung hat natürlich der Meister einen Stundenlohn von 1 S 70 g verrechnet. Daß aber der Maurergehilfe nicht einmal in Wien, geschweige denn in Kärnten, 1 S 70 g bekommt, hätte der Herr Abg. Strießnig auch sagen müssen, um das hohe Haus nicht irrezuführen und nicht den Anschein zu erwecken, daß ein Maurer in der Stunde 1 S 70 g bekommt und dann im Winter noch die Arbeitslosenunterstützung bezieht. Das sind also die Methoden, und man muß aufzeigen, wie mit ihnen gearbeitet wird.

Wie ist es denn wirklich, wenn jemand, der auf dem Lande zu Hause ist, die Arbeitslosenunterstützung beziehen will? Sie haben ja so viel von den weitverbreiteten Mißbräuchen usw. geredet. Er muß doch mindestens 40 Wochen ununterbrochen vorwiegend in einem industriellen oder gewerblichen Betrieb gearbeitet haben, um überhaupt das Recht auf den Bezug der Arbeitslosenunterstützung zu haben. (Mayrhofer: Wie haben Sie gegen die 40 Wochen gekämpft?) Wenn Sie hier so tun, als ob die Altersversicherung und die anderen Fürsorgeeinrichtungen

die Ursache wären, daß die Leute sich nun förmlich vom Dorf in die Stadt stürzen, und als ob wir diejenigen wären, die die Mißbräuche begünstigen, dann muß ich sagen, so ist es nicht, sondern der betreffende Arbeiter muß mindestens 40 Wochen ununterbrochen in einem solchen Betrieb ... (Tauschitz: Nicht ununterbrochen, Sie kennen das Gesetz nicht!) Aber selbstverständlich mindestens 40 Wochen und da vorwiegend ... (Zwischenrufe Tauschitz.) Der Herr Abg. Tauschitz will mir das Arbeitslosenversicherungsgesetz beibringen, wo man doch gerade in unserem Wahlkreis — ich weise Ihnen Hunderte von Fällen nach — die industriellen Arbeiter in den Dörfern nicht nur die ganze Zeit hindurch bis vor ungefähr einem Jahre von dem Bezuge der Arbeitslosenunterstützung überhaupt ausgeschlossen hat, sondern auch jetzt erst nur in jenen Gemeinden die Unterstützung gegeben wird, die nicht mehr als rein ländliche Gemeinden erklärt sind, während in den anderen Gemeinden, die als industrielle Gemeinden gelten, der Mann wirklich mindestens 40 Wochen in einem industriellen oder gewerblichen Betriebe oder hauptsächlich in einem solchen gearbeitet haben muß, bevor er einen Anspruch erheben kann. Aber es gibt ja noch viele Verschärfungen, und ich muß schon sagen, wenn man die Einzelfälle, die hier und da bei aller Strenge noch gelingen mögen und in denen wirklich ein Mißbrauch nachgewiesen werden kann, verallgemeinert und aus ihnen falsche Schlüsse zu ziehen versucht, so ist wohl auch da eine Absicht dahinter, und unsere Erregung darüber, daß die Herren vom Landbund immer wieder, wenn auch nicht vielleicht bei jeder Gelegenheit hier im Hause, aber draußen auf dem Lande in den Versammlungen gegen die Arbeitslosenversicherung hegen, die Tatsache wird durch solche Aufzäumungen hier nur bestätigt.

Was nun die Frage anbelangt, die auch der Abg. Strießnig hier angeschnitten hat, daß nämlich die Not der Landwirtschaft es sei, die der Volksbewegung der Heimwehren in den Sattel geholfen habe, so muß ich darauf schon sagen: Die Not in der Landwirtschaft, an der die Mehrheitsparteien schuld sind (lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe), die Sie zum großen Teil auf dem Gewissen haben, in dem Umfange (lebhafteste Zwischenrufe), weil Sie, meine Herren, auf unsere vielen Bemühungen und Vorschläge nicht eingegangen sind, Sie haben die ganze Zeit hindurch die Möglichkeit der Linderung einer solchen Not für die große Masse der kleinen Arbeitsbauern draußen außer acht gelassen, diese Not ... (zahlreiche Zwischenrufe) ... diese Not der Landwirtschaft ... (zahlreiche anhaltende Zwischenrufe).

Präsident **Elderjch**: Ich bitte um Ruhe!

Müller: Sie werden mich auch reden lassen, meine Herren, mit diesen Methoden werden Sie mich nicht am Reden hindern. Jetzt werde ich Ihnen erst recht sagen, was die Ursache der Heimwehrebewegung

draußen ist, wenn es überhaupt eine Bewegung ist. Die Not der Landwirte ist es nicht. Die große Unzufriedenheit mit den Mehrheitsparteien ist es, die Zersplitterung der Mehrheitsparteien. Wir haben das jetzt bei den Gemeinderatswahlen gesehen. In Orten, wo es seit der Gründung der Republik eine einheitliche bürgerliche Partei gegeben hat, sind diesmal vier, fünf, sechs Parteien aufgetreten. Ein Ort mit 79 Wählern hat vier Gruppen von bürgerlichen Kandidaten aufgestellt. Die Zersplitterung, die Zerklüftung ist die Ursache. Die Leute draußen auf dem Lande haben jedes Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien verloren, und nun kommen in dem einen oder anderen Dorfe Leute, die das Bedürfnis haben, wer zu sein, ziehen sich eine Heimwehruniform an, setzen sich auf das hohe Ross, und jetzt wird da Heimwehr gemacht. Meine Herren, ich kann Ihnen eine ganze Reihe von niederösterreichischen Gemeinden aufzählen, wo die Bürgermeister, nicht der sozialdemokratische Bürgermeister, der christlichsoziale Bürgermeister, christlichsoziale Gemeinderäte, die Bauernräte ganz entschiedene Gegner der Bildung von Heimwehrgruppen sind, weil sie sich sagen: Wir lassen unsere Not und die daraus resultierende Unzufriedenheit nicht auf ein anderes Gebiet abdrängen, wir werden mit den bürgerlichen Parteien schon abrechnen, die so Gewaltiges in wichtiger Zeit verabsäumt haben. Es ist also durchaus nicht wahr, daß die Not der Landwirte draußen die Heimwehrbewegung gefördert hat.

Der Herr Abg. Striebnig hat auch darüber geklagt, daß die Leute vom Lande abwandern, weil sie in einem Industrieorte die Arbeitslosenunterstützung bekommen, wenn sie dort beschäftigt waren. Na, wer zitiert denn heute die Leute vom Dorf in den Industrieort? Die Sozialdemokraten nicht; die Alpine Montangesellschaft zum Beispiel holt die Söhne der Bauern vom Lande herein, weil sie mit denen natürlich nicht das Gefrett hat, wie Sie es zu haben behauptet mit einem gelernten, einem organisierten Arbeiter. Da haben Sie zum Beispiel, um bei dem Lande des Herrn Abg. Striebnig zu bleiben, die Treibacher Werke beim Fettingen. Na, wer holt denn die Söhne der Bauern in dieses Werk hinein? Nun, der Unternehmer; er zahlt ihnen weniger, er kann mit ihnen ganz anders umspringen, wie mit einem organisierten Arbeiter. Der organisierte Arbeiter wird entlassen. Und so ist es auch in unseren Wahlkreisen. Auch dort versucht man die organisierten, die geschulten, aber auch selbstbewußten Arbeiter, auch wenn sie Bauernsöhne sind, aus dem Betriebe hinauszubringen, um Leute vom Lande hineinzubekommen. So ist es auch in der Landwirtschaft. Meine Herren, ich lade Sie ein, einmal ein paar Stunden vor Wien hinauszufahren, in das Gebiet von Dürnkrut, Gänserndorf, in das Gebiet der Großgrundbesitzer und sich dort die Schmutzfontänen anzuschauen, die dort von fremdländischen Arbeitern gegen die heimischen Arbeiter gemacht wird. Schauen

Sie sich dort einmal die Unkultur an, die Schweinerei, wie dort Menschen leben müssen, schlechter als Schweine. Ich lade auch den Herrn Minister für Landwirtschaft ein, sich doch einmal die Zeit zu nehmen, das Leben der eingewanderten Arbeiter, dieser sogenannten Saisonarbeiter, persönlich anzuschauen. Wenn Sie, meine Herren, das selber gesehen haben, werden Sie hier anders reden und sagen, das kann man im Interesse unserer heimischen Kultur, im Interesse der Landwirtschaft und auch vom Standpunkte vieler anderer Gesichtspunkte aus nicht dulden.

Es ist Ihnen auch heute nicht gelungen, uns hier zu beweisen, daß Sie den ehrlichen Willen haben, planmäßig, systematisch und zielbewußt dieser wirklich großen Not in der Landwirtschaft abzuwehren, wir können daher auch in Zukunft Ihren Erklärungen und Darlegungen hier nur mit dem entsprechenden Mißtrauen gegenüberstehen. Wir werden nach wie vor die Augen offen haben, ob Sie das, was Sie tun, im Interesse der Gesamtheit der notleidenden Landwirtschaft machen oder ob Sie wie bisher ganz einseitig vorgehen. Von uns aber können Sie erwarten, daß wir Sie nach wie vor durch unsere schärfste Kritik dazu bringen werden, was unbedingt notwendig ist: eine wirkliche Hilfe für die große Masse der kleinen, der schwer leidenden Arbeitsbauern. *(Beifall und Handklatschen.)*

Gierlinger: Hohes Haus! Einzelne Redner haben schon zur Genüge auf die Notlage der Landwirtschaft und die notwendigen Abhilfemaßnahmen zur Behebung der Krise hingewiesen. Kommt aber zu dieser allgemeinen Notlage noch ein besonderer Umstand hinzu, der das Elend in der Landwirtschaft vermehrt, zum Beispiel eine Elementarkatastrophe wie im heurigen Jahre, so bedroht die allgemeine Notlage die Existenz des Bauern und bringt sie in große Gefahr. Als Vertreter von Bezirken, die am 4. Juli durch die Wetterkatastrophe betroffen wurden, habe ich bereits im Finanz- und Budgetausschusse der Regierung und den verschiedenen Ministerien den Dank dafür ausgesprochen, daß sie durch rasche und ausgiebige Hilfe den Wiederaufbau der Ruinen ermöglicht haben. Ich danke auch den Bundesbahnen für die Fürsorge, derzufolge der Abtransport des Holzes, das infolge der Katastrophe vom 4. Juli geschlägert werden mußte, auf billige Art und Weise ermöglicht wurde, ich danke auch den verschiedenen Abteilungen des Landwirtschaftsministeriums und Finanzministeriums, daß in bezug auf den Absatz des geschlägerten Holzes das größte Entgegenkommen gezeigt wurde und die diesbezüglichen Akten eine rasche Erledigung gefunden haben.

In Post 42, „Bodenreform“, wird im Budget die Befestigung besonders erwähnt und werden dafür Mittel zur Verfügung gestellt. Ich möchte besonders darauf verweisen, daß es gerade bei Katastrophen nicht mit einer einmaligen Aktion abgetan ist und daß man

bei Bodenreformen und Siedelungen darauf bedacht sein muß, daß Besitzungen nicht in Gefahr kommen, sondern die Existenz derselben gerettet wird. Diese Besitzfestigung wird besonders in solchen Gebieten berechtigt sein, und Sie werden auch wiederholt Gelegenheit haben, sich mit diesen Schwerbetroffenen in diesem Hause hinsichtlich der Besitzfestigung zu beschäftigen.

Besonders notwendig ist es auch, daß wir bei diesem Kapitel jener Gegenden gedenken, die durch die Verkehrserschwerigkeiten nicht in der Lage sind, ihre Produkte dem Preise entsprechend auch verwerten zu können, weil viel zuviel Kosten durch den Transport verschlungen werden. Ich konstatiere erfreut, daß man auf diesem Gebiete wieder eine größere Post eingesetzt hat und auch der Klein elektrifizierung gedacht hat, die besonders den mittleren Gebirgsbauern zugute kommen wird.

Weiters ist auch der Operationen gedacht, die in agrartechnischer Beziehung für die Landwirtschaft eine große Rolle spielen. Die Grundzusammenlegung hat erfreulicherweise Fortschritte gemacht, und obwohl man glaubte, man werde auf diesem Gebiete das Verständnis der Bauernschaft nicht finden, hat man in der letzten Zeit sehen können, daß die Ansprüche so zahlreich waren, daß die Agrarbehörden sie nicht bewältigen konnten. Ich verweise insbesondere auf den Antrag, den ich im Finanzausschuß gestellt habe, daß man, um diesem Bedürfnis abzuhelfen, auf eine größere Förderung der freiwilligen Zusammenlegungen bedacht sein soll, die darin bestehen, daß die Besitzer sich untereinander einigen, wobei sie auch die Begünstigung verdienen, die ihnen durch die Agrarbehörde zuteil wird, daß ihnen daher auch die sonst auflaufenden Gebühren und Lasten vom Bunde erlegt werden.

Minister Thalner hat im Jahre 1926 darauf verwiesen, daß den Gebirgsbauern geholfen werden kann, wenn man besonders den Spezialkulturen sein Augenmerk zuwendet. Gerade in den Mittelgebirgsgegenden und auch in etwas höher gelegenen Gebieten gedeihen sehr oft noch Spezialkulturen in ganz ausgezeichnete Weise. Als Mühlviertler muß ich besonders einer Spezialkultur gedenken, die das Budget des Bundes wiederholt sehr schwer in Mitleidenschaft gezogen hat: es ist dies die Hopfenproduktion. Wir müssen jährlich etwas über 30.000 Meterzentner Hopfen einführen, und wenn man bedenkt, daß die Verwendung des ausländischen Hopfens den hiesigen Brauereien noch immerhin auf 5 bis 7 S für das Kilogramm zu stehen kommt und daher der Bund für diese Post über 10 Millionen Schilling auszugeben hat, daß es aber nach allgemeiner Ansicht dazu kommen wird, daß für dieses Produkt, wie es noch vor einigen Jahren der Fall war, 30 S für das Kilogramm bezahlt werden müssen und das Budget daher mit mindestens 45 Millionen Schilling belastet werden muß, so ergibt sich, daß das schon eine Spezialkultur ist, die einer Förderung bedarf. Die Vorurteile, die hinsichtlich des inländischen Hopfens bei den

Brauereien bestanden, haben sich in verschiedenen Aussprachen als unbegründet erwiesen. Vielfach wurde auch Hopfen als österreichische Ware bezeichnet, der zweifellos ausländischer Probenienz war. Es ist über diese Kultur in der letzten Zeit auch im deutschen Reichstag gesprochen worden; man hat dort das Hopfenherkunftsgesetz beschlossen. Wir konnten bei der Debatte in Deutschland und auch bei verschiedenen anderen Anlässen konstatieren, daß man der Meinung war und ist, daß 20.000 Meterzentner Hopfen aus Österreich eingeführt werden. Dies allein beweist schon, daß es sich, da in Österreich gegenwärtig nur rund 1000 Meterzentner Hopfen erzeugt werden, um Hopfen anderer Probenienz handeln muß. Da dieser eingeführte Hopfen nicht gut beurteilt wurde, ist das ein Zeichen, daß es Hopfen ist, der zwar durch Österreich durchgegangen ist, aber absolut nicht dem entspricht, was der Brauer verlangt. Wir haben bereits, wie schon früher erwähnt, bei verschiedenen Gelegenheiten mit den Brauereien und deren Organisationen gesprochen, die sagen, daß sie geneigt sind, zu prüfen, inwiefern der österreichische Hopfen als Edelhopfen gewertet werden kann. Diesen Titel hat er bereits im Vorjahre auf dem Internationalen Hopfenkongress in Jugoslawien erhalten. Wir können bereits feststellen, daß bei mehreren Brauversuchen die günstigsten Resultate erzielt worden sind, und die betreffenden Brauereien erklären, daß es, wenn man entsprechenden Hopfen in Österreich züchtet, nicht notwendig ist, daß man ausländischen Hopfen einführt. *(Sehr richtig!)*

Es wurde schon im österreichischen Parlament im tiefen Frieden über die Regelung dieser Frage gesprochen und im Jahre 1907 ein diesbezügliches Gesetz auch angenommen. Die Tschechoslowakei hat dieses Gesetz übernommen und hat es auch besonders in der letzten Zeit sehr kräftig zu handhaben verstanden, und wir bedürfen daher, sobald wir durch die inländische Produktion so weit sind, daß wir die entsprechenden Mängel und Fehler, die heute noch in der Produktion sind, ausmerzen können, auch dieses Schutzes von Staats wegen.

Eine weitere Spezialkultur ist die Arzneipflanzenkultur und die Flachs kultur. Wir haben auf diesem Gebiete im Mühlviertel und im Waldviertel bereits die schönsten Erfolge, und es ist hier das Verdienst des früheren Ackerbauministers besonders lobend hervorzuheben, der sich bemüht hat, insbesondere den kleinen Bauern zu helfen und unter die Arme zu greifen. Es wurde in den deutschen Versuchsanstalten festgestellt, daß die gezüchteten Flachsarten des Mühlviertels an Qualität die ausländischen Sorten sogar übertreffen, daher ist der Einwand seitens der inländischen Industrie, die behauptet, die österreichischen Flachsarten seien nichts wert, hinfällig. Es wurde auch davon gesprochen, daß wir, um der Notlage abzuhelfen, vor allem der Absatzorganisationen gedenken müssen und diese auch ihr Teil dazu beitragen werden müssen, um die Notlage

beseitigen zu können. Gewiß, es wird niemandem einfallen, dagegen Stellung zu nehmen. Im Gegenteil, jeder Landwirt ist überzeugt, daß gerade das Genossenschaftswesen es ist, welches der Absatzkrise abhelfen kann, und daß das Genossenschaftswesen es ist, das den Weg zwischen Produzenten und Konsumenten verkürzt. *(Sehr richtig!)*

Es wurde von dem Redner der Linken lobend hervorgehoben, daß wir besonders bei den Wolkereiprodukten schon ein glänzendes Beispiel gegeben haben. Wenn wir schon bei diesen Wolkereiprodukten Anerkennung verdienen, so soll uns das aneifern, nicht stehen zu bleiben. Gestern wurde in Linz bei einer Sitzung im Landeskulturrat den Absatzorganisationen besonders Rechnung getragen, und die diesbezüglichen Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, zeigen, daß man in der Landwirtschaft allseits überzeugt ist, daß das Genossenschaftswesen noch vieler Ausbauarbeit bedürftig ist. Und man wird und muß diese auch machen. Ich bin auch der Überzeugung, daß das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft dem auch seine Unterstützung leihen wird.

Wenn von einem Redner der Regierung der Vorwurf gemacht worden ist, daß sie nie mit einem rechten Programm in der Frage der Notlage der Landwirtschaft herausgekommen und vor das Haus getreten ist, so möchte ich sagen: wir haben ja eigentlich unserer Regierung noch gar keine Vollmacht gegeben, daß sie großzügige Aktionen unternehmen kann. Und da möchte ich besonders darauf verweisen, daß in der französischen Kammer in der letzten Zeit dem Minister für Land- und Forstwirtschaft eine Vollmacht gegeben worden ist, ein Beispiel, das wir in Österreich auch nachahmen sollen, indem auch wir diesem Ministerium eine solche Vollmacht geben. Dort wurde gegen 3 Stimmen beschlossen, daß der Minister für Land- und Forstwirtschaft ermächtigt wird, daß er im Verordnungswege die Zölle erhöhen kann. Mögen die Maßnahmen wie immer lauten, die man zur Rettung der Landwirtschaft zu unternehmen gedenkt, möge man auch dem Monopol das Wort sprechen, wir haben keinen Grund, vor dem Monopol zurückzuschrecken, sondern, wenn das Monopol, auf der richtigen Grundlage aufgebaut, uns vorgelegt wird, sind wir auch jederzeit bereit, auch darüber ein Wort zu sprechen.

Der Vorredner hat besonders, was mich freut, konstatiert, daß Sie heute nicht mehr darauf eingestellt sind, den Besitz zu gefährden. Sie haben, glaube ich, sich gegenüber den früheren Jahren umgestellt. Es scheint somit der Grundsatz „Eigentum ist Diebstahl“ nicht mehr zu gelten. Aber wenn man in die Nachkriegsjahre zurückdenkt, so war es nicht immer der Fall, daß man diesem Grundsatz nicht gehuldigt hat. Ich kann mich noch recht gut daran erinnern, wie im oberösterreichischen Landtag bei der Beratung der Wertzuwachsabgabe ein Redner der Sozialdemokratie darauf verwiesen hat, daß die Sozialdemokraten nur

unter den gegebenen Umständen für das Gesetz, betr. die Wertzuwachsabgabe, stimmen und daß sie damit nicht das Geringste von ihren Grundsätzen aufgeben wollen; sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der Grundbesitz vollkommen in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen ist. Wenn das in den damaligen Zeiten gesagt wurde und man vielleicht jetzt sagen wollte, das ist dazumal von einem Redner geschehen, der entgleist ist, so glaube ich nicht daran, denn es war doch der Abgeordnete, der im Hause für die Partei gesprochen hat und gewiß seine Rede wohl überlegt hat. Er wurde auch vom Applaus seiner Partei begleitet. Daher, glaube ich, waren diese Worte schon ernst zu nehmen.

Wenn von der Einigkeit gesprochen wird, die man in der Landwirtschaft braucht, so bin ich der Meinung, daß dieser Einigkeit mit den Ausführungen des Vorredners kein guter Dienst erwiesen worden ist, wenn er immer den Unterschied zwischen kleinen und großen Bauern hervorgehoben hat. Denn gerade dadurch, wenn man dort einen Keil hineintreiben will, treibt man nur Zerfaltungs- und nicht Einheitspolitik. Ich bin überzeugt — und ich kann da auch aus Erfahrung sprechen —, daß die Bauern draußen alle der Ansicht sind, es geht das eine Mal mehr um die Interessen der Großbauern, das andere Mal mehr um die Interessen des Kleinbauern, aber beide müssen zusammenstehen, wenn es dem einen oder anderen schlecht geht. Und gerade die Einigkeit, die gepriesen worden ist, möchte auch ich den Bauern zurufen: Ja, Bauern, ihr habt alle Ursache, einig zu sein, um eure Bedürfnisse und eure Wünsche durchzusetzen! *(Lebhafte Beifall. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)*

Zarbock: Hohes Haus! Mehrere meiner Vorredner haben sich mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Es ist gewiß interessant, daß dieses Problem gerade bei dem Kapitel „Landwirtschaft“ zur Erörterung kommt. Das ist ein Beweis dafür, daß draußen auf dem Lande das Arbeitslosenproblem als eines der wichtigsten betrachtet wird. Eine Änderung der herrschenden Verhältnisse auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge muß kommen. Einer von den Wegen zu diesem Ziele wäre, daß man die Pflichtarbeit zur Einführung bringt. Von den verschiedensten Stellen wird von der Arbeitspflicht, die schon in Bulgarien eingeführt ist, gesprochen. Ich halte dafür, daß im Interesse der Arbeiterschaft, insbesondere aber der Arbeitslosen, dieser Weg derzeit nicht beschreitbar ist. Ich erhoffe mir von der Einführung der Pflichtarbeit, daß zunächst den Familienerhaltern und insbesondere den älteren unter den Arbeitslosen wieder Beschäftigung gegeben werden könnte, daß zweitens der Landwirtschaft die verlorengegangenen Kräfte wieder zugeführt werden könnten und daß drittens jene Arbeitslosen, die als Schwarzarbeiter oder als wirklich Arbeitscheue bezeichnet werden müssen, abgehalten werden, eine Rente zu

beziehen, die sie nicht verdienen. Wenn ich davon gesprochen habe, daß man besonders junge Leute unter die Pflichtarbeit zu nehmen hätte, so glaube ich, das damit begründen zu können, daß es für junge Menschen wichtig ist, unter Disziplin gehalten zu werden, und daß es nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt, wenn man Familienväter von ihren Familien treibt und sie darben läßt. Die Pflichtarbeit wäre als Gratisarbeit für jenen Teil der Arbeitslosenunterstützung zu leisten, den der Arbeiter sich nicht durch die von ihm bezahlten Versicherungsbeiträge verdient hat, also für jenen Teil, der von der Allgemeinheit geleistet wird. Ich glaube, daß wir, wenn wir uns dabei von sozialen und wirtschaftlichen Rücksichten leiten lassen, zu einem Ergebnis kommen werden, das der Wirtschaft und den Arbeitslosen dienen kann.

Ich komme nun zu einem Gegenstand, der in der letzten Zeit sowohl die Presse als auch durch die Ausführungen des Herrn Abg. Geyer dieses Haus beschäftigt hat. Im Südbahngebiet von Niederösterreich soll sich in der letzten Zeit die Maul- und Klauenseuche besorgniserregend ausgebreitet haben. Ich habe mich mit diesem Gegenstand beschäftigt und kann zunächst feststellen, daß nach den amtlichen Veterinärnachrichten in Niederösterreich der Stand am 15. November folgender war: In zwei Bezirken, 9 Gemeinden und 38 Höfen ist die Maul- und Klauenseuche neu aufgetreten; der Stand vom 1. Dezember war der, daß nur ein Bezirk, 9 Gemeinden und 36 Höfe dazugekommen sind. Nach diesen amtlichen Nachrichten ist also eine besorgniserregende Ausbreitung nicht konstaterbar. Ich möchte weiters feststellen, daß das Ministerium durch seine Referenten in den verschiedensten Richtungen vorgeföhrt hat, daß diese Gefahr nicht zu einer solchen werde, daß die Landwirtschaft Besorgnisse haben könnte. Die Nachrichten, die hinausgegangen sind und die durch die Presse in der Bevölkerung Verbreitung fanden, sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der Kontumazmarkt, ein Markt, der schon in der Vorkriegszeit durch Mittel des Bundes und der Gemeinde Wien in einem solchen Ausmaß hergestellt wurde, daß wohl kaum in einer anderen Stadt ein derartiger Kontumazmarkt zu finden ist, daß aber dieser Markt jetzt, weil in einem Nachbarstaat, der uns stark mit Vieh beliefert, die Maul- und Klauenseuche stärker aufgetreten ist und die Zulieferungen auf dem Kontumazmarkt stärker wurden, nicht mehr hinreichend ist. Aus den Veterinärberichten Rumäniens geht hervor, daß von 120 Höfen, die vor einiger Zeit verseucht waren, nummehr die Seuche bereits auf 30.000 Höfe übergegriffen hat, sicherlich ein Gefahrenherd, der nicht zu übersehen ist. Das Ministerium hat pflichtgemäß die Sperrung der Einfuhr rumänischen Viehs verfügt, dann sich aber unter dem Approvisionierungszwange herbeilassen müssen, diese Absperrung zum Teil wieder aufzuheben. Es ist also tatsächlich ein Gefahrenmoment vorhanden. Ich will nicht darüber sprechen, welche Maßnahmen noch zu

ergreifen sind, um diese eminente Gefahr abzuwehren. Wir erinnern uns daran, welch ungeheurer wirtschaftlicher Schaden in England und Deutschland durch die Maul- und Klauenseuche entstanden ist, wir erinnern uns daran, daß unser eigenes Bundesgebiet im Jahre 1919 durch diese Seuche einen enormen Schaden zu erleiden hatte. Es ist unwar, daß durch die Abfuhr von Dünger auf das flache Land hinaus, durch den Transport von dem Kontumazmarkt in die Landgemeinden hinaus die Verschleppungsmöglichkeit geboten wird. Denn nach den bestehenden Vorschriften werden vom Kontumazmarkt Tiere nicht auf das Land geführt, und der Dünger wird derart zentralisiert abgeführt, daß auch da eine Gefahr kaum besteht. Aber durch den Verkehr zwischen den beiden Märkten, schon durch die Fuhrwerke, die die Verfrachtung des Düngers einmal vom freien, etumal vom Kontumazmarkt vornehmen, also nicht nur durch den Personen-, sondern auch durch den Verkehr mit den Fuhrwerken und mit den Tieren selbst ist die Verschleppungsmöglichkeit tatsächlich gegeben. Wenn wir uns erinnern, daß in den Alpen ganze Gebiete abgesperrt werden, um die Verbreitung dieser gefährlichen Seuche zu verhindern, so ist es unter allen Umständen notwendig, daß im Einvernehmen zwischen dem Bund, dem Landeshauptmann und den in Betracht kommenden sonstigen amtlichen Stellen alles vorgekehrt wird, damit die weiteren Gebiete unseres Vaterlandes vor dieser ungeheuren Gefahr geschützt werden.

Ich möchte nun ein Kapitel anschneiden, das hier schon einigemal Gegenstand der Beratung war. Ich meine jene Versuche, die das Ministerium seinerzeit unternommen hat, um den Tabakbau in Österreich zu fördern. Ich möchte dem hohen Hause nachfolgende interessante Tatsachen zur Kenntnis bringen. Das Landwirtschaftsministerium hat sich in anerkennenswerter Weise bemüht, zuerst eine größere Zahl von Stellen als Versuchsgebiete festzulegen, es hat dort Pflanzen zur Verteilung gebracht und hat die Ergebnisse in den Tabakfabriken, insbesondere in Stein, überprüfen lassen. Das Ergebnis war ein schlechtes. Man hat dann, von rein praktischen Gründen ausgehend, die Versuchsstellen zusammengezogen, man hat weniger Versuchsstellen geschaffen, um die Überprüfung und Überwachung zu erleichtern. Von einigen dieser Versuchsstellen hat man die Tabakblätter nach Deutschland an eine Versuchsanstalt geschickt, die diese Blätter wissenschaftlich untersuchte und feststellte, daß das in Österreich gewonnene Tabakmaterial I a-Qualität ist. Ein zweiter Teil dieses Materials wurde in der Zigarrenfabrik Ottakring von der österreichischen Tabakregie einer Prüfung unterzogen, und die Sachmänner haben festgestellt, daß das in Österreich in der Nähe von Wien und Krems gewonnene Tabakmaterial weit besser ist als der sogenannte Inländer, das ist der aus Ungarn für Zigarren und Rauchtabak zur Verwendung kommende Tabak. Feuer wurden

die Versuche fortgesetzt, und die Bundesanstalt für Pflanzenbau, die in dieser Beziehung mustergültig arbeitet und die wirklich den Dank aller jener verdient, die sich um diese Angelegenheiten kümmern, hat eine Prüfung dieses Materials vornehmen lassen. Es wurde festgestellt, daß unter den aus gewissen Gebieten und unter gewissen Verhältnissen in Österreich gezogenen Tabakblättern auch solche sind, die für Zigarettentabak als tauglich bezeichnet werden.

Es ist nun feststellbar, daß diesen dankenswerten Versuchen des Landwirtschaftsministeriums das Unverständnis des Finanzministeriums gegenübersteht. Ich habe das Gefühl, daß alle jene Abgeordneten, die Weinbaugebiete, wo es Teile gibt, die mit Ersatzkulturen besetzt werden müssen, vertreten, sich mit diesem Kapitel zu beschäftigen haben werden, um den Widerstand des Finanzministeriums zu brechen. Es ist das ein Widerstand, der zum geringsten Teil auf sachlichem Gebiete zu suchen ist, es sind in der Hauptsache Widerstände, die bei gewissen Beamten dieses Ressorts bestehen, die wenig Verständnis dafür haben, daß über persönliche Rücksichten allgemeine Rücksichten gesetzt werden müssen.

Nun noch ein Kapitel im Zusammenhang mit dem Weinbau. Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat — ich danke ihm dafür, und er hat ja diesen Dank auch von den übrigen Herren gestern zu hören bekommen — in anerkannter Weise einen nicht unbedeutenden Betrag zur Regenerierung der Weingärten zur Verfügung gestellt. Aber es wird Gebiete geben, die trotz des zur Verfügung gestellten Betrages nicht in die Lage kommen werden, Neuanlagen vorzunehmen. Das sind alle jene hochgelegenen Terrassen, die deshalb aufgelassen werden mußten, weil sich auf ihnen eine Arbeit nicht mehr rentiert. Wenn ein Landwirt ein halbe Stunde lang mit einer Wutte hinaufwandern muß, um alle dort notwendigen Dinge unterzubringen, wie Dünger, Pflanzenschutzmittel, Weinstöcke, so ist das eine Arbeit, die nur dann halbwegs rentabel ist, wenn sie die Kinder des betreffenden Besitzers leisten. In dem Moment, wo die Leute zu rechnen anfangen, wo sie ihre eigene Arbeit in Kalkulation stellen, in dem Moment, wo der Hauer fremde Kräfte anstellen muß, ist die Arbeit auf diesen hochgelegenen Terrassen sofort unrentabel und wird eingestellt. Aus diesem Grunde habe ich die in den letzten Tagen zur Verteilung gekommene Broschüre über die Seilbahnen genau gelesen und ich konnte aus ihr feststellen, daß der Herr Minister für Land- und Forstwirtschaft diesem Kapitel der Landwirtschaftsförderung in Tirol wirkliche Aufmerksamkeit zugewendet hat. Ich begreife, daß der frühere Landwirtschaftsminister, der selbst ein Tiroler ist, dort seine besondere Aufmerksamkeit angewendet hat; es ist sein Heimatgebiet, er kennt dort die Verhältnisse. Ich bedaure nur, daß noch niemals ein niederösterreichischer Hauer Landwirtschaftsminister geworden ist, dann wäre auch

dieser Teil der landwirtschaftlichen Produktion schon etwas weiter geführt worden. Um auf die Seilauzüge zurückzukommen, stelle ich fest, daß von 129 vom Ministerium subventionierten Seilauzügen 121 auf Tirol entfallen und daß in Niederösterreich bisher nicht ein einziger Seilauzug subventioniert wurde. Ich habe deshalb vor wenigen Tagen einen Antrag eingebracht, der ausspricht, daß man das, was in Tirol vorbildlich geleistet wurde, auch in Niederösterreich anwendet. Wenn Sie die Abhänge in der Wachau betrachten, werden Sie sehen, daß oben an der Waldgrenze nach und nach die Weingärten aufgelassen werden. Dort werden Subventionen zur Neuanlage von Weingärten nicht verwendet werden können, weil die Leute auch mit der Subvention die Arbeit nicht leisten können. Es wird nur dann dort zu einer Neuanlage kommen, wenn die Arbeit dadurch erleichtert wird, daß nicht nur die abgeschwemmte Erde, sondern alles oben zur Verwendung kommende Material, insbesondere Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel, auf einfache mechanische Weise hinaufbefördert werden. Ich bitte deshalb den Herrn Landwirtschaftsminister, diesem meinem Antrage seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und sein Wohlwollen auch einmal dem österreichischen Weingebiet, insbesondere dem Kremser Weingebiet, zuzuwenden. (Beifall.)

Laser: Hohes Haus! Eine Reihe von Rednern hat sich mit dem Zusammenhang beschäftigt, der angeblich zwischen der Arbeiterversicherung und der Landflucht besteht. Es sind seit jeher insbesondere die Redner des Landbundes gewesen, die keine Gelegenheit vorübergehen ließen, ohne eine Attacke gegen die Arbeitslosenversicherung zu reifen. Es ist das bei ihnen förmlich zur Tradition geworden, ein Landbundsbrauch, dessen Bruch den Landbund mehr ehren würde, als seine Fortführung. Zwar stimmen sie seit einiger Zeit schon etwas mildere Töne an, sie versichern, daß sie nichts gegen die Arbeitslosenversicherung hätten, daß aber die Mißbräuche unerträglich seien, und sie fordern fortwährend, daß man diese Mißbräuche abstellen und namentlich jene Arbeiter, die nach ihrer Meinung die Arbeitslosenunterstützung nicht notwendig hätten, von der Versicherung ausnehmen solle. Alle diese Ausführungen beweisen nur, daß die Herren, die über dieses Thema sprechen, von der Praxis der Arbeitslosenämter keine rechte Vorstellung haben. Die Herren vom Landbund können unbesorgt sein. Soweit sich Mißbräuche, die sich bei jeder Institution einstellen, bekämpfen lassen, werden sie von den Arbeitslosenämtern mehr als gründlich bekämpft.

Was die immer wieder ausgesprochene Behauptung betrifft, daß die Arbeitslosenunterstützung die Leute vom Lande in die Stadt ziehe, muß doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß seit längerer Zeit im Gesetze eine Bestimmung enthalten ist, die derartigen Absichten einen Riegel vorschiebt. Heute muß der Arbeiter, der aus der Landwirtschaft kommt, mindestens

52 Wochen Beschäftigung in der Industrie, also in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungszweige, nachweisen, so daß die Gefahr, daß Söhne von Landwirten oder landwirtschaftliche Arbeiter so leicht in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung gelangen könnten, längst nicht mehr besteht.

Der Herr Abg. Striebnig hat uns berichtet, daß diese Frage in allen Versammlungen, in denen er gesprochen hat, den Gegenstand heftigster Diskussionen gebildet habe. Wenn ich auch nur der sozialdemokratischen Partei angehöre, so habe ich doch auch Beziehungen zu landwirtschaftlichen Kreisen, und wir haben gerade in der letzten Zeit, anlässlich der Gemeinderatswahlen, viele Versammlungen abgehalten, deren Teilnehmer überwiegend aus Landwirten bestanden; in diesen Versammlungen sind gewiß mancherlei Wünsche und Beschwerden laut geworden, aber eine Forderung nach Beseitigung oder Einschränkung der Arbeitslosenversicherung ist in keiner dieser Versammlungen gestellt worden; im Gegenteil, ich wurde — wenn schon nicht während der Versammlung, so nach der Versammlung — sehr oft von Versammlungsteilnehmern interpelliert, die darüber Beschwerde führten, daß man einzelne ihrer Familienangehörigen vom Bezuge der Unterstützung mit der Begründung ausgeschlossen habe, ihr Lebensunterhalt sei nicht gefährdet. Diese Leute haben mir mit beweglichen Worten geschildert, wie klein ihre Zwergwirtschaft sei und daß ihr Ertrag nicht ausreiche, auch nur die Eltern, geschweige denn vier oder fünf Kinder, die den Winter über arbeitslos sind, zu erhalten.

Das führt mich zur Besprechung der Notlage eines anderen Standes, nämlich der Weinbauern. Die Verhältnisse im Weinbau sind natürlich verschieden; es sind da alle Kategorien von Besitzgrößen vertreten, vom großen Weinbauer mit einem ansehnlichen Besitz von 5 bis 10 Joch angefangen, der daneben noch eine Landwirtschaft und etwas Viehwirtschaft betreibt, sich also in einer durchaus gesicherten Situation befindet und Krisen und Katastrophen aus Elementarschäden leichter überwinden kann, über den mittleren Besitzer bis zur großen Masse der kleinen Zwergebauer, die kümmerlich ihr Leben fristen müssen. Von der Notlage dieser großen Masse der kleinen Weingartenbesitzer ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt. Über die wirtschaftliche Lage dieser kleinen Weinbauerfamilien würde man entsetzt sein, man würde mit Entsetzen wahrnehmen, wie trostlos die Lage dieser Leute ist. Gerade diese Familien, deren Weingartenbesitz so klein ist, daß unmöglich alle Mitglieder ihren Unterhalt daraus finden können, sind auf Arbeit angewiesen, und es war geradezu ein Segen für den Bezirk Mautern, der noch im politischen Bezirk Krems liegt, daß vor einigen Jahren mitten in diesem Weinbaugebiete eine Fabrik errichtet wurde, die sofort, und zwar bis zu 60 Prozent, von Arbeitern und Arbeiterinnen bevölkert war, die aus Weinbauerfamilien stammten. Leider ist vor

einigen Wochen infolge der Insolvenz eines ausländischen Geldinstitutes dieser Betrieb zusammengebrochen, in dem zu gewissen Zeiten an die 400 meist aus den Kreisen der Weinbautreibenden stammende Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Dadurch ist die Not dieser Leute ins Unermeßliche gestiegen. Da ist es geradezu ein Segen für die Leute, daß sie Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung haben. Jetzt vor Weihnachten, jetzt in den Wintermonaten ist es für viele Weinbauerfamilien, die durch die Mißernte der letzten Jahre und durch die Frostkatastrophen an den Rand des Abgrundes gebracht waren, geradezu die einzige Möglichkeit, sich für die nächste Zeit über Wasser zu halten, daß ihre Söhne und Töchter, die dort Jahre hindurch in der Keramik gearbeitet hatten, nun die Arbeitslosenunterstützung beziehen können.

Diese Verhältnisse müßte sich halt der Landbund auch einmal ansehen und sie untersuchen, und ich bin überzeugt, er wird dann zu anderen Anschauungen kommen. Wir können von der freundlichen Einladung, uns mit den Herren vom Landbund zusammenzusetzen, um diese nach ihrer Meinung so dringende Reform der Arbeitslosenversicherung durchzuführen, keinen Gebrauch machen. Wir werden uns gerne mit jedem Volksvertreter zusammensetzen, der die Arbeitslosenversicherung ausgestalten und reformieren will, für Reformen aber, wie sie der Landbund hier immer vorträgt, haben wir kein Verständnis, und wir werden uns solchen Reformversuchen auch immer widersetzen.

Die furchtbare Not der weinbautreibenden Bevölkerung kommt nur ab und zu elementar zum Ausbruch. Insbesondere in den Versammlungen der letzten Zeit konnten die, die hören wollen, hören, was sich da vorbereitet. In diesen Versammlungen wird die Sprache der Verzweiflung geführt. Es herrscht eine revolutionäre Stimmung, und es wird eine Sprache geführt, die an die revolutionäre Sprache erinnert, die in den vierziger Jahren die Leinenweber im schlesischen Gebiet geführt haben. Da ist schon von nichts anderem die Rede als — nicht vom Demonstrieren — vom Alles-kurz-und-klein-Schlagen, vom Stürmen der großen Weinkellereien, vom Auslaufenlassen der großen Zisternen usw. Das mag vielleicht nicht so arg gemeint sein, aber es ist ein Zeichen der Zeit, und es wäre wirklich gut, wenn das Landwirtschaftsministerium dieser Frage in Zukunft das größte Augenmerk zuwenden würde. Gewiß, an Versuchen, da und dort helfend einzugreifen, hat es nicht gefehlt; aber es trifft auch da zu, was die Frau Abg. Freundlich in ihrer Rede in der Generaldebatte gesagt hat: Es fehlt der Plan, es fehlt die Planwirtschaft. Man macht eine Aktion immer spontan, wenn etwas eingetreten ist, und sind die Leute halbwegs zur Beruhigung gekommen, dann läßt man die Dinge wieder gehen, wie sie gehen wollen. In der weinbautreibenden Bevölkerung hat nichts so große Erbitterung hervorgerufen wie der Unernst, mit dem man ihre Angelegenheiten seit jeher behandelt hat.

Ich erinnere daran, daß, als vor zwei Jahren eine große Frostkatastrophe entsetzliches Unglück angerichtet hatte, spontan die Weinhauer zu Tausenden im Kremsfer Gebiet zu Versammlungen zusammengetreten sind und Abhilfe gefordert haben. Sie wurde ihnen auch zugestanden, aber es sind Monate, es ist nahezu ein Jahr vergangen, ohne daß auch nur das Geringste geschehen wäre. Zuerst hat der n. ö. Landtag eine Aktion beschlossen gehabt, sie war aber von der gleichzeitigen Hilfeleistung des Bundes abhängig. Der damalige Finanzminister war jedoch auf beiden Ohren taub, er erklärte sich für inkompetent, er behauptete, Notstandsangelegenheiten seien eine Sache des Landes, er könne nichts geben. Endlich hat man sich nach monatelangen Unterhandlungen doch endlich, aber so spät entschlossen, eine Notstandsaktion durchzuführen, daß sich mittlerweile schon eine sehr radikale und skrupellose Agitation der Sache bemächtigen konnte, und es war dann den Radikalinsais sehr leicht, so zu tun, als hätten sie die Sache durchgeführt und nicht die Regierung oder die gesetzgebenden Körperschaften.

Woran es im Weinbau hauptsächlich fehlt, wurde schon oft dargelegt. Zunächst handelt es sich um die Absatzkrise, die ihre Ursache in der Unmöglichkeit hat, den Überschuß an vorhandenem Wein abzusetzen, denn wenn auch der heimische Weinbau nicht alles erzeugen kann, was der Konsum in Österreich braucht, so kommen doch aus dem Auslande so ungeheure Mengen von Wein herein, daß sich ein Überschuß an unverkäuflichem Wein ergibt und daß gerade die ärmsten und wirtschaftlich schwächsten Weinhauer ihren Wein nicht an den Mann bringen können.

Eine zweite Frage betrifft die Qualität des Lesegutes. Hier könnte aber meiner Überzeugung nach nur der Ausbau des Genossenschaftswesens helfen. Das Genossenschaftswesen steckt beim Weinbau noch in den Kinderschuhen, man ist über einige schüchterne Anfänge nicht hinausgekommen. Beim Molkereiwesen ist man wohl schon etwas weiter, aber die Notwendigkeit, die zur Gründung von Molkereigenossenschaften geführt hat, besteht auch für den Weinbau. Die Qualität der Molkereiprodukte war vor dem Aufblühen des Genossenschaftswesens gerade auch nicht einwandfrei. Beim Weinbau herrscht noch vollständigste Anarchie, der Antikollektivismus feiert noch seine Triumphe, und die Folge davon sind die Zustände, über die die weinbautreibende Bevölkerung allgemeine Klage zu führen hat. Die Genossenschaften müßten mehr sein als Weinhauervereine, sie müßten Kellereiwirtschaft betreiben, sie müßten, wie in Deutschland und Frankreich, den ganzen Weinbau kontrollieren und beaufsichtigen. Das hätte allerdings anscheinend manchen Nachteil für den Weinhauer im Gefolge, er müßte auf einen Teil seiner Selbstbestimmung verzichten, in der Genossenschaft aufgehen und sich den Vorschriften der Genossenschaft in bezug auf Weinbau, Lesezeit und Wertung

unterwerfen. Die Genossenschaft könnte auch den Absatz organisieren und dem Weinhandel erfolgreich Konkurrenz bieten. In Deutschland ist man schon so weit, daß sich der Privathandel des von der Genossenschaft geschaffenen Weinhandels bedient. Wenn der Genossenschaft Mittel zur Verfügung gestellt würden, so könnte sie den Gastwirten Kredit geben, ihnen Wein auf laufende Rechnung liefern und auf diese Weise den Gastwirten den Bezug einheimischer guter Qualitätsware erleichtern. Das alles könnten die Genossenschaften organisieren, wenn sie gut geleitet sind. Dazu gehört allerdings noch ein großes Stück an Erziehungsarbeit bei der weinbautreibenden Bevölkerung. Wenn aber im ganzen 360.000 S für landwirtschaftliche Schulen usw. eingestellt sind und wenn ich mir ausrechne, wie klein der Betrag sein wird, der auf die Erziehung und genossenschaftliche Schulung der weinbautreibenden Bevölkerung entfällt, dann kann ich mir denken, daß dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein wird.

Ich wiederhole: Man müßte auch hier einen Wirtschaftsplan aufstellen, man müßte vor allem anderen die Erneuerung der Weingärten planmäßig betreiben, man müßte einen Plan festsetzen, nach welchem es möglich wäre, sozusagen zwangsläufig innerhalb einer gewissen Frist die Erneuerung der Weingärten durchzuführen, damit die schlechten Qualitäten, die eine der Hauptursachen der Absatzschwierigkeiten sind, verschwinden. Dazu braucht der Weinhauer eine verständnisvolle Unterstützung, aber auch eine ehrliche und gewissenhafte Untersuchung der Schwierigkeiten, unter denen er zu leben und zu arbeiten gezwungen ist. Übersehen wir nicht, daß es Hunderttausende von Menschen sind, die gegenwärtig in diesem Beruf ihr Dasein finden müssen. Man mag sich zu der Frage des Alkohols so oder so stellen, die Tatsache, daß diese hunderttausende Menschen im Weinbau beschäftigt sind und gegenwärtig keine andere Existenz finden können, muß die Regierung, den Nationalrat und alle kompetenten Faktoren veranlassen, dem Weinbau und seiner planmäßigen Förderung sowie der Erziehung der Weinhauer zu Genossenschaftlern das größte Augenmerk zuzuwenden. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Födermayr**: Hohes Haus! Ich erlaube mir, auf die verschiedenen Anfragen und Vorschläge, die heute hier gemacht wurden, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit kurz folgendes auszuführen. Der Herr Abg. Schneeberger hat verlangt, daß die Regierung eine Erklärung über ihr Programm in der Richtung abgebe, was sie zu tun gedenkt, um die landwirtschaftliche Not und die Agrarkrise zu beheben. Der Herr Bundeskanzler hat schon wiederholt hier im Hause öffentlich erklärt, daß die wirtschaftlichen Fragen energisch aufgegriffen werden sollen und die daniederliegende Wirtschaft in Österreich nunmehr eine Verbesserung erfahren soll. Was die Landwirtschaft anbelangt, erkläre

ich hier ausdrücklich, daß unsere Bestrebungen dahin gehen, unsere Bauernschaft von der drückenden Not zu befreien, ihr die Existenzmöglichkeit und Existenzsicherheit zu geben (*Beifall und Händeklatschen*), dabei nach jeder Richtung die Produktion sowie bisher weiterzufördern, um aus dem österreichischen Bauernstande einen hundertprozentigen Nährstand zu schaffen (*Beifall und Händeklatschen*) und unsere Bevölkerung von der Sorge um die Ernährung für alle Zukunft dadurch zu befreien, daß wir die Ernährung aus dem Inlande sichern können. Wenn nun der Vorwurf erhoben wurde, daß fast eine Programmlosigkeit bestehe, so erlaube ich mir, das hohe Haus auf die Verhältnisse hinzuweisen, die es schwierig machen, manche Maßnahmen so durchzusetzen und durchzuführen, wie sie von Anfang an geplant sind. Wir sehen, daß rund um uns fortgesetzte Schwankungen im ganzen Wirtschaftsleben zu verzeichnen sind, und wir beobachten, daß wir rund um uns trotz der Absicht, einen zweijährigen Zollfrieden herbeizuführen, fortgesetzt mit verschiedenen Maßnahmen zum Schutze der Agrarproduktion auch in unseren Nachbarländern zu kämpfen haben. Unsere Maßnahmen sind nicht nur von den inländischen Verhältnissen, sondern auch von den Weltmarktverhältnissen abhängig. Ich brauche wohl nicht eigens noch einmal zu betonen, daß die wiederholten Ausführungen unseres hochverehrten Herrn Bundeskanzlers hier im Hause genügen dürften, um die Bevölkerung zu überzeugen, daß es der gegenwärtigen Regierung voller Ernst ist, die Wirtschaftsfragen in allernächster Zeit einer Lösung zuzuführen. (*Beifall.*)

In bezug auf das, was weiter hier ausgeführt wurde, möchte ich vor allem zu den Worten, die der Herr Abg. Schneeberger geäußert hat: „Beklagen allein nützt nichts, Ursachen ermitteln und Ursachen beheben“ erklären, daß ich diesen Satz voll und ganz unterstreiche. Ich habe nur den einen Wunsch, daß es immer dabeibleiben möge, daß wir nicht beklagen, sondern daß wir die Ursachen ermitteln und daß wir dann, wenn wir die Ursachen erkannt haben, diese Ursachen aber auch im gegenseitigen Willen beheben. Was nun die in der Sozialversicherung liegenden Ursachen anbelangt, über die von seiten der Opposition Klage geführt wird, so ist meine Meinung die, daß die Frage der Sozialversicherung, die Frage der Landarbeiterschaft überhaupt, nur in innigem Zusammenhange mit der Lösung der Agrarkrise überhaupt zu lösen ist. (*Zustimmung.*) In der Landwirtschaft wirkt sich die schlechte Wirtschaftslage nicht so rasch aus wie bei der Industrie und beim Gewerbe. Wir sehen, daß in der Landwirtschaft heute ein gewisses Zehren an der Substanz besteht, und wir sehen weiters, daß in der Landwirtschaft leider heute schon auf verschiedenen Gebieten mit der Arbeiterschaft gespart werden muß, weil die Bauern nicht mehr das Geld zur Bezahlung der Löhne und zur Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge aufbringen. (*Zustimmung.*) Das ist die wahre Ursache, hohes Haus.

Während wir bei der Industrie, wenn sich der Betrieb nicht mehr rentiert, sehen, daß der Betrieb sofort gesperrt wird und die Leute dann um die Verdienst- und Arbeitsmöglichkeit kommen, sehen wir auf der anderen Seite, bei der Landwirtschaft, doch noch eine langsamere Auswirkung aller dieser bedauernswerten Zustände. Jetzt müssen wir allerdings leider konstatieren, daß sich bei der Landwirtschaft diese Sachen katastrophal auszuwirken beginnen, und niemand bedauert es mehr als der Landwirtschaftsminister selber, wenn er aus eigener Wahrnehmung die Beobachtung machen muß, daß gerade die bestqualifizierten Landarbeiter von der Landwirtschaft weggehen und zur Landwirtschaft nie mehr zurückkommen. Und deshalb ist es, um die Landarbeiterfrage zu lösen, unbedingt notwendig, die Agrarkrise zu lösen, und dann wird sich auch — davon bin ich überzeugt — die Landarbeiterfrage in der Landwirtschaft von selber lösen. (*Zustimmung.*)

Es wurde dann vom Abg. Schneeberger auf die Lebensmöglichkeit der Kleinbauern überhaupt hingewiesen. Ich möchte hier darauf verweisen, daß die Regierung bestrebt ist, gerade den kleinbäuerlichen Betrieben auf verschiedene Art und Weise zu Hilfe zu kommen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Ich kann darauf verweisen, daß erst in der letzten Zeit durch den Ankauf von zwei großen Besitzungen im Burgenlande eine große Anzahl von Kleinbauern — es werden zirka 200 sein — durch eine Grundzuweisung in ihrer Lebenshaltung und in ihrer Existenz eine wesentliche Verbesserung erfahren wird. (*Lebhafter Beifall.*) Die Regierung wird bestrebt sein, auf diesem Gebiete noch weiter vorzuarbeiten, um so auch schon ohne Gesetz, den Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragend, auf dem Gebiete der Bodenverteilung etwas leisten zu können.

Der Herr Abg. Pölzer hat bezüglich der Verschuldung der Bauern den Vorwurf erhoben, daß auf dem Gebiete nichts geschieht. Auch hier möchte ich wieder an das hohe Haus appellieren und Sie bitten, an der Lösung der Agrarkrise mitzuwirken, dann wird sich das Verschuldungsproblem ebenfalls von selber lösen. Es hängt das alles miteinander zusammen, es läßt sich das nicht trennen.

Wenn die Kreditfrage hier im hohen Hause von verschiedenen Herren Rednern mit Recht ganz besonders hervorgehoben wurde, so möchte ich meiner Meinung in dieser Beziehung dahin Ausdruck geben, daß ich sage: Es ist traurig genug — und es ist das das Spiegelbild der Situation der Landwirtschaft —, daß der Bauer heute schon zufrieden ist, wenn er einen billigen Kredit bekommt, trotzdem er weiß, daß die Verzinsung, die er auch für einen billigen Kredit geben muß, der Lohn für seine Arbeit ist und er so durch den Kredit eigentlich um die Früchte seiner Arbeit kommt. (*Zustimmung.*) Ich meine daher, daß die Lösung der Agrarkrise auch für diese Frage von größter Bedeutung ist. Der Bauer wird erst dann arbeitsfreudig sein, so wie er es immer war, wenn er für seine viele und schwere Arbeit, für

die Ausdauer, die er aufbringt, doch auch zu einem entsprechenden Lohn kommt, und ich nehme die Erklärungen der Herren Redner der Opposition sehr gerne auf, die dahin gegangen sind, daß sie selber sehr dafür sind, daß der Bauer in seinem Lohn nicht schlechter behandelt wird als die übrige Arbeiterschaft. Ich will hoffen, daß diesen Lohn die österreichische Bauernschaft nunmehr sehr bald vom hohen Rationalrat zugebilligt bekommt.

Der Abg. Pölzer hat weiters das landwirtschaftliche Schulwesen in Österreich kritisiert. Ich darf dazu vielleicht erwähnen, daß wir doch auch in Österreich eine landwirtschaftliche Hochschule haben, die Hochschule für Bodenkultur in Wien, und daß wir als landwirtschaftliche Mittelschulen jene in Mödling und Klosterneuburg besitzen. Was den weiteren Ausbau der Ackerbau- und Winterschulen anlangt, so wird in allen Bundesländern ohne Ausnahme fortgesetzt an dem Ausbau dieser Schulen gearbeitet, und es werden immer neue Schulen eröffnet. So wurde in der letzten Zeit auch eine Gebirgsbauernschule eröffnet, ein Beweis dafür, daß man auch für den Spezialzweig Alm- und Weidewirtschaft besonders vorgesorgt hat. Um den Söhnen der Bauern auch den Besuch der Landwirtschaftsschulen zu ermöglichen, habe ich die Absicht, Stipendien und Unterstützungen einzuführen. Wir machen die Beobachtung, daß es bei aller Vernunftigkeit unserer bäuerlichen Jugend vielen Eltern, vielen Bauern deshalb nicht möglich ist, ihre Söhne in die Winter- oder Ackerbauerschule zu schicken, weil sie einfach nicht das Geld haben, um das Kostgeld in dieser Schule zu bezahlen. (Zustimmung.) Wir werden Vorsorge treffen, daß wir auch da wieder soweit als möglich helfend eingreifen.

Der Herr Abg. Pölzer hat auch wörtlich erklärt: Der Herr Minister hat noch nicht gesagt, was in bezug von Holz-, Streubezug usw. gemacht wurde. Ich erlaube mir, darauf zu verweisen, daß schon meine beiden Amtsvorgänger, Herr Minister Buchinger und Herr Minister Thaler, der Frage des Holz- und Streubezuges die größte Aufmerksamkeit gewidmet haben, daß im Rahmen der Bundesforste die Ausnutzung der Moorböden zur Torfgewinnung, um die Waldstreu ablösen zu können, schon erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen hat und erst in der letzten Zeit, um die Laubstreu, die Waldstreu ablösen zu können, um auf der einen Seite dem Gebirgsbauern ein besseres Streumittel zur Verfügung zu stellen und dadurch seine Düngerkultur zu verbessern zu helfen, auf der andern Seite dem Walde die so notwendige Waldstreu selber zu belassen und dadurch auch dem Forst wieder zu Hilfe zu kommen, eine Summe von 250.000 S zur Verfügung gestellt wurde, um eben das notwendige Streumaterial — also Streu, Stroh und Torf — in bezug auf die Fracht wesentlich ermäßigen zu können. Was nun die Zurverfügungstellung von Holz anbelangt, so darf ich darauf verweisen, daß anlässlich der heurigen Sturm- schäden von den Bundesforsten den Geschädigten durch

Zurverfügungstellung von billigem Holz in der bestmöglichen Weise entgegengekommen und, soweit Servitutzrechte vorgelegen sind, auch hier das Holz sofort zur Verfügung gestellt wurde.

Was nun die Vorsorge für Brennholz anbelangt, von der der Herr Abg. Pölzer gesprochen hat, so erlaube ich mir, mitzuteilen, daß ich nach dem langen Winter sofort den entsprechenden Auftrag an die Bundesforste hinausgegeben und die anderen Forstwirtschaften eingeladen habe, mit Rücksicht auf den gänzlichen Verbrauch des vorhandenen Brennholzes die Vorräte sofort wieder aufzufüllen, damit wir heuer mit einem entsprechenden Holzvorrat in den Winter eintreten und bei der Versorgung mit dem notwendigen Brennholz keine Schwierigkeiten haben. Sie wissen, daß uns der Sturm vom 4. Juli dabei sehr geholfen hat und daß infolgedessen in bezug auf die Holzmengen, die für den heurigen Winterbedarf notwendig sind nach jeder Richtung hin vorgesorgt ist.

Auch dem Weinbau wurde in der Debatte ein breiter Raum gewidmet. Übereinstimmend hoben alle Redner hervor, daß unser Weinbau sehr hilfsbedürftig ist. Ich bitte das hohe Haus, zur Kenntnis zu nehmen, daß auf Grund von Anträgen der Mehrheitsparteien nunmehr ein Gesetz geschaffen werden soll, das eine ausreichende Hilfe für den Weinbau auf Jahre hinaus festlegt. Wir haben in den heurigen Voranschlag bereits eine Summe von 250.000 S aufgenommen, die ausdrücklich für die Weingartenenerneuerung bestimmt ist. Die Erneuerung der Weingärten in großzügiger Weise soll aber auch für die nächsten Jahre gesichert werden, und dazu bedarf es eines Gesetzes, weil man im Voranschlag nicht auf Jahre hinaus die notwendigen Summen zur Verfügung stellen kann. Ich hoffe zuversichtlich, daß wir, dem Antrag der Mehrheitsparteien entsprechend, größere Mittel werden zur Verfügung stellen (Beifall) und die Weingartenenerneuerung auf Jahre hinaus werden sichern können.

Bezüglich der Hebung des Getreidebaues und des Obstbaues möchte ich versichern, daß die Vorarbeiten bereits abgeschlossen und wir schon mit dem Zollausland in Verbindung getreten sind, um so rasch als möglich Hilfe bringen zu können. Nebenbei möchte ich erwähnen, daß die Absatzorganisation, von der hier mehrmals gesprochen wurde, einen weiteren Ausbau erfahren wird und daß wir hoffen, den ganzen Absatz innerhalb des österreichischen Gebietes klaglos durchführen zu können.

Was das Verlangen betrifft, für Milch und Molkereiprodukte Einfuhrschiene einzuführen, so erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß eine diesbezügliche Gesetzesvorlage bereits ausgearbeitet und den verschiedenen Hauptkörperschaften und Kammern pflichtgemäß übermittelt wurde, und ich hoffe, schon in der allernächsten Zeit mit dieser Frage das hohe Haus beschäftigen zu können.

Bezüglich des Getreidebaues möchte ich noch ausdrücklich erwähnen, daß wir in dieser Frage eine der wichtigsten Fragen, die gegenwärtig die Landwirtschaft beherrschen, erblickten und daß wir alles daransetzen werden, den Getreidebau in Österreich nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch weiterhin noch auszubauen, um die noch fehlende Menge an Weizen bald im Inlande produzieren zu können. An dieser Frage ist auch die Industrie und das Gewerbe sehr stark interessiert. Ich greife gewiß nicht zu weit aus, wenn ich erkläre, daß die große Arbeitslosigkeit in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie und im landwirtschaftlichen Gewerbe innig zusammenhängt mit dem daniederliegenden Getreidebau. Wenn wir von den 450.000 Betrieben in Österreich nur ein Viertel für den Getreidebau rechnen und annehmen, daß in jedem Betriebe nur ein Arbeiter weniger Verwendung findet, so kommen wir auf unsere gegenwärtige Arbeitslosenziffer. Sie sehen, hohes Haus, daß wir mit der Lösung der Frage des österreichischen Getreidebaues wesentlich zur Lösung der Arbeitslosenfrage in Österreich beitragen können.

Was nun die Hilfsmethoden anbelangt — das Wort wurde hier geprägt —, so kann ich Sie auf Grund meiner eigenen Erfahrung versichern, daß gerade die Kleinbauern in den Genossenschaften organisiert und gesammelt sind, wodurch es eben diesen kleinen Leuten möglich ist, ihre Produkte besser zu verwerten. Der größere Besitzer kann sich beim Absatz leichter helfen, weil er eine einheitliche Ware in größeren Mengen hat, aber der kleine Bauer ist auf die Genossenschaften angewiesen. Darum setzen sich die Genossenschaften hauptsächlich aus kleinbäuerlichen Kreisen zusammen. Der Vorwurf, daß genossenschaftlich nur für die größeren Bauern, nicht aber für die Kleinbauern vorgesorgt ist, trifft also nicht zu, im Gegenteil, gerade die Kleinbauern finden im Genossenschaftswesen die ausgiebigste Unterstützung.

Bezüglich der Veterinärpolizei, die hier auch besprochen wurde, darf ich sagen, daß wir in Österreich im großen ganzen einen günstigen Stand aufweisen. Es drohen uns aber große Gefahren durch die Verseuchung um Österreich herum. Es wurden die Verseuchungsverhältnisse Rumäniens erwähnt, und ich kann sie leider nur bestätigen.

Was die Seilbahnen betrifft, so kann ich dem Herrn Kollegen Zarboch erklären, daß ich mit der größten Bereitwilligkeit diese Maßnahme auch in den anderen Ländern unterstützen werde. Um diese Einrichtung, die in Tirol, besonders in Osttirol, so segensreiche Fortschritte gemacht hat, auch in den anderen Ländern einzuführen, wurden im heurigen Jahre schon mehrere Führerkurse abgehalten.

Hohes Haus! Im übrigen kann ich nur versichern, daß die Regierung gern helfen wird, daß sie rasche Hilfe anstrebt, und ich kann das hohe Haus nur bitten,

uns in diesem Bestreben tatkräftigst zu unterstützen (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Damit ist die Aussprache über den V. Abschnitt beendet.

Es wird in die Verhandlung über den VI. Abschnitt: Kapitel 20, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Kapitel 21, Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 22, Bergwesen, Kapitel 23, Bauten, Kapitel 24, Verkehr (Hoheit), Kapitel 28, Titel 1, Post- und Telegraphenanstalt, Titel 4, Montanbetriebe, Titel 5, Kartographisches Institut, Kapitel 29, Titel 1, Bundeszuschuß an die Bundesbahnen, Titel 2, Südbahn (Lasten aus dem Abkommen), Titel 3 bis 9, Ubrige Bahnen, eingegangen.

Spezialberichterstatter **Partif**: Die Mitglieder des hohen Hauses haben den gedruckten Bericht über die Kapitel 20 und 21 in Händen.

Ich beantrage, den ziffermäßigen Ansätzen dieser Kapitel die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Spezialberichterstatter **Alimann**: Der Ausschußbericht über Kapitel 22, „Bergwesen“, liegt dem hohen Hause gedruckt vor. Ich bitte sonach, dem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Der Bericht über das Kapitel 24, „Verkehr“, liegt gleichfalls gedruckt vor, und ich bitte, dem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Spezialberichterstatter **Steiner**: Hohes Haus! Über Kapitel 23, „Bauten“, liegt dem hohen Hause ein gedruckter Bericht vor. Ich bitte das hohe Haus, diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Spezialberichterstatter **Heisinger**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 28, Titel 1, „Post- und Telegraphenanstalt“, in zwei Sitzungen, am 5. und 6. Dezember, eingehend beraten. Das Ergebnis der Beratungen ist in dem gedruckten Bericht niedergelegt. Es wäre zwecklos und eine Zeitvergeudung, den Bericht zu wiederholen. Ich stelle daher namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 28, Titel 1, „Post- und Telegraphenanstalt“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1930 in der Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Die ebenfalls gedruckt vorliegende Minderheitsentschließung beantrage ich abzulehnen.

Spezialberichterstatter **Dr. Weidenhoffer**: Hohes Haus! In seiner Sitzung vom 6. Dezember d. J. beschäftigte sich der Finanz- und Budgetausschuß mit dem Voranschlag für Kapitel 28, Titel 4, „Montanbetriebe“. Ein ausführlicher Bericht über

den Voranschlag für dieses Kapitel befindet sich in Ihren Händen. Ich bitte, dem Beschluß des Finanz- und Budgetausschusses beizutreten, der den Antrag stellt (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 28, Titel 4, „Montanbetriebe“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1930 in der Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Die Herren Abg. Zelenka, Tomšič und Schiegl haben eine Minderheitsentschließung eingebracht, die dem Berichte beigegeben ist und um deren Ablehnung ich namens der Mehrheit des Ausschusses bitte.

Spezialberichterstatter **Klimann**: Der Ausschußbericht über Kapitel 28, Titel 5, „Kartographisches Institut“, liegt dem hohen Hause gedruckt vor. Ich bitte, diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Zu Post 5 ist ein Minderheitsantrag Zelenka, Schiegl, Dr. Ellenbogen eingebracht worden. Ich bitte namens der Mehrheit des Ausschusses, ihn abzulehnen.

Spezialberichterstatter **Heisinger**: Hohes Haus! Namens des Finanz- und Budgetausschusses habe ich die Ehre, über Kapitel 29, „Eisenbahnen“, zu berichten. Der Bericht liegt ebenfalls gedruckt vor. Feststellen möchte ich, daß die Bundesbahnverwaltung gegenüber dem Vorjahr einen bedeutend größeren Betriebsüberschuß hat, nämlich 33,2 Millionen Schilling gegenüber 15,4 Millionen Schilling im Jahre 1929. Die Zuschüsse, die von Seiten des Bundes auf Grund des Bundesbahngesetzes für Investitionen und sonstige Ausgaben gegeben werden müssen, betragen zusammen 123 Millionen.

Ich bitte, auch diesem Kapitel 29, „Eisenbahnen“, die verfassungsmäßige Zustimmung nicht zu versagen.

Den Entschließungsantrag, der einstimmig angenommen wurde, empfehle ich ebenfalls zur Annahme.

Klimberger: Hohes Haus! Es wurde bei der diesjährigen Debatte mehr denn je über unsere Wirtschaft gesprochen, und es ist begreiflich, daß das der Fall war, denn diese Wirtschaft ist krank, sehr, sehr krank. Unsere Wirtschaft war ja leider seit dem Bestand der Republik niemals auf Rosen gebettet. Dafür hat schon, abgesehen vom Kriege, der berühmte Friedensvertrag gesorgt, daß es dieser Wirtschaft nicht leicht gut gehen kann. Und was der Friedensvertrag noch ermöglicht hätte, zur Gesundung unserer Wirtschaft zu tun, das wurde leider von den bürgerlichen Parteien die ganzen Jahre hindurch versäumt. Denn die einzige Tätigkeit der bürgerlichen Parteien in wirtschaftlicher Beziehung war die ununterbrochene Erhöhung der Zölle, in erster Linie auf Agrarprodukte, in zweiter Linie auf einen Teil der Industrieprodukte. Darüber hinaus haben die bürgerlichen Parteien nur noch einen Kampf für die Wollvalorisierung der Zinse der Friedenszeit

geführt. Das war die zweite Aufgabe, die sie sich in wirtschaftlicher Beziehung gestellt haben.

Eine solche Politik, den ungesunden wirtschaftlichen Verhältnissen beizukommen, mußte selbstverständlich früher oder später Schiffbruch erleiden. Denn wenn sie gesiegt hätten, hätte bereits am 1. Jänner 1929 jeder Mieter und vor allem jeder selbständige Gewerbetreibende und Kaufmann — die Gewerbetreibenden und Kaufleute das Doppelte der anderen Mieter — den 15- bis 20.000fachen Mietzins bezahlen müssen. Jetzt im nachhinein, wo dieser Termin überschritten ist, kann sich wohl jeder die wirtschaftliche Situation ausmalen, in der wir uns befänden, wenn es den bürgerlichen Parteien gelungen wäre, diese ihre Absicht durchzuführen. Diese Politik mußte also scheitern, und deswegen mußte auch das letzte Ministerium, das eine solche Politik durchführen wollte, das Ministerium Seipel, gehen und einer Regierung Platz machen, die die immer drängenderen wirtschaftlichen Fragen einer vernünftigen Lösung zuführen sollte. Es folgte eine Regierung, die ausschließlich zu dem Zweck eingesetzt wurde, endlich gesunde wirtschaftliche Verhältnisse in Österreich zu schaffen. Und siehe da, es ist dieser — man kann im nachhinein ja sagen — Interregnumsregierung gelungen, in der kurzen Spanne Zeit, die ihr tätig zu sein vergönnt war, wenn nicht restlos, so doch wenigstens teilweise das Problem, wie man auf der einen Seite den Hausherren, auf der anderen Seite der großen überwiegenden Zahl der Mieter aller Stände gerecht werden kann, zu lösen. Es ist dieser Wirtschaftsregierung auch gelungen, wenn auch nur teilweise, das Kleinrentnerproblem einer Lösung zuzuführen. Aber sonderbar: Je mehr gewisse Kreise der Reaktion die Wahrnehmung gemacht haben, daß da eine Regierung auf den Plan getreten ist, die sich angeschickt hat, in Österreich vernünftiger, bessere Verhältnisse zu schaffen, desto wütender sind diese Kreise geworden, desto entschiedener haben diese Kreise damit eingesezt, die Regierung der Wirtschaft zu stürzen. Es begann draußen ein hysterisches Geschrei. Gegen wen? Gegen die Mehrheitsparteien, die diesen Staat regieren, die die erste und oberste Verantwortung für diesen Staat haben? Nein! Gegen wen denn? Na, gegen wen denn sonst als gegen die Opposition! Ja, der Uneingeweihte, der Nichtpolitiker, mußte ja durch dieses Geschrei rein irre geworden sein und sich fragen: Wer regiert denn eigentlich in Österreich? Sind es die bürgerlichen oder sind es die Sozialdemokraten? Er konnte die Situation nicht recht begriffen haben, weil sich dieses Toben und Wüten draußen nicht gegen die für die Situation und für die jeweilige Wirtschaft verantwortlichen Mehrheitsparteien gerichtet hat, sondern gegen die Opposition, die doch schließlich nur im allergünstigsten Falle einen Einfluß darauf ausgeübt und teilweise auch mit Erfolg sich bemüht hat, das Allergrößte und Allerschädlichste an dieser Gesetzgebung zu verhindern, wie sie hier durch Jahr und Tag in wirtschaftlicher

Beziehung durch ununterbrochene Hinaufsetzung der Zölle und durch das Streben nach Vollvalorisierung der Mietzinse geübt wurde; gegen die Opposition, die sich damit begnügen mußte, die allergrößten Attentate auf die Massen der arbeitenden Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende und Kaufleute, abzuwehren.

Das Toben und Wüten wurde immer ärger. Die Drohungen und Beschimpfungen der Opposition nahmen nicht nur kein Ende, sondern erreichten einen Siebegrad, wie er mit Rücksicht auf die gegebene Situation in diesem Staate, in dem doch die Bürgerlichen die Mehrheit, den Apparat in der Hand haben und die Regierungsgewalt ausgeübt haben, unbegreiflich ist.

Diese sonderbare Situation ist so weit gegangen, daß es schließlich und endlich nicht bloß den außerhalb der Politik stehenden Kreisen ganz egal geworden ist, was mit der ohnedies franken Wirtschaft geschieht, sondern daß sich auch leider die Mehrheitsparteien mit den anderen Faktoren zusammengesunden haben und daß alle zusammen Handel, Handel, Gewerbe Gewerbe sein ließen, daß ihnen das ganz Wurst geworden ist, daß sie nur mehr einen Wunsch, nur mehr einen Willen gehabt haben — warum und wozu, hat uns kein vernünftiger Mensch bis heute noch sagen können —: die Verfassung muß plötzlich geändert werden. Die Wirtschaft liegt krank daneben, wir sind immer notleidender geworden, und plötzlich kommt von außen her eine Welle der Unzufriedenheit, aber nicht der Unzufriedenheit mit denen, die die Verantwortung dafür haben, daß eine so große Unzufriedenheit entstehen konnte und mußte, sondern mit der Opposition, die sich seit Jahr und Tag bemüht hat, die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Besserung zuzuführen.

Es war ein Zustand, wie ihn wohl Österreich noch nie erlebt hat. Alles, was bürgerlich eingestellt war, war förmlich hypnotisiert durch das Toben und das Geschrei, durch diese Drohungen, die immer ärger wurden, und alle bürgerlichen Parteien, die sich sonst doch auch um die Wirtschaft gekümmert haben — zumindest in Redensarten, in Versammlungen und in der Presse —, sie haben, wie gesagt, Handel, Handel, Gewerbe Gewerbe, Wirtschaft Wirtschaft sein lassen, sie haben nur mehr eine Sorge, eine einzige Frage und einen Wunsch gekannt: warum nicht die Verfassungsänderung endlich so durchgeführt wird, wie sie von bestimmten Kreisen der Reaktion verlangt worden ist. Es entsteht, wie uns allen noch in wenig angenehmer Erinnerung ist, eine gefahrdrohende Situation erster Klasse. Eine allgemeine Panikstimmung hat die Bevölkerung ergriffen, wir haben trotz unserer franken Wirtschaft Dinge zu verzeichnen, die in der Lage sind, auf ein Haar dieser Wirtschaft den Todesstoß zu geben. Es erfolgen ungeheure Abhebungen bei Banken und Sparkassen im Ausmaße von rund 150 Millionen Schilling. Und auf diese Weise sollte in der damaligen

Zeit die franke Wirtschaft saniert, sollte ihr geholfen werden. Von Auslandskrediten konnte selbstverständlich in einer solchen Lage keine Rede sein, von Krediten, die Handel, Gewerbe und Industrie lebensnotwendig gebraucht hätten und in Zukunft brauchen werden, kann natürlich bei einer solchen Lage unmöglich gesprochen werden, daran kann niemand denken, darauf kann niemand hoffen. Im Gegenteil, wir haben in der damaligen traurigen Situation nicht nur keine Auslandskredite bekommen, sondern auch unser eigenes Geld hatte die Flucht aus Österreich in das Ausland ergriffen. So arg waren die Zustände und ist die Situation durch das Treiben gewisser reaktionärer Kreise geworden. Wir erlebten es, daß die Nationalbank allein Mitte Oktober nach ihren damaligen drei Wochenausweisen an ausländischen Valuten und Devisen um mehr als 40 Millionen Schilling abgegeben hat, wozu noch die Beträge kommen, die die anderen Banken an ausländischen Zahlungsmitteln den Hunderten wenn nicht Tausenden von Personen zur Verfügung stellen mußten, die in ihrer Flucht vor dem Schilling diese ausländischen Zahlungsmittel beehrten. Das ist die glorreiche Episode, die glücklicherweise hinter uns liegt und die hoffentlich ein für allemal erledigt sein wird.

Die weitere Folge davon war natürlich die Erhöhung des Bankzinsfußes; durch diese ganze Situation, durch diese Attentate auf die Volkswirtschaft erhielten wir den höchsten Zinsfuß in Europa. Während seit 1924 die Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht stark, so doch ein wenig im Abnehmen begriffen war, während durch die Jahre hindurch ein Sparkapital von 1½ Milliarden Schilling gesammelt werden konnte und die Zinsätze, deren Höhe für Handel, Gewerbe und Industrie, aber auch für die Landwirtschaft von eminenter Bedeutung ist, in den früheren Jahren fühlbar nachgelassen haben, ist in der damaligen Situation sofort und selbstverständlich das Gegenteil eingetreten. Das Ausland wurde stutzig und hat sich von Österreich abgesperrt, Bestellungen wurden an andere Länder gegeben. Man konnte aber auch die Wahrnehmung machen, daß auch die eigenen Banken des Inlandes — von neuen Krediten konnte ja in solch kritischen Zeiten, wie wir sie durchlebten, keine Rede sein — selbst die bestehenden Kredite auf das schärfste eingeengt und gedrosselt haben. Wenn die Inlandbanken mit den eigenen Mitbürgern so verfahren, ist es selbstverständlich, daß vom Auslande noch weniger Kredite zu bekommen waren, und wir werden auch, solange nicht definitiv Ruhe im Lande herrscht, Kredite vom Auslande nicht bekommen können. Die Herren von der Mehrheit konstatieren in erster Linie, daß es hier an einer entsprechenden Kapitalbildung mangelt, daß wir für eine Kapitalbildung eine zu geringe Basis haben. Darauf hat in ähnlichem Sinne der Herr Berichterstatter Geinl hingewiesen, und das hat auch der Redner der Mehrheit, Herr Dr. Weidenhoffer,

konstatiert. Durch diese Panik aber, die hier entstanden ist, ist die denkbar größte Störung in jeder Kapitalbildung vor sich gegangen. Sie haben also bei dem Treiben und Toben, das da vor etlichen Wochen noch vor sich gegangen ist, vor allem gegen sich selbst gewütet und wußten nicht, in welch horrendem Maße. Sie glaubten, uns zu treffen, haben aber sich selbst viel stärker getroffen als den Gegner.

Es hat mit der Anleihe, die unser Herr Bundeskanzler und auch das ganze Haus im eigenen Interesse zu erhalten hofft, leider noch keine sehr, sehr guten Wege. Denn Geld herborgeln — das habe ich schon vorhin erklärt — ist eine sehr fihliche Sache, auch wenn eine Bank den eigenen Mitbürgern im Lande Geld geben soll. Um so schwieriger, um so achtsamer, um so vorsichtiger ist das Ausland, wenn es Österreich oder irgendeinem anderen Lande, wo nicht entsprechende Ruhe herrscht, Geld zur Verfügung stellen soll.

Nicht nur diese Schwierigkeiten, sondern eine ganze Reihe von anderen schwerwiegenden Momenten und weiteren schweren Schädigungen der Wirtschaft sind natürlich mit den beiden angeführten Tatsachen Hand in Hand gegangen. Die Arbeitslosigkeit ist selbstverständlich rapid gestiegen, vom 1. bis 15. November um nicht weniger als um 18.700 Personen. Stellen Sie sich eine Wirtschaft vor, in der innerhalb der kurzen Zeit von 14 Tagen eine Steigerung der Arbeitslosenzahl um 18.700 Personen zu verzeichnen ist! Diese grauen-erregende Ziffer ist noch nicht der Gipfelpunkt, da wir die traurige Tatsache konstatieren müssen, daß in den letzten 14 Tagen wieder eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um 5278 Personen zu verzeichnen ist, das sind um 5000 mehr als zur gleichen Zeit im vergangenen Jahre. Dies ist die Folge der glorreichen Tätigkeit der durch Wochen und Monate hin anhaltenden sogenannten Heimwehrbewegung, die doch nichts anderes ist als der Ausdruck der reaktionärsten Forderungen, die je in unserem Vaterlande vorhanden gewesen sind. Diese rapide Steigerung der Arbeitslosigkeit ist gleichfalls als ein Teilerfolg der soeben gekennzeichneten Bewegung zu verzeichnen.

Ich habe noch andere Ziffern zur Verfügung, die beweisen, um wieviel unsere Wirtschaft selbst noch vom vergangenen Jahr auf das heurige notleidender geworden ist. Eine ganz besonders krasse Ziffer ergibt sich beispielsweise, wenn wir im Vergleich der Wirtschaft weiter zurückgehen und ein auch sehr sicheres Maß der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft heranziehen, indem wir nämlich die Zahl der vorgenommenen Pfändungen, die unsere liebe österreichische Bevölkerung im Jahre 1914 aufzuweisen hatte, mit der heutigen Zahl vergleichen. Hier handelt es sich um jene Kreise, die in irgendeiner Richtung, ob es Selbständige oder Unselbständige sind, derart schwach geworden waren, daß sie ohne gerichtliche Nachhilfe oder PreSSION nicht mehr Zahlungen zu leisten in der Lage waren. Während wir im Jahre 1914 die nicht geringe Zahl von

160.000 Pfändungen aufzuweisen hatten, haben wir im Jahre 1929 bis vor einem Monat bereits die Summe von 260.000 Pfändungen erreicht, also um 100.000 Pfändungen mehr als im Jahre 1914. So weit sind wir mit unserer Wirtschaft durch die glorreiche Tätigkeit der bürgerlichen Parteien während all der Jahre gelangt, und zwar gelangt zu einer Zeit, wo diese bürgerlichen Parteien, anstatt die Wirtschaft zu sanieren oder dies zumindest zu versuchen, sich entschlossen haben, die Wirtschaft ganz umzubringen und den berühmten Verfassungskampf zu beginnen. Nun ist glücklicherweise dieser Verfassungskampf beendet.

Schon während des Kampfes und unmittelbar nach diesem Kampfe hat man die Parole vernommen: Und nun zur Wirtschaft! Nun muß man trachten, daß dieser Wirtschaft endlich einmal auf die Beine geholfen wird. Alles war gespannt, alles war guter Dinge und guter Hoffnung: Also werden wir sehen, werden wir warten, was da kommen wird. Nun, ich muß schon sagen, auf das, was da vorläufig gekommen ist, hätten Handel und Gewerbe — ich weiß nicht, ob die Industrie mitgeht, aber ich glaube schon, und ich weiß nicht, ob die Landwirtschaft mitgeht, aber ich glaube, auch für sie ist es kein Vorteil, was ich jetzt sage — ruhig verzichten können. Die Verfassung war noch kaum unter Dach und Fach, und schon hat sich der Hauptausschuß zusammengesetzt und hat die Erhöhung der Postgebühren beschlossen, eine Erhöhung der Postgebühren, die teilweise bis zu 25 Prozent geht. Wenn schon, denn schon, haben diese Herrschaften gesagt. Wenn schon erhöhen, erhöhen wir gründlich. Ich glaube, 7 Prozent hat die letzte Erhöhung betragen. Warum sich mit so lumpigen Prozenten zufrieden geben! Wenn man schon erhöht, dann greift man in das Volle. Um 25 Prozent wird das Briefporto erhöht, die Telegrammgebühr, das Telephon. Die Gesamtbelastung nach der Richtung beträgt für Handel und Gewerbe, denen man angeblich helfen will, an deren Gesundung nun mit vereinter, verstärkter Kraft daran gegangen werden soll, nach den offiziellen Angaben rund 15 Millionen Schilling. Eine Bagatelle wahrscheinlich für das hohe Ministerium, vielleicht auch für die bürgerlichen Parteien, nicht so sehr aber für Handel und Gewerbe, nicht so sehr für die notleidende Wirtschaft. Das Tor des Hauptausschusses, welcher diesen Beschluß gefaßt hat, war noch nicht geschlossen, und schon hat sich ein anderes Tor, das Tor des Zollausschusses, geöffnet. Und dort wurde nun, wahrscheinlich in Fortsetzung der wirtschaftlichen Wiederbelebung der Bevölkerung, die soeben einen so entsetzlichen Kampf mitgemacht hat wie den Kampf um die Verfassung, der Beschluß gefaßt, daß der Zucker einer neuerlichen Steuererhöhung, um 9 g pro Kilogramm, zugeführt werden soll. Eine abermalige Belastung der Bevölkerung um 6 Millionen Schilling!

Für diese Art der Sanierung, für diese Art der Gesundung der Wirtschaft bedanken sich selbstverständlich

sowohl der Handel als auch das Gewerbe. Wenn nichts anderes vorgeesehen ist, wenn nicht andere Maßnahmen getroffen werden sollen, auf die kann Handel und Gewerbe, auf die können auch alle anderen wirtschaftlichen Schichten wohl ruhig verzichten, weil sie niemals geeignet erscheinen, zu einer Gesundung zu führen. Aber da hört man wieder sonderbare Dinge, um einer Schichte zu helfen, der wir sicherlich das Beste wünschen und wo jeder einzelne von unseren Rednern erklärt hat, daß wir ohne weiteres den Maßnahmen, die getroffen werden sollen und müssen, zustimmen werden; aber die Maßnahmen der ununterbrochenen Zollerhöhungen und Steuererhöhungen sind nicht geeignet, um die Landwirtschaft aus der Not herauszuführen. Nichtsdestoweniger will sich scheinbar die hohe Regierung auf ihrem einmal betretenen Wege nicht stören lassen, und wir hören nun, daß diese Steuererhöhung, die beim Zucker vorgenommen wurde, vorgenommen werden muß, weil eine Zollerhöhung nicht möglich war, weil sie sich nicht infolge der Bindung durch die Handelsverträge auswirken könnte. Nichtsdestoweniger hört man, daß, abgesehen von dieser Erhöhung, weitere Zollerhöhungen folgen sollen. Man hört die phantastischsten Dinge. Es soll nach den Agrarprodukten, nach den Produkten der Landwirtschaft, wie Weizen, Roggen, Vieh, Fleisch, deren Zölle ganz bedeutend gesteigert werden sollen, auch die Industrie lebhaften Anteil an dem Versuch nehmen, die Zölle zu erhöhen. Wir sehen das alte Spiel wieder einsetzen: Die Agrarier geben den Industriellen und die Industriellen geben den Agrariern die Möglichkeit, auf Kosten der ganzen arbeitenden Bevölkerung gewisse Vorteile einzuheimen, und die ganze Wirtschaft geht dabei zugrunde, kommt vollständig auf den Hund. Die Industriellen, die Textilfabrikanten, die Schuherzeuger, die Automobilindustrie, die Mühlenindustrie, alle wollen, daß ihre jeweiligen Erzeugnisse einen entsprechend erhöhten Zollschutz bekommen sollen, und auf diese Weise, die den selbständigen kleinen Mann, den Gewerbetreibenden und den Kaufmann, doppelt schwer trifft, soll nun dem Kaufmann und dem Gewerbetreibenden geholfen werden, der nicht bloß als Konsument die im Preis erhöhten Lebensmittel und Bedarfsartikel selbst braucht und teurer bezahlen muß, sondern auch noch als Verkäufer, respektive als kleiner Erzeuger, von der Erhöhung getroffen wird. Es ist unter solchen Umständen ja nur zu selbstverständlich, daß die große Masse der Gewerbetreibenden, die große Masse der Kaufleute nur ein mehr als notdürftiges Leben zu fristen in der Lage ist, und ich habe bereits einmal die Ziffern vorführen können, daß von den rund 550.000 bestehenden Selbständigen nicht mehr und nicht weniger als 77 Prozent, also mehr als 400.000 solcher selbständiger Existenzen, ein Reineinkommen von 90 bis 350 S pro Monat aufzuweisen in der Lage sind. Mit einem solchen Reineinkommen will man nach dem verflorenen Experiment der Ver-

fassungsänderung nun solche Experimente wirtschaftlicher Natur machen, wie Postgebührenerhöhungen, Zollerhöhungen, Steuererhöhungen sondergleichen und sonder Zahl. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß das unerträglich ist, weil die Erhöhung der Zölle doch die Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus bedeutet; es ist das eine unvermeidliche Folge dieser Hochschutzzollgesetzgebung.

Wir haben nach der Stabilisierung der Krone infolge der niedrigen Zölle, die wir gehabt haben, und infolge des sich voll auswirkenden Mieterschutzes sicherlich die Tatsache konstatieren können, daß wir eines der billigsten Länder waren, und das war kein Nachteil, weil wir dadurch die Möglichkeit gehabt haben, entsprechend exportieren zu können. Unsere Exportfähigkeit war eine wesentlich höhere, als das leider heute der Fall ist. Unser Gewerbe und unsere Industrie haben ganz anders funktioniert wie heute. Aber auch unser Handel, der Warenaustausch zwischen den Nachbarstaaten, konnte entsprechend funktionieren infolge der Tatsache der niedrigen Zölle, infolge der Tatsache des sich entsprechend auswirkenden Mieterschutzes. Auch der Fremdenverkehr, der für den Städter wie auch für die Landwirte so lebensnotwendig ist, konnte sich anders und leichter entwickeln unter den niedrigen Zöllen, unter dem sich voll auswirkenden Mieterschutz. Alles das geht durch die sogenannte wirtschaftliche Politik der bürgerlichen Parteien verloren. Durch die wiederholte Erhöhung der Zölle, durch die damit verbundene Steigerung der Preise leidet ganz kolossal die Exportfähigkeit. Es ist eine Erschwerung von Handel und Gewerbe, aber auch der Landwirtschaft, denn auch die Landwirtschaft, auch das flache Land draußen braucht einen lebhaften Fremdenverkehr, und es ist durchaus nicht egal, wenn konstatiert worden ist, daß im heurigen Jahr um nicht mehr und nicht weniger als um 10.000 Fremde im Lande Tirol allein weniger gewesen sind als im Vorjahr, daß auf diese Art und Weise dem Fremdenverkehr ein ganz kolossaler Abbruch getan wurde. Eine solche Art und Weise der Politik in wirtschaftlicher Beziehung kann natürlich niemals dazu angetan sein, in irgendeinem Belange, nach irgendeiner Richtung hin eine Besserung zu erzielen.

Aber damit ist den Herrschenden noch nicht genug getan in negativer Politik gegenüber dem Handel und Gewerbe, sondern die Tätigkeit, respektive Untätigkeit gegenüber diesen Schichten der Bevölkerung geht noch weiter. Seit Jahr und Tag wird von Handel und Gewerbe gefordert — es wird ja auch von der Landwirtschaft diese Forderung erhoben und wurde auch hier bereits von dem einen oder anderen der früheren Redner erwähnt, ich will mich aber jetzt, nachdem wir das Kapitel „Handel“ auf der Tagesordnung haben, speziell mit den Handels- und Gewerbetreibenden beschäftigen —, wird von diesen Schichten der Bevölkerung verlangt, daß man doch in der Kreditfrage

rascher eine Lösung finde, als es bisher der Fall war. Bereits vor zwei Jahren hat Minister Heintl bei der Budgetdebatte im Finanzausschuß eine Resolution eingebracht, in der die Regierung aufgefordert wurde, das Nötige zu veranlassen, damit der Masse der Handels- und Gewerbetreibenden so rasch als möglich entsprechende Kredite zur Verfügung gestellt werden. Heuer hat sich dieses liebliche Spiel wiederholt. Sie können im Berichte nachlesen, daß im Finanzausschuß abermals der Antrag gestellt wurde, daß dem Handel und dem Gewerbe entsprechende Kredite zur Verfügung gestellt werden, daß die Kreditfrage so rasch als möglich, am besten sofort, einer Lösung zugeführt werden möge. Auch heuer wurde diese Entschließung im Finanzausschuß einstimmig angenommen. Wir sind sehr begierig, zu erfahren, was der geehrte Herr Handelsminister nach dieser Richtung hin veranlassen wird, der allerdings nicht für das verantwortlich gemacht werden kann, was andere Regierungen und Handelsminister durch Jahr und Tag — und vielleicht definitiv — versäumt haben. Wir sind sehr neugierig, ob der verehrte Herr Handelsminister, der jetzt in Amt und Würden ist, jetzt, wo ihn keine andere Schicht der Bevölkerung hindern kann, verfügen wird, daß endlich der Masse der notleidenden Handels- und Gewerbetreibenden die so dringend notwendigen Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben in unserem Bundesstaat eine Nationalbank. Man zäumt aber diese Kreditfrage immer so auf, als ob es eine ungeheure Schwierigkeit wäre, diesen Tausenden von Gewerbetreibenden mit Hilfe der Nationalbank behilflich zu sein. Diese Leute verlangen doch kein Geschenk, wenn sie fordern, daß ihnen endlich die notwendigen Kredite von irgendeiner Seite zur Verfügung gestellt werden, damit nicht geradezu ihre ganze Existenz in Frage gestellt wird, weil sie die paar hundert Schilling, die sie mitunter brauchen, nicht erhalten können, weil kein Geldinstitut ihnen die Kredite in dem notwendigen Umfange zur Verfügung stellt und der Staat sich nicht darum kümmert.

In geringem Maße hat ja die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien das besorgt, indem sie dem Kreditverein eine entsprechende Summe zur Verfügung gestellt hat. Das reicht aber natürlich absolut nicht aus, und es ist deshalb unbedingt notwendig, daß ein stärkerer Faktor eingreift, um den in Betracht kommenden selbständigen Unternehmungen zu helfen.

Man sollte meinen, hohes Haus, daß die Nationalbank, auf deren Tätigkeit doch die Regierung einen entsprechenden Einfluß besitzt und die der zusammengebrochenen Bodenkreditanstalt 132 Millionen Schilling — bei einem Wechselportefeuille von insgesamt 290 Millionen Schilling — zur Verfügung gestellt hat, mit Leichtigkeit einen Kreditverein gründen und dem betreffenden Gewerbetreibenden oder Kaufmann diese paar hundert Schilling, die er jeweils braucht, zur Verfügung stellen könnte. Das ist aber angeblich

unmöglich. Daß aber 105 Millionen Schilling von derselben Nationalbank jetzt im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Boden-Credit-Anstalt im Ausland angelegt werden, das ist durchführbar. Einheimischen und im Inland tätigen Gewerbetreibenden und Kaufleuten kann man angeblich nicht helfen, denen kann man diese wenigen notwendigen Pfennige nicht borgen, aber diese Riesensumme nunmehr infolge einer gegebenen Situation, die nichts weniger als angenehm war, ins Ausland zu geben und erst auf dem Umwege über das Ausland wieder ins Inland zu bringen, das ist bei einer Politik, wie wir sie leider in Österreich zu verzeichnen haben, möglich.

Aus allen diesen Momenten, die ich aufzeigen konnte, geht klar und deutlich hervor, daß die Mehrheitsparteien, die sich doch immer als die berufenen Vertreter von Handel und Gewerbe aufwerfen, sowie auch die hohe Regierung die Masse der Handels- und Gewerbetreibenden als Stiefkinder behandeln. Die Handels- und Zollpolitik kümmert sich keinen Pfifferling um den Bestand von Handel und Gewerbe. Wenn verlangt wird — der Herr Finanzminister ist leider nicht hier — daß für diese Massen notleidender Gewerbetreibender und Kaufleute das Existenzminimum — daselbe Verlangen stellen mit Recht die Arbeiter und Angestellten — erhöht wird, dann werden Versprechungen gemacht, die niemals ihre Erfüllung finden. Wird von Krediten gesprochen, dann werden sie auf den Nimmerleinstag verschoben. Schließlich warten die Handels- und Gewerbetreibenden schon seit vier Jahrzehnten auf die Erfüllung eines Versprechens, das ihnen bereits im alten Österreich gegeben wurde, auf die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, auf die Witwen- und Waisenversorgung. Sie werden vielleicht spöttisch darauf hinweisen, daß die Arbeiter und Angestellten vielleicht noch dringlicher darauf warten, daß nicht einmal ein Gesetz, das schon so lange beschlossen ist, zur Durchführung kommen kann. Sie werden höhnisch sagen: Wie wollen Sie da die Altersversicherung für die Selbständigen erreichen? De facto aber brauchen sowohl die Arbeiter und Angestellten wie die kleinen Selbständigen diese Altersversicherung dringend. In unserer wirtschaftlichen und finanziellen Situation ist es für die erdrückende Mehrheit der selbständigen Gewerbetreibenden und Kaufleute ganz ausgeschlossen, auch nur einen einzigen Groschen für die alten Tage zurückzulegen, wenn sie nicht mehr arbeitsfähig sind. Darum kann auch die Forderung nach Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung unmöglich verstummen, und sie wird weiter erhoben werden bis zu ihrer Erfüllung. Wir werden doch sehen, ob es die Vertreter aus den bürgerlichen Kreisen immer nur bei schönen Verbeugungen und Redensarten vor diesen Gewerbetreibenden und Kaufleuten werden bewenden lassen und nicht endlich doch darangehen werden, auch etwas Ersprießliches für Handel und Gewerbe durchzuführen.

Da ist die Frage an die bürgerlichen Parteien mehr als berechtigt: Was haben Sie eigentlich zugunsten der Handels- und Gewerbetreibenden bis heute getan? Welche Gesetze wurden auf den Tisch des hohen Hauses niedergelegt, die für die Interessen der Gewerbetreibenden und Kaufleute sorgten? Nicht ein einziges solches Gesetz haben wir die ganzen Jahre hindurch zu Gesicht bekommen! So kann natürlich dem Gewerbe und dem Handel nicht geholfen werden. Alle Kreise der Bevölkerung leiden unter der wirtschaftlichen Situation, das ist außer Zweifel. Aber die bürgerlichen Vertreter haben sich ja speziell die Schichte der Gewerbetreibenden und Kaufleute auserkoren, sie haben sie quasi als ihr ureigenstes Gebiet erklärt, wo ihnen niemand ins Handwerk pfeuschen soll. Wir überlassen Ihnen ohne weiteres die Initiative. Ergreifen Sie sie, und erbringen Sie den Beweis, daß Sie tatsächlich für das Blühen und Gedeihen des Handels- und Gewerbebestandes Herz, Gemüt, Verstand und Interesse haben. Bisher haben wir das vermißt, bisher ist nichts geschehen, was darauf schließen ließ. Und daß dies der Wahrheit entspricht, können wir Ihnen dadurch beweisen, daß wir mit dieser Wahrheit nicht bloß vor das hohe Haus kommen, sondern daß wir diese Behauptung, daß die bürgerlichen Parteien für den Handel und das Gewerbe nichts machen und nichts gemacht haben, auch draußen den selbständigen kleinen Leuten erzählen. Diese glauben es auch, weil sie allen Grund dazu haben, zu glauben, daß sie von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben, die sich in keiner Weise anschicken, ihre Versprechungen auch nur teilweise zu erfüllen. Sie dürfen sich daher nicht wundern, daß unsere Erfolge in den Kreisen, die sonst Ihnen Gefolgschaft geleistet haben, von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche immer größer geworden sind. Ich habe Ihnen im Vorjahr auseinandergesetzt können, wie ganz ungeheure Fortschritte wir in den verschiedensten Branchen und Gewerben gemacht haben, wie die Schirmmacher mit Zweidrittelmehrheit plötzlich vom bürgerlichen Lager in unser, das sozialdemokratische Lager abgeschwenkt sind. Ich konnte Ihnen erzählen von den Lederhändlern, die damals schon vollständig in das Oppositionslager, in das Lager der Sozialdemokraten, übergegangen sind. In der Genossenschaft der Stroherzeuger haben wir gleichfalls alle Mandate errungen, ebenso bei den Pflasterern. Wir haben voriges Jahr mitteilen können, daß wir bedeutende Fortschritte bei den Fleischhauern, bei den Taschnern, bei den Zuckerwarenhändlern, bei den Gas- und Wasserleitungsinstallateuren, bei den Uhrmachern und Friseuren gemacht haben. Bei den letzteren ist die Anzahl unserer Anhänger von 245 auf 450 von einem Jahr auf das andere gestiegen, während sie beim Gegner von 723 auf 698 herabgesunken ist. Das sollte Ihnen eine Warnung sein, bei Ihrer bisherigen Latenlosigkeit bezüglich des Handels und Gewerbes nicht weiter zu verharren.

Wenn Ihnen das noch nicht genügt, vielleicht wird Sie das, was ich Ihnen jetzt ergänzend mitteilen werde, dazu veranlassen, sich endlich aus Ihrer Lethargie gegenüber dem Handel und Gewerbe aufzuraffen und endlich den Versuch zu machen, Ihre Versprechungen in irgendeiner Weise einzulösen. Unsere Erfolge in jenen Kreisen, die Sie so gerne Jahre hindurch für sich in Anspruch genommen haben, haben sich im vergangenen Jahr gewaltig erhöht. So haben wir beispielsweise am 4. März dieses Jahres die restlichen Mandate in der Genossenschaft der Strohhuterzeuger erobert. Wir haben auf diese Weise die ganze Genossenschaft in unsere Hand bekommen. Sie werden vielleicht sagen: Die Genossenschaft der Strohhuterzeuger, wieviel sind denn das? Alle miteinander ein paar Duzend. Sie werden vielleicht der Meinung Ausdruck geben, daß wir bei den großen Genossenschaften, wo tausende Branchenangehörige vereinigt sind, keinen entsprechenden Eingang finden. Ich will Sie auch in dieser Richtung eines Besseren belehren. Am 6. Mai dieses Jahres haben wir einen Wahlkampf in der Genossenschaft der Tischler gehabt. Bei diesem Kampf haben wir 580 und die vereinigte bürgerliche Liste 914 Stimmen erhalten. Wenn Sie bedenken, daß wir Sozialdemokraten sind, die doch nach Ihrer Ansicht Feinde des Gewerbes sind, so muß man sagen: Feinde des Gewerbes, die 580 Stimmen bekommen, während die angeblichen Freunde des Gewerbes nur 914 erhalten, da müssen doch wohl diese Feinde dem Gewerbe nicht gar so feindlich gesinnt sein, wenn Sie nicht gar die Behauptung aufstellen wollen, daß die 580 Mann aus der Genossenschaft der Tischler, die sich zur Sozialdemokratie bekannt haben, nicht wissen, was sie tun, daß sie nicht klar und deutlich den Weg vorgezeichnet haben, den sie gehen müssen nach den Erfahrungen, die sie bis jetzt in der Gefolgschaft der Bürgerlichen gemacht haben. Ich werde Ihnen noch einige interessante Ziffern vorführen, damit Sie zur Einsicht kommen und in Zukunft mehr Interesse für Handel und Gewerbe an den Tag legen. Im Jahre 1927 haben wir bei den Tischlern nur 167, im Jahre 1928 357 und am 6. Mai 1929 schon 580 Stimmen gehabt, also gegenüber 1927 um 250 Prozent mehr. Bei einer Stichwahl am 17. Juni haben wir unsere Stimmenzahl schon auf 889 erhöhen können, also in sechs Wochen in dieser Genossenschaft, die Hunderte von Mitgliedern zählt und die Sie nicht bagatellisieren können, unsere Stimmenzahl um 309 Stimmen vermehrt. Seit dem Jahre 1927 hat sich unsere Stimmenzahl in dieser Genossenschaft um 450 Prozent erhöht. Stellen Sie sich vor, wie schlecht Ihre Politik sein muß, wie elend die Interessen des Handels und Gewerbes von den bürgerlichen Parteien vertreten werden, wenn in den Kreisen der Selbständigen eine solche Schwenkung zu verzeichnen ist.

Bei einer zweiten Gruppe von Gewerbetreibenden, den Schuhmachern, haben wir geradezu glänzende Erfolge zu verzeichnen. Am 3. Juni wurden anlässlich

einer Delegiertenwahl 1142 Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten vereinigt, welche dadurch 80 Delegiertenmandate eroberten und die zweitstärkste Partei in der Genossenschaft wurden und hinter den Tschechen, der heute stärksten Gruppe unter den Schuhmachern, nur um 52 Stimmen zurückblieben. (*Zwischenrufe.*) Sie können überzeugt sein, meine Rede wird von denen gelesen werden, die es angeht. Ihre Demonstration imponiert uns nicht. Die Tatsachen sind stärker. Wenn die Herrschaften sich noch so taub stellen wollen, die Tatsachen werden schon bewirken, daß sie wieder Gehör erhalten. Wenn es dann nur nicht zu spät sein wird! In einer Genossenschaft also, in der einst die christlichsozialen Größen Biha und Jesewitz die unumschränkte Herrschaft innehatten, sind die Sozialdemokraten die zweitstärkste Partei geworden. Uns kann es nur recht sein, wenn die Herren weiter schwerhörig bleiben wollen, denn unsere Erfolge sind nicht nur im Interesse meiner Partei, sondern auch im Interesse der Sache selbst gelegen. Am 15. Juli sind also die Sozialdemokraten mit dem ersten Vorstellvertreter und 21 Ausschußmitgliedern sowie 8 Ersatzmitgliedern in die Genossenschaft der Schuhmacher eingezogen.

Und nun noch ein anderes interessantes Beispiel für die Erfolge, die die Sozialdemokraten gegenüber den Bürgerlichen gerade in den Handels- und Gewerbetreibenden erzielt haben. In der Sektion der Perlmutter- und Galalithknopffabrikanten haben im Dezember dieses Jahres Ersatzwahlen stattgefunden, bei denen einstimmig die sozialdemokratische Kandidatenliste gewählt wurde. Das ist jene Genossenschaft, deren Vorsteher Benesch einer der großen Macher im Heimatbund ist. Sie sehen also, daß diese angeblich unwiderstehliche Volksbewegung, von der durch Wochen und Monate gesprochen wurde, nichts weniger als unwiderstehlich ist. Sie sehen, daß es nur eine wirklich unwiderstehliche Volksbewegung gibt, und das ist die sozialdemokratische, die, nachdem sie die Arbeiter und Angestellten in erdrückender Masse in ihren Reihen hat, nun, weil Sie alles verabsäumt haben, um rechtzeitig Vorsorge für die Kreise zu treffen, deren Interessen Sie angeblich vertreten, darangeht, auch die Handels- und Gewerbetreibenden in ihrer Masse zu erfassen. Dieser Versuch gelingt mehr denn je, besser als wir es uns selbst vorgestellt haben. Und wenn Sie nicht Einkehr und Umkehr halten werden, wenn Sie sich nicht raschestens entschließen sollten, endlich Ihre langjährigen Versprechungen zum mindesten teilweise einzufüllen und für die Handels- und Gewerbetreibenden wirklich etwas Ersprießliches zu leisten, dann glaube ich, daß ich Ihnen in Kürze werde berichten können, daß die bisherigen Fortschritte weit, weit in den Schatten gestellt erscheinen durch die, die wir in der nächsten Zeit zu machen in der Lage sein werden. Diese Handels- und Gewerbetreibenden haben schließlich und endlich, weil sie eben zu lange zum besten gehalten

worden sind, das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien verloren, denen sie ihr Vertrauen so lange geschenkt haben, und daher schwenken sie in immer größerer Anzahl aus den bürgerlichen Reihen ab.

Beherzigen Sie diese Worte im eigenen Interesse! Es läge uns gar nichts daran, wenn unsere Fortschritte in diesen Kreisen langsamer sein sollten, wenn dafür andererseits dem Gewerbe- und Kaufmannsstande durch die Gesetzgebung ein wenig aus der traurigen wirtschaftlichen Existenz, in der er sich heute befindet, geholfen wird. Wenn Sie aber nicht wollen, so können wir das auch nicht ändern, denn wir sind vorläufig hier nur die Minorität. Als Minorität haben wir zu dieser Ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oder, richtiger gesagt, Untätigkeit kein Vertrauen, wir können kein Vertrauen haben, und weil wir kein Vertrauen haben, darum müssen wir und werden wir auch gegen das Budget stimmen. (*Lebhafter Beifall. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.*)

Voller: Hohes Haus! Ich will auf die Darlegungen meines geehrten Herrn Vorredners nicht eingehen, das möge vielleicht ein anderer Herr tun. Ich will mich nur etwas mit der Frage unserer fachlichen Bundeslehranstalten beschäftigen. Vor dem Kriege waren wir ein einheitliches Wirtschaftsgebiet von 52 Millionen Menschen. Diese 52 Millionen sind heute auf 7 Staaten aufgeteilt, die sich mit Zollmauern umgeben haben und die auch unserer Jugend die Tore schließen, wenn sie jenseits der Grenzen Arbeit und Lebensmöglichkeit finden will. Unsere Wirtschaft ist in Not, diese unsere Wirtschaft verlangt aber gute Fachschulen. Die Ausgestaltung der bestehenden Fachschulen ist ein Gebot der Zeit. Der lebenspraktischen Ausbildung unserer Jugend werden wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

In allen Städten erleben wir einen Zustrom der Jugend zu den Mittelschulen. Wir finden allüberall Wanderklassen. Die Schulgebäude reichen nicht aus. Die Gebäudeverwaltung ist wohl bestrebt, im Rahmen des möglichen Abhilfe zu schaffen, aber es ist vergeblich. Wir sind von der Sorge erfüllt, wo die Jugend, die diese Bildungsstätten absolviert, schließlich untergebracht werden soll. Diese Frage ist hier vielleicht viel schwieriger zu lösen als bei den lebenspraktisch Gebildeten. Wir müssen uns daher mit der Frage der Ausgestaltung unserer gewerblichen Fachschulen befassen. Die Bervollkommnung der Technik wird uns zwingen, unsere vierklassigen gewerblichen Lehranstalten zu fünfklassigen auszubauen. Die fünfstufigen Anstalten werden heute vom Standpunkte der höheren allgemeinen Bildung und der notwendig gewordenen erhöhten Berufsausbildung gefordert. Der Lehrplan dieser Anstalten ist heute schon hoch gestellt und wird durch die Forderung der Zeit noch entsprechend erhöht werden müssen. So wurde unsere höhere Forstanstalt in Bruck an der Mur schon vor drei Jahren auf vier Jahre erhöht, und diese Lehranstalt verlangt als

Voraussetzung fünf Klassen Mittelschule oder vier Klassen Mittelschule und ein Jahr Praxis.

Eine wichtige Voraussetzung für gute fachliche und gewerbliche Lehranstalten ist vor allem deren bauliche Einrichtung.

Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses und auch der hohen Regierung auf die Bundeslehranstalt für Maschinenbau im 21. Bezirk zu lenken.

Die Schule hat unter allen gewerblichen Lehranstalten Österreichs das elendeste Schulgebäude. Der Vordertrakt, ein alter Steinbau von mehr als 100 Jahren, sitzt so tief in der Erde, daß sein Fußboden unter dem Straßenniveau liegt. Bei starkem Regen fließt das Regenwasser in das Gebäude hinein. Eine Unterkellerung fehlt, die Grundmauern sind fast bis zur Decke vom Grundwasser durchsetzt, ein Deckeneinsturz könnte nur durch eine Unterfangung mit eisernen Trägern verhütet werden.

Mörtel hält an der Mauer nicht, Planstriche werden zertrümmert. Der etwas neuere Hintertrakt entspricht in keiner Weise den Bedürfnissen einer Schule. Die Decken sind zu schwach, Gänge für den Auslauf der Schüler fehlen. Pissoire sind nicht vorhanden, für jede Klasse steht nur ein Klosett zur Verfügung. Ein Konferenzzimmer existiert nicht, ein Prüfungsraum fehlt, Behrmitelzimmer sind nicht vorhanden, ein Raum für körperliche Übungen fehlt, ein Raum für Physikunterricht fehlt.

Zur Beheizung dienen einzelne Öfen, da keine Zentralheizung vorhanden ist.

Das Gebäude beherbergte zuerst eine Volksschule vom Jahre 1805 an, dann eine Bürgerschule und später ein Realgymnasium. Bei all diesen Schulen hat man erkannt, daß das Gebäude für sie zu schlecht ist, und hat für sie Neubauten geschaffen. Nur für die Bundeslehranstalt für Maschinenbau in einem solchen Industriebezirk wie Floridsdorf will sich diese Erkenntnis nicht einstellen. Programmgemäß hätte schon im Jahre 1918 ein Neubau für diese Schule fertiggestellt sein sollen, er ist heute noch nicht einmal im Projekt in Aussicht genommen.

Die Schule leidet schwer unter dem Raummangel und hat keine Möglichkeit, sich auszudehnen. Das Gebäude gehört der Gemeinde Wien, daher sind Neubauten oder Umbauten aus staatlichen Mitteln nicht in Betracht zu ziehen. Zudem würden dabei die schwerwiegenden Mängel des bestehenden Gebäudes nicht behoben werden. Man wird daher einem Neubau nicht aus dem Wege gehen können. Wesentliche Bauarbeiten sind ja andertweitig, wie zum Beispiel in Graz, auch durchgeführt worden.

Die Schule in Wien XXI hat eine höhere Abteilung für Maschinenbau, die wegen Raummangels nur zweiklassig geführt wird statt vierklassig. Es ist daher nur jedes zweite Jahr eine Aufnahme möglich. Das bedeutet für viele Schüler, die in die Schule eintreten wollen, eine Wartezeit von einem Jahr. Unangenehm

ist das nicht nur für den 21. Bezirk, sondern insbesondere für Schüler aus den Nachbarbezirken vom flachen Land, zum Beispiel vom Marchfeld.

Wir wissen, wir haben heute eine vierstufige Volksschule, dann 4 Klassen Hauptschule oder 4 Klassen Mittelschule. Gegenwärtig sind die Schüler in dieser Bundeslehranstalt für Maschinenbau meist mit dem 15. Lebensjahr hingekommen. Es wird notwendig sein, daß auch in diesem Bezirke in jedem Jahre Aufnahmen stattfinden können. Die Zahl jener Schüler, die vom flachen Lande kommen, beträgt ungefähr 23 Prozent. Der Raum für die Lehrwerkstätten ist auch unzureichend. Bei der Projektierung neuerer Arbeitsverfahren stößt man überall auf die Gebäudemauern.

Ich erlaube mir daher, dem hohen Hause einen Antrag vorzulegen, und bitte auch die hohe Regierung, auf diesen Antrag Bedacht zu nehmen (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, für den Neubau der Bundeslehranstalt für Maschinenbau in Wien XXI im Bundesvoranschlag für das Jahr 1931 Vorkehrung zu treffen.“

(*Beifall und Händeklatschen.*)

Der gehörig gezeichnete Antrag Volker wird zur Verhandlung gestellt.

Sailer: Hohes Haus! Vergangenen Samstag hat in Eisenstadt im Burgenlande die Einweihung des neuen Regierungsgebäudes stattgefunden, zu dem vor drei Jahren der Grundstein gelegt wurde. Diese Einweihung war ein wahres Volksfest. Alle Parteien haben redlich mitgeholfen an der Verwirklichung dieses großen Wertes und alle, ob es nun Landbändler sind oder Christlichsoziale oder Großdeutsche oder Sozialdemokraten, haben wirklich eine ehrliche Freude darüber, daß endlich eine Hauptstadt und ein Regierungsgebäude da ist. Allerdings dürfte so manchem Teilnehmer bei diesem Einweihungsfest am Samstag in Erinnerung getreten sein, daß im Burgenlande eine natürliche Hauptstadt vorhanden wäre, nämlich Ödenburg. Viele werden sich an die Abstimmung erinnern haben, die im Jahre 1921 stattgefunden hat, an jene ungerechte Abstimmung, die unter dem Terror gestanden ist und die Wahrheit auf den Kopf gestellt hat. (*Ruf: Immer beim Terror!*) Immer beim Terror, sehr richtig! — Bei dieser Abstimmung hat sich fälschlich herausgestellt, daß der größte Teil der Ödenburger Bürger für den Verbleib bei Ungarn sei, obwohl 70 bis 75 Prozent deutsche Bürger in Ödenburg wohnen. Dieses Ödenburg wäre eine natürliche Hauptstadt; Bahnen, Straßen, alles läuft dort zusammen. Der Terror, der damals gewaltet hat, hat dieses Ödenburg dem Burgenlande weggenommen. Das Burgenland mußte sich also um eine neue Hauptstadt umsehen, und im Laufe der Zeit ist Mattersburg, dann Pinkafeld im südlichen Burgenland in Betracht gekommen, schließlich hat man sich für Eisenstadt entschieden. Es wird ja viele Kollegen in diesem Hause geben, die Eisenstadt nicht

kennen. Eisenstadt ist ein kleines Städtchen, herrlich gelegen im hügeligen Weinland, historisch bedeutsam, aber eine Hauptstadt wird es noch lange nicht sein. Es fehlt in Eisenstadt die Kanalisation, es fehlt das Wasser, es fehlt an Beamtenwohnungen, es fehlt an allem, was einen noch so kleinen Ort zur Hauptstadt prädestinieren könnte. Und nun, hohes Haus, möchte ich — deswegen habe ich mich zum Worte gemeldet — den Herrn Minister, der dem Burgenlande immer gewogen war, bitten, mir Aufmerksamkeit zu schenken. Ich möchte über die Verkehrswege in diese neue Hauptstadt sprechen. Heute muß man entweder über Bruck—Parndorf nach Eisenstadt fahren oder über Ebenfurth—Wulkaprodersdorf. Man kommt von Wien beinahe früher nach Prag als nach Eisenstadt — beinahe nicht ganz. Und da glaube ich, an den derzeitigen Minister für Handel und Verkehr, an den Herrn Minister Hainisch, nicht umsonst zu appellieren, wenn ich sage und ihn bitte, daß er der Eisenbahnverbindung nach Eisenstadt seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden möge. Es liegt seit zwei Jahren eine Eingabe im Ministerium, die dahin geht, man möge einen Kredit bewilligen, um Schnellzüge bis Parndorf und von Parndorf einen Pendelverkehr bis Eisenstadt und retour mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometer einzurichten, so daß Eisenstadt über Bruck—Parndorf rasch zu erreichen ist. Wenn schon Eisenstadt, nachdem Odenburg weggenommen ist, Landeshauptstadt sein soll, so muß man natürlich auch trachten, daß es schnell vom Zentrum des Bundes aus zu erreichen ist. Nun sind natürlich hiezu besondere Arbeiten notwendig. Von Wien bis Parndorf führt ja natürlich die Strecke normal. Wenn aber dann der Schnellzugsverkehr auf der Strecke Parndorf—Eisenstadt geführt wird, ist die Strecke für den Schnellzugsverkehr einzurichten. Und da fehlt es an Schranken, es fehlt an Signaleinrichtungen und an Verschiedenem, das notwendig ist, damit auch auf dieser Strecke ein Schnellzugsverkehr von 60 Kilometer stattfinden kann. Im Namen meiner Partei möchte ich also die Forderung stellen und möchte den Herrn Minister bitten, daß er diese Forderung unterstütze, daß dieser Schnellzugsverkehr bewilligt wird und daß die Einrichtungen auf der Strecke Parndorf—Eisenstadt faktisch bis 15. Mai durchgeführt werden, so daß bei der Aufstellung des neuen Fahrplanes ab 15. Mai der Verkehr Wien—Eisenstadt via Bruck—Parndorf schon eingerichtet werden kann. Das ist die eine Bitte: Verkehr rasch, halbwegs moderner Verkehr in die neue Hauptstadt.

Dann habe ich an den Herrn Minister namens meiner Partei noch eine dringende Bitte zu richten. Die besteht darin, daß er sich vielleicht mit der Anfrage meines Kollegen Probst beschäftigen möge, die vor einigen Tagen an die Regierung wegen der Einlösung der Eisenbahnlinie Odenburg—Güns der Raaber Eisenbahn-Gesellschaft gestellt wurde. Ich brauche auf die Anfrage jetzt nicht des näheren hinzuweisen.

Wichtig ist, daß das, was in der Anfrage gewünscht wird, auch durchgeführt wird, das heißt, daß eine Durchrechnung der Tarife erfolgt und daß, wenn die Bahn schon nicht käuflich erworben werden kann, wenigstens die Pachtung jener Bahnstrecken, die in Österreich liegen, erfolge. Die Bahnverbindung ist aus wirtschaftlichen Gründen sehr wichtig, wie ich Ihnen an einigen Beispielen sofort beweisen werde. Wir möchten dem hohen Hause nur einige Frachtfäße für einzelne Artikel zur Kenntnis bringen.

Nehmen wir einmal die Station Lackenbach. Die Verfrachtung der Milch nach Wien kostet heute pro 100 Kilogramm 197 g. Nach der Durchrechnung, nachdem dann auf der ganzen Bahn nur ein Tarif existieren würde, weil Österreich die Bahn übernommen hat, würde die Fracht für Milch nicht 197 g, sondern 96 g pro 100 Kilogramm kosten. Der Herr Bundesminister ist ja selbst ein Landwirt, und ich möchte auf ein Beispiel hinweisen, in dem ich selbst versiert bin. Die große Konsumgenossenschaft Wien bezieht seit dem 1. Jänner d. J. aus dem Oberwarter Bezirk — und zwar aus der neu gegründeten Oberwarter Genossenschaftsmolkerei — zirka 2000 Liter Milch täglich. Wir Genossenschaftler gehen da von dem Prinzip aus: hie Konsumtengenossenschaft, dort Produzentengenossenschaft, respektive bäuerliche Genossenschaft, Ausschaltung jedes Zwischenhandels, beziehe dort dein Produkt! Die Milch, die wir von Oberwart beziehen, die auf die Aspangbahn kommt und dann nach Wien befördert werden muß — also eine ziemlich lange Prozedur —, ist dadurch, daß das Eisenbahnministerium einen Kühlwagon beigelegt hat, auch in der heißesten Zeit tadellos angekommen. Aber die Leute in dieser Genossenschaftsmolkerei in Oberwart klagen immer darüber, wie hoch die Fracht ist, wenn man die Kilometeranzahl von Oberwart bis Wien rechnet und diese Kilometeranzahl mit einer anderen Strecke — sagen wir zum Beispiel auf der Westbahn — vergleicht. Da gibt es, wenn ich mich nicht irre, drei bis vier Aktiengesellschaften von Oberwart bis Wien. Jede dieser Privatbahngesellschaften hat einen anderen Tarif, so daß sich die Frachtfäße unerhört hoch stellen. Da sage ich dem Herrn Minister Hainisch: Abhelfen, Übernahme der Bahnen in den Besitz des Bundes, und, wo es nicht angeht, Pachtung, Durchrechnung der Tarife und dadurch Verbilligung der Transporte!

Nehmen wir die andere Bahn: Eisenstadt—Wien. Da existieren von Eisenstadt nach Wien — das ist ja viel näher als Oberwart — vier Frachtfäße. Die Bahn gehört vier Aktiengesellschaften, jeder ein Stückel. Die Fracht für Mehl kostet derzeit 175 g pro 100 Kilogramm und würde nach Durchrechnung der Tarife 96 g kosten; die Fracht für Brennholz kostet heute 96 g, sie würde nach Durchrechnung des ganzen Tarifs 40 g kosten. Die Fracht für Milch kostet jetzt von Eisenstadt nach Wien 128 g pro 100 Kilogramm, sie würde nach der Durchrechnung 69 g kosten.

Außerdem wäre mit der Verbundlichung dieser Odenburg-Güns-Bahn auch folgendes erreicht. Das ungarische Personal der Raab-Odenburger Bahn in der Strecke von Odenburg bis Güns und Lugmannsdorf und das Personal der ungarischen Südbahn in der Strecke von Odenburg nach Deutschkreuz — 70 Mann, lauter ungarische Staatsbürger — könnte aus dem Dienst entfernt werden, und es könnten österreichische Staatsbürger dafür untergebracht werden. Weiters wäre zu bemerken, daß, wenn auch das Personal der ungarischen Staatsbahnen, welches täglich ein Zugpaar über Oberloisdorf — das ist im südlichen Zipfel des Oberpullendorfer Bezirkes — nach Lugmannsdorf, von Lugmannsdorf nach Güns und zurück führt, in die österreichische Verwaltung übernommen werden würde, täglich fünf Mann durch unsere Leute im Burgenland oder aus irgendeinem Bundesland ersetzt werden könnten. Es handelt sich also im ganzen um 75 Menschen. Wenn man berücksichtigt, daß gerade die magyrischen Bahnbediensteten — das kann man von ihnen auch nicht verlangen — gerade nicht für das Deutschtum werben und wirken, sondern gerade das Gegenteil machen, so ist es, glaube ich, auch vom nationalen, nicht nur vom sozialen Standpunkt aus notwendig, daß hier tatsächlich endlich etwas geschieht.

Ich möchte meine Ausführungen über diese beiden Bahnflügel in folgenden Schlussfolgerungen zusammenfassen. Ich spreche nicht nur im Namen meiner Partei, sondern wie ich überzeugt bin, im Namen aller Parteien des Burgenlandes, weil es sich ja um eine rein sachliche Frage handelt, wenn ich die Forderung nach Verbundlichung sämtlicher burgenländischen Lokalbahnen auf Grund des Bundesgesetzes vom 7. Dezember 1928 erhebe. Solange die Einlösung der burgenländischen Lokalbahnen aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, sind diese Linien vom Bund zu pachten und von den Bundesbahnen zu führen.

Ich will diese Forderung heute nicht in einen Antrag kleiden, sondern ich richte an den Herrn Handelsminister die Bitte, dieser unserer Forderung, die ich ruhig als Forderung aller burgenländischen Abgeordneten bezeichnen kann, sein Augenmerk zu widmen. Es würden damit die Beseitigung der Iredenta und große wirtschaftliche Vorteile durch die Vereinheitlichung und Verbilligung der Frachtsätze erreicht werden. Ich habe mir von einem Fachmann sagen lassen, daß bei der Durchrechnung aller Tarife auf allen burgenländischen Lokalbahnen weit über 1 Million Schilling an Frachtsätzen jährlich erspart würde.

Also: Einerseits Aufbau der Strecke Wien—Eisenstadt via Bruck—Parndorf für den Schnellzugsverkehr, damit die Hauptstadt des Burgenlandes einen raschen Anschluß an Wien hat, und zweitens das, was in der Anfrage des Kollegen Probst enthalten ist. Das, bitte ich den Herrn Minister, zu studieren und raschestens durchzuführen, nachdem die gesetzliche Handhabe dazu

durch die Entscheidung von Paris gegeben ist. (*Bundesminister Dr. Hainisch: Ist schon geschehen!*)

Ein zweites Verkehrsmittel sind die Straßen. In jeder Budgetberatung hat noch irgendein burgenländischer Abgeordneter auch über die Straßen des Burgenlandes gesprochen. Einige der Herren werden schon im Burgenland gewesen sein, aber sie werden sich sicherlich nicht die schlechtesten, sondern die besten Straßen ausgesucht haben. Ich kann ruhig sagen: auf dem Gebiete des Ausbaues der Straßen, der Verbesserung der Straßen ist im Burgenland schon viel geschehen. (*Zustimmung.*) Alle haben da mitgeholfen. Der sozialdemokratische Straßenreferent im Burgenland, Landesrat Till, hat daran genau so sein Verdienst wie der großdeutsche Minister Schürff. Alle Parteien haben redlich mitgeholfen, daß auf diesem Gebiete ein wackerer Schritt nach vorwärts getan wurde. Wer sich die Straßen im Jahre 1922 angeschaut hat, als wir das Burgenland übernahmen, und damit den jetzigen Zustand vergleicht, muß, wenn er auch kein Freund des Burgenlandes ist, sagen, daß viel geschehen ist. (*Lebhafte Zustimmung.*) Aber vieles, hohes Haus, ist noch zu machen. (*Bundesminister Dr. Hainisch: Wird schon geschehen!*) Ja, nur Geduld haben! Vieles ist noch zu machen. Das Burgenland ist total verschlampt und vernachlässigt zu Österreich gekommen. Das westdeutsche Gebiet Ungarns war ein Gebiet, das vollständig vernachlässigt wurde. Die Bahnen sind Sackbahnen, haben keinen Anschluß an Österreich, so unten in Güssing und früher in Pinkafeld. Die Straßen waren wie in der Türkei, die Grenze zwischen Europa und Asien war damals bei Bruck, könnte man sagen. Heute noch, wenn man mit dem Auto in das Burgenland hinunterfährt, sieht man an dem Aussehen und Zustand der Straßen genau, wo die Grenze ist. Es ist also noch sehr viel zu tun, und ich weiß nicht, ob der Herr Minister Hainisch, der bestimmt den guten Willen hat, auch so kräftig sein wird, die Burgenländer weiter zu unterstützen. (*Bundesminister Dr. Hainisch: Es wird schon einiges geschehen!*)

Es wurden seinerzeit 1100 Kilometer Hauptstraßen von Ungarn in einem desolaten Zustand übernommen. Von 220 Kilometer Staatsstraßen hat aber der Bund nur 157 Kilometer als Bundesstraßen erklärt. Die übrigen Straßen müssen vom Lande erhalten werden, von einem Lande, das gar nichts hat und gar nichts gehabt hat, von einem Lande, das mir vorkommt, wie wenn zwei junge Leute, die heiraten und gar nichts haben, sich erst eine Einrichtung kaufen müssen. Die Landesregierung hat sich alles erst schaffen müssen. Es wurde jetzt ein Amtsgebäude gebaut, der Bund hat mithelfen müssen, alles mußte zusammenhelfen, damit der junge Hausstand wenigstens halbwegs, wenn auch vorläufig nur proletarisch, eingerichtet werde. (*Heiterkeit.*) Trotzdem hat man nur 157 Kilometer von 220 Kilometer Staatsstraßen als Bundesstraßen erklärt,

das andere soll das Land erhalten, das nichts hat. Jetzt hat man die Zahl allerdings auf 180 Kilometer erhöht.

Nun hat dieses Burgenland, dieses, wie man mit Fug und Recht sagen kann, ärmste Bundesland — auch was die Bauern betrifft — in den zwei letzten Jahren 900.000 S und 1.000.000 S als Ausgaben für die Erhaltung der Straßen aufgewendet. 4 Millionen Schilling hat das Land für Straßenbauten aus eigenen Mitteln aufgebracht. Das ist bestimmt eine Leistung, die gewürdigt werden sollte.

Und nun möchte ich einige ganz bescheidene Wünsche dem Herrn Minister zur Kenntnis bringen, Wünsche, die keine sozialdemokratischen Wünsche sind, sondern Wünsche aller Burgenländer, und ich würde bitten, soweit es ihm seine Macht erlaubt und der Finanzminister es zuläßt, diese Wünsche zu realisieren.

Der zum Ausbau der Nord-Süd-Verbindung bisher vom Lande geleistete und vom Bunde zurückzuerstattende Gelbzuschuß beträgt für den Straßenzug Marz-Weppersdorf für das Jahr 1923 22.000 S, für das Jahr 1924 14.000 S und für das Jahr 1925 91.000 S. In den drei Jahren sind es zusammen 129.000 S, die das Land vorgeschossen hat und die der Bund dem Lande heute noch schuldig ist. Dann haben wir Mattersburg-Marz. Da sind 236.000 S vorgeschossen worden. Für die Straße Wulkaprodersdorf-Zemendorf, die jetzt repariert wurde, sind vom Lande 480.000 S vorgeschossen worden. Unten im südlichen Burgenland, Liebing-Lockenhaus, wurden vorgeschossen 828.000 S, so daß das Burgenland für Straßenbauten im ganzen 1.682.000 S vorgeschossen hat. Davon wurden dem Lande im Jahre 1929 rückertattet 450.000 S. Es richtet daher das Land an die Bundesregierung die Bitte, macht im Jänner den Rest von 1.233.000 S flüssig-zumachen und dem Land zurückzuerstatten.

Außerdem erlaube ich mir noch folgende Wünsche vorzubringen: 1. Sofortige Übernahme des ausgebauten Teilstückes Wulkaprodersdorf-Weppersdorf von 33 Kilometer Länge in die Verwaltung des Bundes. 2. Cheste Rückvergütung der vom Lande zum Ausbau der Nord-Süd-Verbindung bisher vorschußweise verausgabten Baukosten; insoweit es sich um Ausgaben aus dem Investitionskredite handelt, einschließlich Vergütung der hierfür vom Lande verausgabten Zinsen. 3. Gemeinsame kommissionelle Erhebung zwecks Aufstellung eines neuen zweiten Ausbauprogramms über die Nord-Süd-Verbindung unter Abänderung der Linienführung (über Stoob-Oberpullendorf) auf Grund eines neuen Kostenvoranschlags. Novellierung des bezüglichen Gesetzes und der Änderung des bisherigen Beitragschlüssels des Landes. Das ist eine sehr wichtige Forderung, Herr Minister. 4. Erklärung folgender Straßenzüge als Bundesstraßen: a) Gattendorf-Nickelsdorf-Staatsgrenze, 14,4 Kilometer, allenfalls Neusiedl-Mönchhof-Halbtorn-Staatsgrenze, 21,8 Kilometer; b) Schützen am Gebirge-Margarethen-Staatsgrenze bei Odenburg, 11 Kilometer; c) Weppersdorf-Horitschon,

10-9 Kilometer, d) Landesgrenze bei Sinnersdorf-Pinkafeld-Oberwart, 14,6 Kilometer.

Das sind Wünsche des Burgenlandes, Herr Minister, damit das, was Bundesstraße ist, wenigstens annähernd dem angeglichen wird, was damals Staatsstraße war, als das Burgenland übernommen wurde.

Zum Schlusse möchte ich noch folgenden Antrag stellen (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Handel und Verkehr wird aufgefordert, der beschleunigten Instandsetzung der burgenländischen Straßen sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.“

Darum bitten die Burgenländer den Herrn Minister und die Regierung. (*Beifall und Händeklatschen.*) Der gehörig unterstützte Antrag Sailer wird zur Verhandlung gestellt.

Luttenberger: Hohes Haus! Es wurde heute von dieser maßgebenden Stelle aus sehr viel über die Not der Landwirtschaft und über die erforderlichen Abhilfemaßnahmen gesprochen. Ein sehr wichtiges Mittel, die Not in der Landwirtschaft zu beheben, wäre, daß man endlich an eine Verbesserung unserer Verkehrsverhältnisse schreite. Ich habe besonders das Straßenwesen in Steiermark im Auge. Wir haben in Steiermark ein ausgedehntes Straßennetz, aber der Großteil dieser Straßen wird nicht vom Bunde erhalten, sondern Hunderte von Kilometern müssen von den Bezirken erhalten werden, die dadurch gezwungen sind, eine sehr hohe Umlage von der Grundsteuer einzufeben. So ist nun der bäuerliche Besitzer eigentlich der Erhalter der Straßen, während die gesamte Bevölkerung sie benutzt. Betrachten wir die Sache einmal praktisch. Der letzte Bergsbauer im Graben, der vielleicht im ganzen Jahre kaum zwei-, dreimal mit seinem Gefährt die Bezirksstraße benutzt, muß zu ihrer Erhaltung beitragen und Gemeinden und Bezirke müssen die Umlage bezahlen. Wir haben in Steiermark zirka 40 Bezirke, die durchschnittlich mehr als 100 Prozent Bezirksumlagen einheben. Das ist nun auf die Dauer unerträglich und unerschwinglich. Deshalb wird es Aufgabe der hohen Regierung sein, endlich einmal Wandel zu schaffen, indem der Bund die bestehenden Konkurrenzstraßen — wir haben deren in Steiermark nicht allzu viele — endlich einmal übernimmt. Ich möchte die hohe Regierung, speziell den Herrn Handelsminister Dr. Hainisch, vielmals bitten, zu veranlassen, daß endlich einmal die Konkurrenzstraßen Gleisdorf-Feldbach-Radkersburg, Radkersburg-Spielfeld, Gußwerk-Groß Reifling vom Bunde übernommen werden. Tatsache ist, daß alle Vorbedingungen für die Übernahme dieser Straßen gegeben sind, sie sind in einem derartig guten Zustand, daß sie eigentlich schon längst hätten übernommen werden sollen. Merkwürdigerweise wurde diese Übernahme immer und immer wieder hinausgeschoben, obwohl sie uns schon seit Jahr und Tag zugesagt worden ist.

Um nun endlich einmal zu guten Verkehrsverhältnissen, zu verbesserten Straßen zu kommen, wird es notwendig sein, daß die hohe Bundesregierung daran geht, die Benzinsteuer einzuführen. Es geht nicht an, daß die Straßen heute zum großen Teil von Leuten, von Autounternehmungen benutzt werden, deren Fahrzeuge die Straßen riesig in Anspruch nehmen, daß aber zu ihrer Erhaltung von dieser Seite nichts beigetragen wird. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß auch diese Leute zur Erhaltung herangezogen werden. Das ist aber nur durch die Einführung einer Benzinsteuer möglich. Ich bitte die hohe Regierung, ehe baldigst einen diesbezüglichen Gesekzentwurf dem hohen Hause vorzulegen.

Ich erlaube mir noch die Entschließung der Abg. Lutzenberger, Pirchegger, Klug, Hollersbacher u. Gen. zur Verlesung zu bringen (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Übernahme der Konkurrenzstraßen Gleisdorf—Feldbach—Radkersburg, Radkersburg—Spielfeld, Gußwerk—Groß Reifling endlich durchzuführen, da längst alle Bedingungen hiefür gegeben erscheinen.“
(*Beifall.*)

Der gehörig gezeichnete Antrag Lutzenberger wird zur Verhandlung gestellt.

Hohenberg: Hohes Haus! Die Krise, die auf unserer Wirtschaft lastet, ist auch an den Lederverarbeitenden Gewerben und Industrien sowie an der Lederfabrikation selbst nicht spurlos vorübergegangen. Ich glaube, von allen Industrien dürfte gerade die Lederindustrie diejenige sein, die am meisten von der Krise betroffen wurde. Zu dieser Gruppe gehört zunächst die Lederfabrikation selbst, die Taschnertwarenfabrikation, die Ledergalanterie, die Treibriemenindustrie und die Schuhindustrie. Alle diese Gruppen sind auf den Export eingestellt, ohne Export können sie eigentlich überhaupt nicht existieren. Würde man ihnen den Export abschneiden oder überhaupt unmöglich machen, so würden sie zur Bedeutungslosigkeit herabsinken.

Ich werde mich bemühen, eine kurze Darstellung der Verhältnisse, wie sie gegenwärtig bei dieser Branche sind, zu geben, um so das Augenmerk der Regierung auf diese Industrien zu lenken und sie vielleicht doch zu veranlassen, in irgendeiner Weise für diese Industrien etwas zu tun. Es wäre höchste Zeit. So verschieden diese Gruppen sind, in einem sind sie alle gleich: sie erklären alle, daß sie nicht imstande sind, zu exportieren, oder nur in einem sehr geringen Maße exportieren können, weil die Zölle allzu hoch sind. Die hohen Zölle erschweren den Export, machen ihn unter Umständen fast unmöglich. Ich werde mit einigen Ziffern die Berechtigung dieser Klagen auch nachweisen.

Ich will zuerst über die Lederfabrikation sprechen. Die Lederindustrie ist schon seit dem Umsturz in einer ständigen Krise und bereits auf weniger als die Hälfte

ihrer Produktion zurückgegangen. Die Anzahl der Betriebe betrug im Jahre 1921 noch 55 und ist derzeit auf 24 gesunken. Von den vielen Kleinbetrieben, die gesperrt worden sind, will ich gar nicht reden. In Wien allein stehen derzeit 12 große Betriebe, die sehr gut eingerichtet sind, aber nicht arbeiten können, weil ihnen der Export unmöglich gemacht wurde. Die Anzahl der Beschäftigten betrug in dieser Branche im Jahre 1921 noch zifft 6200; sie ist derzeit weit unter 4000 herabgesunken, also mehr als ein Drittel der Arbeiterschaft ist nicht mehr beschäftigt. Es gibt aber noch eine ganze Reihe von Betrieben mit Kurzarbeit, so daß man sagen kann, daß im Durchschnitt vielleicht nur ein Viertel der Kapazität ausgenutzt ist, obwohl diese Branche früher auf dem Markte maßgebend war und ganze Länder beliefert hatte.

Die Sohlenlederzeugung war schon im Jahre 1927 stark reduziert, sie ist im Jahre 1928 um ein weiteres Fünftel zurückgegangen und in der ersten Hälfte 1929 ist noch ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Die Ursachen sind auch schon von früher her bekannt, es handelt sich um den Verlust der früheren Absatzgebiete, hauptsächlich von Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. Es wird dorthin ja noch geliefert, aber nur sehr wenig, denn diese vier genannten Staaten haben sich eine eigene Lederindustrie geschaffen, die sie dadurch hochzupäppeln versuchen, daß sie ganz gewaltige Zollmauern aufgerichtet haben und unseren Fabrikanten nicht die Möglichkeit geben, die Konkurrenz mit ihrer eigenen Industrie aufzunehmen. Unter solchen Umständen ist es nur sehr schwer, mit diesen Ländern ein Geschäft zu machen, man muß sich schon sehr anstrengen, wenn man da irgend etwas zuwege bringen will. Der Inlandbedarf hat infolge der durch die Krise geschwächten Kaufkraft eine geringere Bedeutung bekommen und ist durch den Import sehr eingengt. Die Einfuhr von Sohlenleder ist im Jahre 1928 gegenüber 1927 um 144 Prozent gestiegen. Die gesamte Einfuhr hat eine 20prozentige Steigerung erfahren. Viele solcher Steigerungen verträgt diese Industrie nicht mehr, was die Daten über die leerstehenden Fabriken und die entlassenen Arbeiter beweisen.

Dazu kommt die Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Rohhäute und Felle, die durch die Genfer Konvention bedingt war. Sie hat die Lage dieser Branche nicht verbessert, sondern natürlich noch verschlechtert, denn diese Maßnahme hat das Abströmen der Häute und Felle in das Ausland ganz besonders begünstigt. Unsere Unternehmer haben also seit der Aufhebung des Ausfuhrverbotes wegen Beschaffung von Rohmaterial neue Sorgen, denn sie haben bis zum Oktober dieses Jahres genügend Rohmaterial besessen. Besonders die Kalbshäute, die ein besonders gesuchtes Rohmaterial sind, können für unsere Lederfabrikation der hohen Preise wegen nur sehr schwer aufgetrieben werden; sie gehen zumeist nach Deutschland hinüber und kommen von drüben bearbeitet als Borkalf

wieder über die Grenze zurück. Unsere Unternehmer sind nicht in der Lage, mit den viel besser eingerichteten und auch zahlungskräftigeren Fabrikanten in Deutschland in Konkurrenz zu treten. Diese können das Vorkauf herüberliefern und unsere Industrie dadurch lahmlegen, weil ja fast gar kein Zoll auf dieser Ware liegt; denn 2 Prozent oder 2½ Prozent vom Werte ist natürlich kein Zoll, der den Unternehmer schützen kann. Die Unternehmer, die trotz dieser Konkurrenz doch auf der Oberfläche bleiben wollen, wollen sich nun sonderbarer Weise dadurch schadlos halten, daß sie den Arbeitern die Löhne einfach kürzen, ohne irgendwelche Verhandlungen mit ihnen zu führen. Sie nutzen die für die Arbeiterschaft sehr ungünstige Gelegenheit dazu aus, ihnen einfach die Arbeitslöhne zu diktieren. Diesen Zustand können und werden die Arbeiter sich nicht gefallen lassen. Wir haben gewiß Einsicht und sind bereit, an einem Tisch mit den Unternehmern zu beraten, wie man am besten aus dieser Misere herauskommen kann; wir haben diese Einsicht auch schon wiederholt bekundet. Daß man aber, ohne jemanden zu fragen, selbst Vereinbarungen trifft und die Leute einfach mit einem Pappenspiel abfertigt, werden wir nicht zugeben, sondern wir werden uns ganz energisch zur Wehre setzen. Hier sei übrigens auch gesagt, daß eine Industrie, die ihren Konkurrenzkampf mit dem Ausland ausschließlich auf dem Rücken des Arbeiters auskämpft, für uns natürlich wenig Interesse hat. Dazu kommt, daß die Arbeit der Gerber in der Lederindustrie eine äußerst schwere und sehr schmutzige ist. Wenn die Herren trotzdem in dieser Hinsicht kein Einsehen haben, werden wir sie ihnen eben irgendwie beibringen müssen. Zu bemerken wäre noch — das gilt ganz allgemein —, daß man zwar immer einen Inlandmarkt will — das wollen alle, auch unsere Unternehmer —, aber den Arbeitern und Angestellten, die feste Gehalte beziehen, immer nur so niedrige Löhne zahlen will, daß der Inlandmarkt niemals belebt werden kann. So gehen die Dinge natürlich nicht.

Ich will nun einiges über die Zollbelastungen in den von mir vorhin angeführten Staaten anführen, um zu beweisen, daß unsere Unternehmer, die hier aufschreien, vielleicht doch ein gewisses Recht dazu haben. Die Zollbelastung beträgt zum Beispiel pro 100 Kilogramm für Sohlenleder in Hälften 74 S 80 g in Ungarn, 82 S 29 g in der Tschechoslowakei, 123 S 75 g in Jugoslawien, 169 S 60 g in Rumänien, 171 S 11 g in Polen und 64 S 80 g in Österreich. Man vergleiche nur einmal diese Ziffern, die ja Wände sprechen. Schwarzes Vorkauf wird pro 100 Kilogramm in der Tschechoslowakei mit 284 S 85 g belastet, in Jugoslawien mit 343 S 75 g, in Ungarn mit 546 S 59 g, in Polen mit 735 S 76 g und in Rumänien mit 1166 S, in Österreich mit 86 S 40 g. So schauen die Verhältnisse aus. Und da ist es begreiflich, daß die Konkurrenz sehr erschwert ist.

Im Zusammenhang mit der Lederindustrie möchte ich zugleich etwas über die Treibriemenindustrie sagen. Diese Industrie hat gleichfalls große Einbuße auf dem Markt erlitten, hat Absatzgebiete verloren, außerdem hat sie noch ähnlich hohe Zölle in diesen Staaten zu leisten. Sie leidet auch hauptsächlich darunter, daß eben unsere Wirtschaft daniederliegt, daß verschiedene Fabriken stillstehen und deshalb auch nicht viel Treibriemen gebraucht werden. An dem Tag, wo unsere Betriebe beschäftigt werden, wird es natürlich auch dieser Industrie besser gehen. Bis dahin haben die Unternehmer einen sehr schweren Kampf, und sie bemühen sich ja auch durch Erschließung neuer Absatzgebiete für den Export irgendwie Geschäfte zu machen, was ihnen zum Teil bereits gelungen ist. Sie führen Klage darüber, daß sie vom Bunde sowie von einzelnen Gemeinden wenig Berücksichtigung erfahren. Weiters wird besonders ernste Beschwerde gegen das Bundesforstamt geführt. Hier seien angeblich Lieferungen an das Ausland vergeben worden, trotzdem günstige Offerte unserer Unternehmer vorgelegen sind.

Weiters kommt hier noch die Branche der Taschner und Ledergalanteriearbeiter in Betracht, die ich mit einigen Worten besprechen möchte. Die Taschner und Ledergalanteriefabrikation haben von jeher den Markt beherrscht, sie waren tonangebend durch die Güte ihrer Waren, durch den Geschmack und die solide Ausführung. Diese beiden Branchen haben jetzt auch einen schweren Kampf zu führen. Sie haben zwar draußen in der Welt einen guten Ruf nicht nur erobert, sondern sich ihn glücklicherweise auch heute noch erhalten. Sie sind aber, trotzdem sie gute Fabrikate haben und trotzdem sie einen guten Ruf genießen, wegen dieser hohen Zölle nicht in der Lage, irgendwie eine besondere Konkurrenz zu entfalten. Der Inlandbedarf kommt gleichfalls nicht sehr in Betracht, weil eigentlich die hübschen Taschnerwaren im Inlande ja nicht gekauft werden können. Es fehlt das kaufkräftige Publikum. Deshalb sind sie im großen und ganzen, wie ich schon angeführt habe, auf den Export angewiesen, und sie bemühen sich auch, den Export auf einer bestimmten Höhe zu halten. Sie sind jetzt schon durch längere Zeit mit einem bedeutenden Erfolg in Überseeländer gegangen und haben dort schon bedeutende Geschäfte gemacht. Nun führen sie Klage darüber, daß sie an den verschiedenen Stellen — sie meinen darunter die verschiedenen staatlichen amtlichen Stellen bei denen sie vorsprechen und von denen sie irgendeine Unterstützung haben wollen, Auskünfte usw. — sehr wenig Entgegenkommen finden, was man sehr bedauern muß, um so mehr, wenn man bedenkt, daß diese Unternehmungen für den Staat eine Aktivpost sind. Ich würde schon bitten, daß man in Zukunft, wenn diese Herren wieder bei den diversen Ämtern vorsprechen, ihnen entsprechend an die Hand geht. Das ist wohl das wenigste, was man verlangen kann. Ich hoffe auf das bestmögliche, daß wir nicht mehr Gelegenheit

haben werden, derartige Beschwerden über das geringe Entgegenkommen, das diesen Unternehmern entgegengebracht wird, hier vorzubringen.

Ich gehe nun zur Schuhfabrikation, zur Schuhindustrie über. Diese Industrie ist in einer ganz besonders kritischen Lage. Noch vor wenigen Jahren war ein bedeutender Überschuss der Ausfuhr über die Einfuhr zu verzeichnen. Das Blatt hat sich nun hier vollständig gewendet. Der Export geht immer mehr und mehr zurück, und der Import steigt naturgemäß immer mehr. So betrug die Einfuhr im Jahre 1927 2134 Meterzentner, im Jahre 1928 ist sie schon auf 2999 Meterzentner angestiegen und im ersten Halbjahr 1929 ist eine weitere 25prozentige Steigerung zu verzeichnen. Wie viele derartige Steigerungen noch möglich sein werden, das kann sich, glaube ich, jeder selbst ausrechnen. Es kann nicht mehr lange dauern und dann wird die Erzeugung unter solchen Umständen überhaupt aufgehört haben. Die Zahl der Fabriken betrug im Jahre 1922 108, sie ist derzeit schon auf unter 30 herabgesunken. Außerdem hat es damals noch 6000 Kleinmeister gegeben, die gleichfalls oft mehrere Gehilfen das ganze Jahr beschäftigten. Auch diese sind zum großen Teil weggefallen. Die Kleinmeister beschäftigen heute nur mehr selten Hilfskräfte, nur dann, wenn gerade vor den Feiertagen etwas mehr Arbeit ist. Sie sind also ziemlich in das Proletariat herabgesunken. Die Zahl der Beschäftigten betrug damals in Wien und Umgebung 17.800. Durch die Stilllegung der Betriebe, durch Aussteuerung und Entzug der Arbeitslosenunterstützung, die hier sehr scharf gehandhabt wird, ist die Arbeiterschaft auf weniger als die Hälfte, fast auf ein Drittel zurückgegangen, so daß derzeit nur 6500 Arbeiter in Wien und Umgebung, wo sich der Hauptsitz befindet, vorhanden sind. Dazu kommt noch das Aussetzen und die Kurzarbeit. Weiters kommt dazu, daß das ganze Jahr über 3000 Arbeitslose vom Arbeitslosenamt ausgewiesen werden. Wenn Sie das nun alles zusammenrechnen, wenn Sie sich die ganze Sache genau anschauen, so können Sie sich erst einen Begriff von dem furchtbaren Elend machen, daß derzeit in der Schuhindustrie sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Kleinmeistern tatsächlich vorhanden ist. Das Arbeitslosenamt weist allerdings im Monat Oktober einen Rückgang der Arbeitslosen von 3000 auf 2035 auf. Daraus haben viele geschlossen, daß nun eine günstige Konjunktur bei den Schuhmachern zu verzeichnen ist. Ich bedaure, mich dieser Ansicht nicht anschließen zu können, sondern sie im Gegenteil zerstören zu müssen. Ich muß nämlich bemerken, daß, wenn ich auch zugebe, daß die Ziffer, die für den Oktober genannt wurde, richtig ist, dies nur auf einen einzigen Glücksfall zurückzuführen ist. Wir haben nämlich auf dem Platz eine Firma, die sehr rührig und sehr tüchtig ist, der es gelungen ist, in Übersee eine große Bestellung auf Schuhe zu erlangen. Diese Schuhe werden nun, obwohl sie erst im Frühjahr

gebraucht werden und erst im Frühjahr gemacht werden sollten, jetzt schon gemacht. Wäre diese große Bestellung nicht eingelaufen, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch mehr gestiegen. Die Unternehmer und Arbeiter erklären, sie wissen wirklich nicht, was im Frühjahr sein wird, wenn diese Arbeit zu Ende geht. Von einer Verbesserung der Lage im Schuhmachergewerbe kann somit nicht gesprochen werden.

Auch die Schuhindustriellen führen Klage über die hohen Zölle. Ich will hier zwei Tabellen zur Verlesung bringen, aus denen die Höhe der Zölle in den einzelnen Staaten ersichtlich ist. Für Herrenschuhe, schwarz, Borstlatsch, beträgt der Zoll pro 100 Kilogramm in der Tschechoslowakei 316 S 50 g, in Polen 680 S 50 g, in Ungarn 767 S 15 g, in Jugoslawien 1100 S, in Rumänien 1144 S 40 g, in Österreich dagegen nur 230 S 40 g. Die zweite Tabelle bringt den Unterschied noch krasser zum Ausdruck. Für Lackdamenschuhe, also Halbschuhe beträgt der Zoll pro 100 Kilogramm in der Tschechoslowakei 633, in Ungarn 1438 S 40 g, in Polen 1646 S 45 g, in Jugoslawien 1650 S und in Rumänien 3180 S. In Österreich dagegen zahlt man 360 S. Ich glaube, mit diesen Ziffern bewiesen zu haben, was ich eingangs behauptete.

Ich möchte noch einige Worte über die tschechoslowakische Konkurrenz sprechen. Auch hier stehen die Arbeiter und Unternehmer auf einer Linie. Sie erklären, daß die Konkurrenz Deutschlands auch ziemlich groß, aber doch verhältnismäßig erträglich sei. Ganz unerträglich sei aber die Konkurrenz der Tschechoslowakei und ganz besonders ist es eine Firma, die hier im Hause bereits wiederholt genannt wurde, die Firma Bata in Zlín. Die Schmutzkonkurrenz der Firma Bata wird auf der ganzen Welt als unerträglich bezeichnet. Die Arbeiter erklären mir, daß weit über 1200 Schuhmacher das ganze Jahr hindurch Beschäftigung hätten, wenn diese Konkurrenz ausscheiden würde. Nach der Rechnung der Unternehmer hätten sogar 2000 Schuhmacher das ganze Jahr Arbeit. Es kommt hier nämlich nicht nur der offizielle, sondern auch der stille Export durch den Grenzverkehr in Betracht der ebenfalls viele hunderttausend Paar Schuhe ins Land bringt. Wenn ich also auch die kleinere Zahl von 1200 Arbeitern nehme, die mir die Arbeiter angegeben haben, so kommt noch dazu, daß einige hundert Leute mit dem Herrichten des Rohmaterials für diese 1200 Arbeiter beschäftigt werden könnten. Wenn man das zusammenzählt, so wären es rund 2000 Arbeiter, die Beschäftigung finden könnten und das Elend wäre, wenn schon nicht behoben, bedeutend gelindert.

Über die Firma selbst möchte ich folgendes sagen: Es herrschen dort Zustände, wie sie glücklicherweise fast auf der ganzen Welt nicht mehr zu finden sind. Es besteht unbegrenzte Arbeitszeit bei unglaublich niedriger Entlohnung. Die Firma hat sich weiters ein besonderes Ausbeutungssystem zurechtgelegt: amerikanische Arbeitsmethode bei tschechischen Löhnen. Dazu

kommt die Unmöglichkeit einer Organisation; infolge dessen sind die Arbeiter völlig schutzlos. Sie leben dort geradezu in Sklaverei, und der Bata ist einfach der Diktator. Einige Herren in diesem Hause — nicht die, die die Verhältnisse halbwegs kennen, sondern jene, die sie nicht kennen — werden mir entgegenhalten: Ja, das ist das Urteil eines Arbeiters. Darauf sage ich: In diesem Urteil sind alle Unternehmer und Arbeiter auf einer Linie, sowohl im In- wie im Auslande. Ich habe hier einen Bericht aus Erfurt. In der Hauptversammlung der Erfurter mechanischen Schuhfabrik, die für das laufende Jahr keinen Gewinn verteilt hat, wurde mitgeteilt, daß die Lage der deutschen Schuhindustrie sehr ungünstig sei. Die tschechoslowakische Schuhfabrik Bata hat durch die Errichtung von eigenen Filialen nicht mehr den Widerstand der deutschen Schuhwaren gegen die tschechoslowakische Schuhereinfuhr zu befürchten.

Sie sehen also, daß selbst Unternehmungen, die gut eingeführt und kapitalstärkig sind, unter dieser Konkurrenz derart leiden, daß sie nicht in der Lage waren, für 1928 einen Reingewinn auszuschießen.

Weiters habe ich hier ein Protokoll über die Verhandlungen des V. Kongresses der internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter, der im August dieses Jahres stattgefunden hat. Der Kongress hat eine lange Resolution beschlossen, die sich ausschließlich mit den Verhältnissen bei Bata befaßt. Ich will nur einige Zeilen zur Kenntnis des hohen Hauses bringen (*liest*):

„Insbesondere die von der Firma I. & A. Bata in Lin, Tschechoslowakische Republik, angewandten Arbeitsmethoden zwecks Verringerung der in- und ausländischen Konkurrenz bedeuten eine Quelle handelspolitischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten, daneben aber eine beispiellose Bedrohung der Errungenschaften der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt.“

Noch ein Urteil möchte ich, ehe ich schliesse, zur Kenntnis bringen. Bata hat in Deutschland einen Redakteur geklagt, ist aber in der Hauptsache sachfällig geworden. (*liest*): „Dagegen hat das Gericht anerkannt, daß der Beweis dafür erbracht sei, daß Bata nur ein Arbeitsverhältnis kenne, das ein Diktat sei, und daß auf seine Firma alle Merkmale zutreffen, nach denen vom Auslande her der schwere Vorwurf des sozialen Dumping voll gerechtfertigt sei.“

Die Klage Batas wegen des Vorwurfs, daß er soziales Dumping treibe, wurde abgewiesen.

Diese Bata-Konkurrenz hat nun zu einer Reihe von Abwehrmaßnahmen in den verschiedenen Ländern geführt. In England ist das Gesetz über die Abstempelung der Waren nach ihrem Erzeugungslande seit 1. Jänner 1929 auch auf die Schuhwaren ausgedehnt worden. Das ist eine Folge des Vorgehens von Bata. Was ich hier gesagt habe, hat bewiesen, daß in allen Staaten und Ländern Arbeiter und Unternehmer darin

einig sind, daß eine größere Schutzkonkurrenz als die von Bata nicht existiert.

Ich bin am Schlusse und möchte noch folgendes bemerken. Die Arbeiter und Unternehmer erklärten mir, falls nicht bald eine Exportmöglichkeit geschaffen wird, werde das einst so blühende Gewerbe der Schuhmacher in absehbarer Zeit vom Wiener Boden und auch aus Österreich völlig verschwinden. Es werden davon immerhin zehntausende Leute betroffen. Es wäre nun Sache der Regierung, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie eingegriffen werden soll, damit die Branche nicht jenes Schicksal ereilt, das heute voraussehen ist. Es ist wirklich schon die zwölfte Stunde. Sollte die Regierung das verabsäumen und die Branche wirklich zugrunde gehen lassen, so hat sie ganz allein die Verantwortung für die Folgen zu tragen. (*Lebhafter Beifall. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Gürtler den Vorsitz übernommen.*)

Paulitich: Hohes Haus! Bei der Beratung des Kapitels „Handel und Verkehr“ will ich einige Forderungen Kräntens an die Bundesregierung begründen. Die Wünsche bezüglich des Winterfahrplans sind der Hoheitsverwaltung bekannt. Ich rufe sie ihr in Erinnerung und stelle das dringende Ersuchen, ihnen zu entsprechen. Es wäre unrichtig, wollte man bei dieser Gelegenheit behaupten, daß die Reinlichkeit der geführten Wagen nicht einer Steigerung fähig wäre. Ich verweise ganz besonders auf das Abstimmungsgebiet, welches einen äußerst schlechten Verkehr mit Wien und Graz hat. Ich glaube, die Bewohner dieses Gebietes verdienen es wahrlich, berücksichtigt zu werden. (*Zustimmung.*) Auch die Verkehrsverbindungen von der Landeshauptstadt in das Lavanttal sind — ich will nicht sagen — elend, aber nicht viel besser. Man kann ebenso schnell von Klagenfurt nach Wien wie von Klagenfurt nach Wolfsberg im Lavanttal kommen. Ich verweise ferner darauf, daß dieses wirtschaftlich fruchtbare Gebiet, da es an Jugoslawien angrenzt, seine Produkte nicht verwerten kann und infolgedessen bestrebt sein muß, sie möglichst bei der Bevölkerung abzusetzen, weshalb die Hebung des Fremdenverkehrs unbedingt notwendig ist. Das, was in vielen Tälern Tirols geschehen ist, wird auch im Lavanttal geschehen müssen. Der Verkehr über Jugoslawien hat immer seine Schwierigkeiten, wenn ich auch gar nicht verkenne, daß die Verkehrsverhältnisse — auch der Frachtverkehr — bessere geworden sind. Der Verkehr über das obere Lavanttal nach Klagenfurt hat zwei große Steigerungen über den Neumarkter Sattel und über den Obdacher Sattel zu überwinden. Das hat zur Folge, daß die Konkurrenzfähigkeit, insbesondere für den Holzexport, beinahe ausgeschlossen wird. Auch meine Anfrage, welche ich wegen der Franzbacher Zellulosefabrik an die Bundesregierung gerichtet habe, ist in diesem Zusammenhange zu verstehen. Mir liegt es vollständig fern, irgendein Fabrikunternehmen zu schädigen, weil ich weiß, welche wirtschaftliche Verbindungen zwischen der Unternehmung

und der Bevölkerung bestehen und daß von der Fabrik Holz zu guten und weniger guten Preisen gekauft wird. Aber ich darf nicht verhehlen, daß die durch die Fabrik verursachte Rauchentwicklung geeignet ist, den Fremdenverkehr im Tale stark zu beeinträchtigen. Ich halte mich für verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, und glaube, daß auch das Handelsministerium sich der Verpflichtung nicht wird entziehen dürfen, einen für beide Teile erträglichen Ausweg zu finden. Im Zusammenhange damit steht auch der Ausbau der Packstraße, dessen Inangriffnahme ich mit allem Nachdruck verlange. Ich mache ferner auf die Notwendigkeit einer Unterstützung des Straßenbaus Rössbach-Mauthen — ein reger Fremdenverkehr geht in das Plöckengebiet — und auf die Unterstützung der Defachtalstraße aufmerksam. Sie ist keine Sackstraße, sie führt von Willach oder von Klagenfurt nach Sillian, Innsbruck usw. Wenn nun seitens des Handelsministeriums eingewendet wird, es würde dadurch ein Fall geschaffen, auf den andere sich berufen könnten, denen diese Unterstützung nicht geleistet wird, so muß ich dem Ministerium mit allem Nachdruck sagen, daß es in ganz Österreich keine Märkte wie Rössbach und Mauthen gibt, welche durch den Krieg teilweise zerstört wurden. Es gibt in dem heutigen kleinen Österreich keine andere Stadt, die das erlitten hätte. Ebenso ist es auch mit der Defachtalstraße und den dortigen Gebirgsbauern, die zu Beiträgen herangezogen werden. Vergessen Sie nicht, daß die Bauern dieses armen Tales gezwungen waren, für einige Zeit im Mai mit Hab und Gut fortzuziehen, weil das Gebiet Kriegsgebiet war, und dadurch eine furchtbare wirtschaftliche Schädigung erlitten. Infolgedessen sind die Forderungen dieses Gebietes vollkommen berechtigt.

Deswegen, Hohes Handelsministerium, ersuche ich vielfach, diese Forderungen zu berücksichtigen und zu würdigen. Vergessen Sie nicht, daß das Land Kärnten im nächsten Jahre die 10jährige Gedenkfeier seiner Volksabstimmung begeht und daß daher wiederum lauter und vernehmlicher als je die Forderung nach Erfüllung dieser Wünsche erhoben werden wird. *(Beifall.)*

Bölzer: Hohes Haus! Diese Woche spielt sich in meinem Bezirke eine furchtbare Tragödie ab. Man kann heute in den Abendblättern lesen, daß die Maschinenfabrik der Steg mit der Floridsdorfer vereinigt wird. Wenn es nur das wäre, gäbe es darüber nichts zu reden. Aber die Sache ist anders. Diese stolze Fabrik, die noch im vorigen Jahre 1200 Arbeiter beschäftigte, hat gegenwärtig noch 500. Im Laufe von zwei Monaten sind 300 abgebaut worden. In dieser Woche sollen 400 daranglauben, Menschen die 25, 35 und 40 Jahre im Betrieb stehen, Menschen im Alter von 45 bis 60 Jahren, in einem Alter, in dem an das Finden eines neuen Arbeitsplatzes überhaupt nicht zu denken ist, Menschen, die jetzt alle auf die Altersrente von 50 S angewiesen sind. Wie man hört, wird die Floridsdorfer Lokomotivfabrik nur höchstens 70 bis

100 Arbeiter übernehmen, 400 werden entlassen. Wenn man so wie ich 40 Jahre in dem Bezirke lebt und die Leute vor 30 und 35 Jahren gesehen hat, wie sie in den Betrieb gekommen sind, und weiß, daß sie jetzt gehen müssen, nichts haben, auf die Altersrente angewiesen sind, so erbarmen einem diese Menschen. Der Mann, der das verschuldet hat, wenigstens zum größten Teil verschuldet hat, der Herr Präsident Sieghart, hat die Sorgen nicht, die diese Arbeiter haben. Wenn es eine Gerechtigkeit gäbe, so müßte wohl das Bankrottengesetz bei diesem Herrn Anwendung finden, und er müsse wenigstens etwas von seinen Milliarden hergeben.

Meine Herren, ich höre — ich weiß nicht, ob es wahr ist — daß, während unsere Lokomotivfabriken gesperrt werden, der Bund jetzt Lokomotiven, die er seinerzeit leihweise von Deutschland übernommen hat, behält. Das ist für unsere Industrie ein furchtbarer Schaden. Auf der einen Seite beziehen wir Lokomotiven aus Deutschland, auf der anderen Seite entlassen wir 400 Arbeiter. Herr Minister, ich bitte um Aufklärung darüber! Die Leute sind sehr aufgeregt und haben mich heute eigens gebeten, zu fragen, ob das wahr ist. Ich erwarte Aufklärung darüber, ob sich die Sache mit den deutschen Lokomotiven so verhält, wie mir gesagt wurde.

Herr Minister, ich bitte, auch auf folgendes einzuwirken. Bei der Steg gibt es Leute, die 40 und mehr als 50 Jahre dort beschäftigt waren und von der Steg eine kleine Gnadengabe bekommen. Es dürften so zirka 40 bis 50 sein, die länger als 50 Jahre dort arbeiteten, und ich fürchte, daß sie vielleicht die paar Schilling jetzt verlieren. Das wäre eine schreckliche Tragik für Leute, die 50 Jahre in einem Betrieb gearbeitet haben. Vielleicht könnte man auf die Kreditanstalt einwirken, daß diese Gnadengaben weiter gegeben werden. Wenn schon die 400 entlassenen Arbeiter nichts bekommen, die dort so lange beschäftigt waren, so könnte der Herr Minister doch auf die Kreditanstalt einwirken und sie darauf aufmerksam machen, daß die Boden-Credit-Anstalt diese Gnadengabe gegeben hat, die diesen Arbeitern jetzt doch nicht entzogen werden sollte.

Ich möchte noch einige Worte über die Postverhältnisse sagen. Schon im Ausschusse ist darüber gesprochen worden, daß die meisten Lokaltäten, wo Postämter untergebracht sind, unzureichend sind. Ich selber und auch meine Kollegen haben im Ausschusse darauf verwiesen, daß zum Beispiel die Lokaltäten der Post am Südbahnhof Katakomben gleichen. Ich habe Sie, Herr Minister, darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag die Steg gesperrt wird. Nun schließt das Postamt der Südbahn an den Betrieb der Steg an. Die Steg hat ja ungeheuer investiert in den letzten Jahren, sie hat in den letzten zwei Jahren 7 Millionen Schilling investiert, es ist ein neuer Teil gebaut worden, aber der Teil, der an die Steg anschließt, ist im alten Zustande geblieben und wäre sicherlich noch frei. Die

Post hat auf der Südbahn eine Holzbaracke. Ich mache darauf aufmerksam, daß man das Postamt vergrößern könnte, was für den Bezirk ungeheuer wichtig wäre. Wenn Ausländer in diesen Katafomben, wo den ganzen Tag Licht brennen muß, ein Telegramm aufgeben, so ist es für Österreich direkt beschämend. Jetzt wäre die Gelegenheit da, den anschließenden Teil zu bekommen; wenn die Gelegenheit verpaßt wird, ist er nicht mehr zu haben, denn es bewerben sich, wie ich höre, schon einige Betriebe, um diese der Steg gehörigen Plätze. Es sollen dort auch die Expressgüter für das Heer durchgeführt werden. Man sollte also trachten, für die Erweiterung der Post einen Teil der Steg zu bekommen.

Des weiteren bitte ich um die Abstellung aller Klagen nicht nur in Favoriten, sondern in allen Bezirken. Wenn die Briefbesteller krank werden, so werden statt ihrer die Brieffammler herangezogen, aber diese nicht ersetzt. Dadurch kommt es, daß die Brieffasten nicht alle zwei Stunden, sondern mit großer Verspätung ausgehoben werden. Die Geschäftswelt leidet furchtbar darunter, daß sie die Briefe zu spät zugestellt erhält. Ich verstehe ganz gut, daß man als Besteller nicht Leute von der Gasse nehmen kann, aber als Sammler könnte man Arbeitslose verwenden, denn es ist keine Kunst, die Tasche auf den Buckel zu nehmen und einzusammeln; das ist keine qualifizierte Arbeit. Bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit würde es auch für den Arbeitsmarkt günstig sein, wenn man die Sammler ersetzen würde. Hunderte Briefe erhalte ich von Geschäftsleuten mit Klagen wegen verspäteter Briefzustellung. Es ist der dringende Wunsch der Geschäftsleute, die zweifellos ein Interesse daran haben, ihre Briefe rechtzeitig zu erhalten. Ich bitte den Herrn Minister um diesbezügliche Abhilfe, damit die kranken Postangestellten durch neu aufgenommene Kräfte ersetzt werden. *(Beifall.)*

Altmann: Hohes Haus! In den Sitzungen des Finanz- und Budgetausschusses und auch hier im Hause, aber auch bei allen sonstigen Gelegenheiten, spielt die Landwirtschaft jetzt eine ganz hervorragende Rolle. Es ist recht so. Wir alle wissen, daß die Not der Landwirtschaft ganz ungeheuerlich ist, und wir alle haben natürlich ein Interesse daran, keinen Teil der Volkswirtschaft verkommen oder verdorren zu lassen. Gestatten Sie aber, meine sehr Verehrten, daß ich ganz bescheiden darauf aufmerksam mache, daß auch die übrigen Teile der Volkswirtschaft: Handel, Gewerbe und Industrie, nicht minder notleidend sind und daß man auch für diese Teile der Volkswirtschaft vorsorgen und alle Kräfte aufbieten muß, um die Stilllegung von Werken und die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln hintanzuhalten. Es wurde seinerzeit vom Herrn Bundeskanzler Dr. Seipel angekündigt, daß wir infolge unserer wirtschaftlichen Notlage, die ja hauptsächlich deshalb entstanden ist, weil die Nachbarstaaten sich durch unübersteigliche Zollmauern abge-

schlossen haben, während unser Zollniveau immer gleich niedrig geblieben ist, im Wege einer Generalrevision unseres Zolltarifs uns womöglich helfen und unsere allzu niedrigen Zollsätze im Wege dieser Revision den Auslandstaaten angleichen werden. Es ist schon mehr als ein Jahr her, daß wir diese Botschaft hörten, es ist aber seither nichts mehr geschehen. Außer einigen dringenden Zollerhöhungen für die Landwirtschaft, die in die Form einer Notstandsaktion gekleidet waren, ist für die Volkswirtschaft auf diesem Gebiete nichts geschehen. Ich höre allerdings, daß man jetzt im Handelsministerium, überhaupt in der Regierung, darangeht, eine neue, die vierte Zolltarifnovelle, zu erstellen, und ich begrüße dies, weil sowohl die Landwirtschaft als auch Handel, Gewerbe und Industrie Zollerhöhungen für ihre Existenz absolut und dringend brauchen. Man darf nicht glauben, daß gerade wir Freunde dieser Zollerhöhungen sind; wir haben uns seit jeher eigentlich auf den Freihandel eingestellt, der das Natürlichste und das Selbstverständlichste ist. Aber wenn sich alle Länder ringsum, wie schon betont, mit Zollmauern abschließen und uns zu erdrücken versuchen, dann können wir nicht untätig bleiben und als Idealisten auf den Freihandel hinarbeiten, sondern müssen notgedrungen auf dem Wege der schutzzöllnerischen Politik folgen. Tun wir das nicht, so wird auf der einen Seite durch die hohen Zollmauern unser Export unterbunden und uns auf der anderen Seite durch die Ungeschütztheit unserer Zollgrenzen auch noch der Inlandmarkt genommen. Was das bedeutet, brauche ich hier in diesem hohen Hause wohl nicht näher auszuführen. Ich will der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Zolltarifnovelle — es ist die vierte — recht bald in das Haus kommt, daß sie den berechtigten Wünschen und Forderungen aller Teile der Volkswirtschaft Rechnung trägt und daß wir uns auf diese Weise gegen die Auslandskonkurrenz entsprechend schützen können.

Ich habe hier eine Zeitung in die Hand bekommen, es ist die „Stunde“, jene von der Tschechoslowakei her subventionierte Zeitung, die, kaum, daß überhaupt Ansätze vorhanden sind, eine Zolltarifnovelle zu erstellen, schon von einer Zollraserei schreibt. Nun, meine sehr Verehrten, von einer Zollraserei sind wir so weit entfernt wie von irgend etwas. Unsere Zollgesetzgebung bewegt sich im Schnecken-tempo, und wenn wir die Gesetzgebung auf anderen Gebieten zum Vergleich heranziehen, wo wir bereits die 12., 15., 19., 23. Novelle haben, dann kann man wohl auf diesem Gebiete, wo wir erst die vierte bekommen sollen — wir haben sie noch gar nicht — doch nicht von einer Zollraserei sprechen. Wenn ich die Zollgesetzgebung urgieren und sie als dringend hinstelle, hat das einen bestimmten Grund. Es droht uns von seiten des Auslandes wieder eine große Gefahr. Es ist bei der letzten Völkerbundversammlung von Belgien aus angeregt worden, einen zweijährigen Zollwaffenstillstand abzuschließen. Diese Atempause durch den Zollwaffenstillstand soll

dazu benutzt werden, durch Abschluß eines Kollektivvertrages die wirtschaftliche Abrüstung herbeizuführen. Der Gedanke ist gesund, ist richtig und muß von uns naturgemäß vertreten werden: eine wirtschaftliche Abrüstung, das heißt Niederlegen der Zollmauern. Jawohl, aber nicht bei uns. Das Niederlegen der Zollmauern müssen die anderen besorgen, die anderen rings um uns, deren Zollhöhe ein Vielfaches unserer Zölle beträgt. Es macht das den Eindruck — man kann nicht glauben, daß es wirklich so ist —, als wenn diese Anregung des Zollwaffenstillstandes derzeit gegen uns gerichtet wäre. Sie müssen sich vorstellen, was es bedeutet: zwei Jahre keinerlei Zollerhöhung, alles bleibt auf dem gegenwärtigen Niveau, das heißt, wir mit unseren niederen Zollgrenzen, die anderen mit den für uns unübersteigbaren. Und innerhalb zweier Jahre dürfte gar nichts geändert werden, das heißt, wir sind zwei Jahre hindurch in wirtschaftlicher Hinsicht vollständig dem Ausland ausgeliefert. Dem können wir selbstverständlich nicht zustimmen, unter keinen Umständen, und wir können auch nicht zustimmen, daß ein solcher Zollwaffenstillstand zustande kommt, bevor wir nicht diese vierte Zolltarifnovelle erledigt haben, denn es ist nicht undenkbar, daß uns das Ausland auch in dieser Hinsicht in den Rücken fällt und uns auch auf diesem Gebiete vollständig zu Boden drückt. Es wurde beschlossen, daß bis 31. Dezember 1929 sich alle Staaten zu äußern haben, ob sie an einer solchen Konferenz, die den Abschluß eines Zollwaffenstillstandes zum Ziele hat, sich beteiligen wollen, und zweitens wurde das ökonomische Komitee des Völkerbundes beauftragt, einen Vorentwurf als Grundlage für diese Konferenz auszuarbeiten. Dieser Vorentwurf liegt nun vor, und ich muß es mir mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit wohl versagen, die einzelnen Punkte dieses Vorentwurfes dem hohen Hause bekanntzugeben. Es muß heute schon kurz gesagt werden, daß wir jedenfalls die Konferenz werden beschicken müssen, daß es aber für unsere Unterhändler nach meiner Ansicht, nach Ansicht der Kreise, die ich zu vertreten habe, ganz undenkbar und ausgeschlossen erscheint, daß wir einem solchen Zollwaffenstillstand beitreten können, es sei denn, daß man uns, die wir zu jenen Ländern gehören, die die niedrigsten Zollschranken haben, vorher gestattet, unser Haus vorerst nach unseren Bedürfnissen zu bestellen, unsere Zollhöhe durch Erhöhung der Zollpositionen jener der übrigen Staaten anzugleichen oder eventuell, wenn es absolut not tut, durch Schaffung von neuem unsern Absatz im Inland zu sichern und auch den Export uns zu erleichtern. Wenn man uns dieses Zugeständnis macht, dann könnte man erst über die Frage beraten, ob es dann noch als opportun erscheint, einem solchen Zollwaffenstillstand beizutreten. Ich habe mich nur zu dem Zwecke zum Worte gemeldet, um das hohe Haus auf diese Gefahr aufmerksam zu machen und das hohe Haus zu bitten, im Verein mit dem Landwirtschaftsministerium und den sonstigen

beteiligten Ministerien darauf zu drängen, daß die vierte Zolltarifnovelle je eher, je besser im Hause eingebracht wird. Und an das hohe Haus würde ich den Appell richten, nicht so, wie es bei vergangenen Beratungen über Zolltariferhöhungen oder Zolltarifnovellen der Fall war, die Verhandlungen wochen- und monatelang hinauszuschleppen, sondern rasche Arbeit zu leisten, weil wir dadurch allein in die Lage versetzt werden, dem uns durch den Völkerbund drohenden Anschlag am wirksamsten zu begegnen. (*So ist es!*) Daher nochmals der Appell an das Handelsministerium, genau so aktiv und initiativ wie das Landwirtschaftsministerium für die Land- und Forstwirtschaft auch für Handel, Gewerbe und Industrie zu wirken und energisch deren Interessen zu vertreten! Denn es ist uns allen bekannt, die Wirtschaftskrise hat vor keinem Zweige der Volkswirtschaft haltgemacht, wir stecken alle gleichmäßig tief drinnen, und es wäre ein schweres Verhängnis, einem Teil der Volkswirtschaft vielleicht aufhelfen zu wollen, dabei aber andere Teile verkümmern zu lassen. (*Lebhafter Beifall.*)

Vaszer: Hohes Haus! Ich habe mich bei diesem Kapitel zum Worte gemeldet, um eine Angelegenheit zu urgieren, die schon seit vielen Jahren sowohl die Stadtgemeinde Krems als auch die zuständigen Ministerien beschäftigt hat — ich meine den Kreisgerichtsbau in Krems. Seit nahezu zwei Jahrzehnten ist die Stadtgemeinde Krems bemüht gewesen, dem unzulänglichen baulichen Zustand der Gebäude, in denen unsere Gerichte untergebracht sind, ein Ende zu bereiten. Im Laufe des letzten Jahres haben diese Verhandlungen nun endlich ein befriedigendes Ende gefunden. Es wurde sogar in Aussicht gestellt, daß mit dem Bau des Kreisgerichtes im Sommer dieses Jahres begonnen werden wird. Der Sommer verging — auf eine Anfrage der Stadtgemeinde, warum nicht begonnen werde, erfuhr man, daß die Pläne wieder an das Bauamt rückgeleitet wurden, daß das Finanzministerium noch einige Abstriche gefordert hat, um nicht über das ursprünglich präliminierte Maß des Kostenaufwandes hinauszukommen, daß man aber jedenfalls im September, spätestens Oktober zu bauen beginnen werde. Auch diese Frist ist abgelaufen. Über eine Erkundigung, die die Stadtgemeinde einziehen ließ, wurde ihr aber bedeutet, es werde ganz bestimmt heuer noch die Grundsteinlegung stattfinden. Nun, jetzt sind wir knapp vor Weihnachten — ich weiß nicht, Herr Bundesminister, ob das heuer noch möglich sein wird. Die Bevölkerung ist naturgemäß durch das lange Hinziehen dieser Frage schon in die Rolle des ungläubigen Thomas geraten. Sie glaubt nicht mehr, daß aus dem Bau des Kreisgerichtes überhaupt noch etwas werden kann. Insbesondere für die große Zahl der Arbeitslosen des Kremser Gebietes wäre aber die endliche oder baldigste Inangriffnahme des Baues von ungeheurer Bedeutung. Wir haben gewiß leider im ganzen Bundesgebiet eine große Arbeitslosigkeit, aber relativ,

gemessen an dem Stand des Industriebezirkes, gemessen an der Zahl der Arbeiterkammerwähler, ist die Arbeitslosigkeit erschreckend groß. Wir hatten im politischen Bezirk Krems, also im Sprengel des Arbeitslosenamtes Krems, mit Ende November dieses Jahres 2032 Arbeitslose. Im Jahre 1928 hatten wir um diese Zeit 1174, im November des Jahres 1926 1213, 1927 994 — eine Senkung um nahezu 300, die aber nur darauf zurückzuführen war, daß man damals die Altersrentner aus dem Stand der Arbeitslosen ausgeschieden hat. Im Jahre 1928 steigt aber die Zahl der Arbeitslosen ohne Altersrentner auf 1293 und jetzt im Jahre 1929, wie ich schon gesagt habe, auf 2032 ohne Altersrentner, Ende November, also in der Zeit einer verhältnismäßig noch günstigen Witterung, wo auch noch gebaut werden kann. Es ist daher mit Bestimmtheit zu rechnen, daß mit der Einstellung jeder Bautätigkeit die Höchstziffer des abgelaufenen Jahres, die 2534 betrug, heuer überschritten werden wird. Schon deswegen wäre es wichtig, daß der Bau in Angriff genommen wird, der ja mit seinem Kostenaufwand von 40 bis 50 Milliarden immerhin eine ausreichende Arbeitsgelegenheit bieten und namentlich den gelehrten Bauarbeitern und qualifizierten Hilfsarbeitern auf längere Zeit Arbeit geben wird.

Aus dem Vorschlag und dem Ausschußbericht geht allerdings nicht mit aller Klarheit hervor, was mit den 10 Milliarden geschehen wird, die für das Jahr 1929 eingestellt waren. Es heißt zwar im Artikel II des Finanzgesetzes, daß Kreditreste, die bis zum Jahresende 1929 nicht zur Verwendung gelangt sind, noch bis Ende 1930 verwendet werden können und so zu behandeln sind, als wären sie für das Jahr 1930 bewilligt worden. Wir hoffen, daß diese 10 Milliarden als Kreditrest behandelt werden und daß man dann im nächsten Jahre für das Versäumte erhöhte Aufwendungen machen wird, so daß im Jahre 1930 die erste und die zweite Rate zur Verbauung gelangen werden. Ich möchte den Herrn Bundesminister bitten, uns diesbezüglich eine Aufklärung zukommen zu lassen.

Eine zweite Frage, die ich hier noch zu besprechen hätte, ist die Fremdenverkehrsfrage. In Dürnstein in der Wachau hat kürzlich eine Konferenz der Fremdenverkehrsinteressenten stattgefunden. Ich brauche hier nicht auseinanderzusetzen, daß der Fremdenverkehr von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung und daher auch für den Bund von Wert und vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung aus von Wichtigkeit ist. Die Klagen, die auf dieser Konferenz in sehr stürmischer Weise erhoben wurden, galten vor allem der Rückständigkeit des Verkehrs. Es wurde als Skandal bezeichnet, daß die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die vom Staate eine bedeutende Subvention erhält, erst im Spätsommer mit ihrem Personenverkehr begann, daß wir also den ganzen Sommer keinen Personenverkehr hatten. Die Tarife, die für den Fremdenverkehr auch nicht gerade förderlich sind, weiters die schlechte Erstellung des Fahrplans und die konsequente Aufser-

achtlassung berechtigter Wünsche der einzelnen Usertschaften wurden ebenfalls einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde gefordert, daß man in Zukunft, bevor man der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft eine Subvention bewilligt, sich Sicherheiten dafür schafft, daß sie den berechtigten Wünschen und Forderungen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Die zweite Klage betraf den schrecklichen Zustand unserer Straßen. Wir haben in Niederösterreich im Vergleich zu den anderen Ländern verhältnismäßig ziemlich wenig Bundesstraßen — zirka 700 Kilometer gegen 14.400 Kilometer Bezirksstraßen, ein Verhältnis, das in keinem Lande so kraß ist wie in Niederösterreich. Früher, als das Automobil noch keine so große Rolle spielte, konnte man sich füglich auf den Standpunkt stellen, die Erhaltung der Straßen sei eine ausschließliche Bezirksangelegenheit, da sich der damalige Verkehr mehr lokal abwickelte und wirklich mehr ein Verkehr zwischen den einzelnen Ortschaften war. Seit dem Überhandnehmen des Automobilwesens haben aber die Straßen wieder eine ungeahnte Bedeutung erlangt, und heute sind insbesondere Straßen, wie die Wachauer Straße, nicht mehr als Bezirksstraße anzupreisen. Die Straßenbezirke, die hier in Betracht kommen, haben auch nicht die Mittel, um die Straße in einem fahrbaren Zustand zu erhalten. Jeder, der die Wachau kennt, weiß, welche Kalamität der schreckliche Zustand der Wachauer Straße bedeutet. Sie ist streckenweise so schmal, daß jedes größere Verkehrsmittel, zum Beispiel die großen Überlandwagen ausländischer Reisegeellschaften, die Straße gar nicht passieren können, da müßten erst Häuser abgetragen werden. Die Inanspruchnahme der Straße ist eine so außerordentliche, daß mit den normalen Mitteln der Straßenhaltung nichts getan ist. In deutschen Automobilkreisen warnt man die Leute vor dem Zustand der Wachauer Straße, die für die Fahrzeuge, unter Umständen auch für die Insassen geradezu als lebensgefährlich bezeichnet wird. Die Bezirke können sich nicht helfen, das Land Niederösterreich hat auch zu wenig Mittel zur Verfügung. Es ist daher die Forderung der Interessenten, besonders des Fremdenverkehrsverbandes, die ich hier mit Nachdruck unterstütze, nach Verbundlichung dieser Straße sehr berechtigt. Es wäre zu wünschen, daß der Bund auch im Lande Niederösterreich bedeutendere Straßen, besonders für den Fremdenverkehr wichtige Straßen, in seine Verwaltung übernehme.

Was für die Wachauer Straße gilt, gilt auch für die Kremstalstraße, die sich in einem solchen Zustand befindet, daß sie mehr als Verkehrshindernis zu bezeichnen ist. Wer nicht fahren muß, wird es sich überlegen, eine solche Straße aufzusuchen. Dabei ist gerade die Kremstalstraße jene, die ins Herz des Waldviertels führt, in eine Gegend, die leider viel zuwenig bekannt ist, die reich an Naturschönheiten ist und für den Fremdenverkehr, für Sommergäste sehr in Betracht käme. Man müßte auch diese Straße, die von Krems nach Zwettl

geht, den Bezirken abnehmen oder ihnen solche Mittel geben, daß sie sie in fahrbarem Zustand erhalten können. Bei der Kremstalstraße kommt noch hinzu, daß sie die Eisenbahn Krems—Gföhl ersetzen muß, eine Eisenbahn, die seit 50, 60 Jahren immer wieder gefordert wurde, die im alten Parlament und vom Landtag immer wieder beschlossen wurde. Man glaubt, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, hätte man sie gebaut, aber der Krieg hat allen Beratungen ein Ende gesetzt, und niemand glaubt mehr, daß man die Bahn bauen wird. Die Bevölkerung hat sich damit abgefunden, aber sie darf dafür erwarten, daß der einzige Verkehr so erhalten werde, daß er auch dem Verkehr gewachsen sei. Auf dieser Straße vollzieht sich ein ungeheurer Lastenverkehr; weil die Straße kein totes Gefälle hat, werden die Fuhrwerke bis zur höchsten Tragfähigkeit beladen, wodurch natürlich die Straßendecke sehr leidet.

Das wären einige Wünsche, die die Bevölkerung des Kremsener Gebietes an das Bundesministerium für Handel und Verkehr erhebt.

Zum Schlusse hätte ich die Aufmerksamkeit des Unterrichtsministeriums und des Bundesministeriums für Handel und Verkehr auf den Zustand der Gebäude zu lenken, in denen sich die Mittelschulen, also Bundesanstalten, befinden. Krems ist ja bekanntlich eine alte Schulstadt, die sich auch viel darauf zugute tut. Es ist da eine Lehrerbildungsanstalt, eine Oberrealschule, ein Gymnasium dort usw., eine ganze Reihe Mittelschulen. Der Bund hat, von der Lehrerbildungsanstalt abgesehen, kein eigenes Gebäude. Das Gebäude, in dem sich die Oberrealschule befindet, gehört der Gemeinde Krems. Die Gemeinde Krems hat dem Bund schon dieses Gebäude zum Geschenk angeboten, aber der Bund stellt solche Forderungen, daß es die Gemeinde vorzieht, die Schenkung nicht zu vollziehen, da der bisherige Zustand für die Gemeinde doch noch leichter zu ertragen ist.

Eine andere Sache wird jetzt akut. Die Zeitungen haben — vielleicht tendenziös, aber etwas ist schon daran — von einem Streik der Schüler am Piaristengymnasium berichtet. Das ist keineswegs eine Privatlehranstalt, wie man aus dem Namen schließen könnte. Es war einmal eine Mittelschule der Piaristen, aber seit Jahrzehnten wird sie vom Staat betrieben. Sie ist in einem Gebäude, das den Piaristen gehört, untergebracht, hat aber keine verfügbaren Räume mehr. Es können die notwendigen Klassenteilungen nicht vorgenommen werden, es ist kein Turnsaal und kein Zeichensaal vorhanden. Die Schüler — sie sind damit wohl einverstanden, denn für sie bedeutet das eine sehr abwechslungsreiche Unterrichtsmethode — müssen tägliche Wanderrungen von der Oberstadt in die Lehrerbildungsanstalt und in die Realschule machen, um dort Zeichen- und Turnunterricht zu nehmen. Aber mit diesen Wanderrungen geht die meiste Zeit verloren, denn der Weg dauert mehr als 20 Minuten hin und 20 Minuten zurück,

was bleibt da von der Unterrichtsstunde übrig? Viel kann da nicht gelernt werden. In mehreren Elternversammlungen hat man die Sache besprochen, und es wird auch in den nächsten Tagen wieder eine Deputation bei dem Herrn Unterrichtsminister vorsprechen und Abhilfe verlangen. Diese Abhilfe wäre durch einen Stockverkaufsbau möglich. Dieser stößt aber auf Schwierigkeiten; das Unterrichtsministerium beruft sich immer auf seinen Rechtsstandpunkt und erklärt, es sei nicht verpflichtet, etwas zu machen — ich weiß nicht, wer da verpflichtet sein soll, doch nicht die Gemeinde, die mit dem Gymnasium doch gar nichts zu tun hat. Gegen den Aufbau wehren sich auch die Piaristen, die bauliche Veränderungen an ihrem Gebäude nicht vornehmen lassen wollen, sich aber wohl bereit erklären würden, das ganze Gebäude mit dem dazugehörigen Grund und Boden für einen verhältnismäßig geringen Betrag dem Bunde käuflich zu überlassen. Es würde sich also nur darum handeln, den Betrag flüssigzumachen — ich will ihn nicht nennen, um nicht den Verhandlungen vorzugreifen —, der notwendig wäre, um das Gebäude anzukaufen, damit dann durch einen Stockverkaufsbau zumindest die Raumfrage für das Bundesgymnasium gelöst werden kann.

Eine andere Frage, die ich zum Schlusse kurz streifen will — das ist auch ein Wandwurm —, ist die Frage des Bahnhofes in Gmünd. Ich weiß nicht, wieviel Budgetdebatten es noch geben wird, bei denen man immer wieder diese Frage wird anschnitten müssen. Die Gemeinde Gmünd hat ihrerseits schon seit Jahren finanzielle Vorjorgen getroffen, ein Darlehen aufgenommen und Verhandlungen gepflogen, aber es geht nichts vorwärts. Ich glaube nicht, daß dieser Zustand zum Ansehen unserer Republik beiträgt. Die Tschechoslowaken haben es sich bekanntlich leichter gemacht. Sie haben sich einfach alles genommen, was wir an Gebäuden und Werkstätten und Bahnhofsanlagen hatten, und uns nur das Geleise gelassen. Dort steht nun seit Jahren ein Notbau, aber der ist gewiß nicht sehr imposant, und dem Ausländer, der von Deutschland über Böhmen nach Österreich kommt, bietet sich als erster Eindruck eine Bahnanlage, wie sie vielleicht in Amerika da und dort zu finden ist, wo man über Nacht schnell eine Bahn gebaut hat. Es wäre hoch an der Zeit, daß der Bahnhof in Gmünd endlich in einen Zustand kommt, der den Notwendigkeiten des Verkehrs und dem Ansehen des Staates entspricht. (Beifall.)

Ammann: Die Bundesregierung hat sich vor kurzer Zeit im Hauptausschusse die Bewilligung zur Erhöhung der Postgebühren erteilen lassen. Bei diesem Anlasse wurde im Hauptausschusse auch das Verprechen einer Verlängerung der Dienststunden im Telegraphen- und Fernsprechverkehr in den größeren Postämtern abgegeben. In den kleineren Ämtern — hat die Regierung erklärt — ist eine gleichartige

allgemeine Durchführung nicht möglich, doch soll auch hier unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Einzelfall nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel auf eine Erweiterung der Dienststunden, namentlich bei den für den Fernsprechverkehr wichtigen Ämtern, hingearbeitet werden. Dieses Versprechen ist sehr zu begrüßen, aber ich möchte daran die Bitte knüpfen, es möge nicht nur für den Fernsprech- und Telegraphenverkehr, sondern überhaupt für den Amtsverkehr in den kleinen Postämtern gelten, da die Dienststunden in manchen besonders abgelegenen Gebirgspostämtern noch immer unzureichend sind.

Ganz besonders aber möchte ich die Aufmerksamkeit des Bundesministeriums für Handel und Verkehr darauf lenken, daß in diesen Gemeinden, in denen verhältnismäßig wenig Dienststunden an den Postämtern vorgesehen sind, wenigstens an den Sonn- und Feiertagen die Dienststunden etwas reichlicher bemessen würden als bis jetzt, weil es der ländlichen Bevölkerung sehr oft gar nicht möglich ist, an Wochentagen die Dienststunden des Postamtes, die gerade in die wichtigste Arbeitszeit fallen, zu benutzen. Sie muß daher alle diese Gänge zur Post für die Sonn- und Feiertage aufsparen, so daß die an diesem Tage dem Beamten oder der Beamtin zur Verfügung stehende Zeit kaum ausreicht, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Ich möchte auch noch darauf verweisen, daß die Bundesregierung bei der Erhöhung der Postgebühren erklärt hat, daß diese durch die Regulierung und Erhöhung der Beamtengehälter gerechtfertigt sei. Nun werden gerade die Postexpedienten auf dem Lande bei dieser Erhöhung der Gehälter recht stiefmütterlich behandelt, so daß sie mit Arbeit reichlicher bedacht werden als mit der Erhöhung ihrer Bezüge.

Bezüglich des Eisenbahnwesens möchte ich nur ein paar kleine Wünsche vorbringen. Es wird von unserer Bauernschaft vielfach über das geringe Entgegenkommen der Bahnverwaltung hinsichtlich der Bahnübersezungen und Bahnschranken geklagt. Ich selbst kenne Landwirte, durch deren Besitz die Bahn fährt und die wiederholt ersucht haben, daß dort eine Bahnübersehung gebaut werde, wodurch der Wirtschaftsbetrieb wesentlich erleichtert und der Besitz rentabler gestaltet werden könnte, ohne daß der Bahnverwaltung daraus irgendwelche Kosten erwachsen würden. Trotz allen Versprechungen und Kommissionierungen geht die Sache nicht vom Fleck. Es wäre also zu wünschen, daß da der Bürokratismus etwas weniger possierliche Sprünge macht und mehr Entgegenkommen zeigt.

Eine besondere Klage führen jene Grundbesitzer, die Weidegründe längs der Bahnlinien haben. Jahre hindurch hat die Bahnverwaltung Zäune zur Abgrenzung der Bahnlinie von diesen Weidegründen erhalten. In den letzten Jahren wurden diese Zäune aufgelassen, wodurch sehr viele Unglücksfälle am Weidevieh entstehen. Manchmal kommt es aber nicht nur vor, daß der Besitzer einen Schaden durch Tötung

oder Beschädigung eines Stückes Vieh erleidet, sondern daß er auch noch von der Bahnverwaltung zum Schadenersatz herangezogen wird.

Mein Kollege Strieznig hat bereits beim Kapitel Landwirtschaft auf eine Ungerechtigkeit verwiesen, welche die landwirtschaftlichen Grundpächter dadurch trifft, daß ihnen die Erwerbsteuer vorgeschrieben wird. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an das Bundesministerium für Handel und Verkehr die Bitte richten, beim Finanzministerium dahin einzuwirken, daß dieser ganz unhaltbare Zustand endlich aus der Welt geschafft und den Grundpächtern, die ohnedies die Grundsteuer, die Personaleinkommensteuer und die Warenumsatzsteuer zu zahlen haben, nicht auch noch die Erwerbsteuer aufgehakt wird, die eigentlich mit ihrem Arbeitsbetrieb gar nichts zu tun hat.

Von den Kleingewerbetreibenden werden vielfach Klagen laut über die drückenden Verzugszinsen und Exekutionsgebühren bei der Einhebung der Erwerbsteuer. Auch da bitte ich das Bundesministerium für Handel und Verkehr, beim Finanzministerium in der Richtung Einfluß zu nehmen, daß in dieser Beziehung nicht zu kleinlich vorgegangen wird. Die Gastwirte, ein Gewerbebestand, der doch zu den hervorragendsten Steuerträgern des ländlichen Gewerbes gehört, beklagen sich vielfach darüber, daß in ihren Betrieben die polizeiliche Aufsicht über den Ausschank von geistigen Getränken an Jugendliche gehandhabt wird, während außerhalb der Gaststätten die Möglichkeit geboten ist, daß an Jugendliche oder auch Erwachsene in den Greißlereien oder in anderen Geschäften Flaschenbier oder gebraute geistige Getränke in verschlossenen Gefäßen unkontrolliert verabreicht werden. Es wäre daher schon im Interesse der Jugendlichen sehr zu wünschen, daß in dieser Beziehung endlich Wandel geschaffen und die Verabreichung von Flaschenbier oder gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen an den KonzeSSIONSzwang gebunden wird.

Ich stelle daher im Einvernehmen mit meinen Parteikollegen den Entschließungsantrag (*liest*):

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ehestens dem Nationalrate eine Novelle der Gewerbeordnung vorzulegen, in der die Bindung des Verkaufes von alkoholischen Getränken an den KonzeSSIONSzwang ausgesprochen wird.“

Ich bitte das hohe Haus, diesem Antrage zuzustimmen. (*Lebhafter Beifall.*)

Der genügend unterstützte Entschließungsantrag Ammann wird zur Verhandlung gestellt.

Müllner: Hohes Haus! Seit Jahren liegen im Parlament zahlreiche Anträge, die sich auf den Ausbau von Bahnlinien beziehen. Bei jeder Budgetebatte wiederholt sich das Schauspiel, daß die Vertreter der einzelnen interessierten Gebiete ihre Wünsche vortragen und die Bitte aussprechen, daß die Bahnlinien

in ihren Gebieten endlich einmal zur Ausführung gelangen. Bei der Armut unseres Landes versteht es sich von selbst, daß diese zahlreichen Wünsche nicht auf einmal befriedigt werden können. Aber immerhin erscheint es notwendig, daß in der Frage der Ausgestaltung unseres Verkehrs, unserer Bahnanlagen und Bahneinrichtungen eine gewisse Planmäßigkeit Platz greife und nach einem bestimmten System der Ausbau und Aufbau vorgenommen werden muß. Nach meiner Meinung ist es von entscheidender Bedeutung, daß die einzelnen Anträge und Projekte im Bundesministerium für Handel und Verkehr auf ihre Zweckmäßigkeit, Durchführbarkeit, Würdigkeit und vor allem auf ihre Rentabilität geprüft werden. Das Bundesministerium muß einen Überblick darüber gewinnen, welche Projekte zur Ausführung empfohlen werden können. Ich halte es für ganz leicht möglich, daß eine Reihe dieser Projekte ausgeführt werden kann, weil es sich nicht um Kommerzbahnen handelt oder um Bahnlagen, die im Weltverkehr eine große Rolle spielen, sondern um Bahnen, die hauptsächlich dem Personenverkehre dienen, der heute gewiß auch durch Kraftwagen bewerkstelligt werden kann. Aber diese Forderungen nach Ausgestaltung des Personenverkehrs sollten Berücksichtigung finden, und es wird mit einem verhältnismäßig geringeren Aufwand an Kosten möglich sein, in verkehrsschwachen Gebieten Kraftwagenlinien einzurichten und so dem Verkehrsbedürfnis der Bevölkerung zu genügen.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich Verkehrslinien, die mit dem Kraftwagenbetrieb nicht bewerkstelligt werden können. Eine solche Bahnlinie, die schon seit 60 Jahren im Mittelpunkt der Diskussion steht, ist die Bahnlinie Kernhof—Neuberg—Mariazell. Es hat sich vor drei Jahren in dem betreffenden Interessengebiet ein Aktionskomitee gebildet, das sich zum Ziele setzte, den Ausbau dieser Bahn mit allen möglichen Mitteln zu fördern. Die Entstehungsgeschichte dieser Bahnlinie greift bis in das Jahr 1870 zurück. Damals hat die Militärverwaltung schon den Gedanken erwogen, von St. Pölten ausgehend über Kernhof und Neuberg mit Anschluß an Mürzzuschlag die Südbahnlinie zu gewinnen und diese Bahn hauptsächlich von strategischen Gesichtspunkten aus zu errichten beabsichtigt. Der große Finanzkrach im Jahre 1873 hat die Durchführung dieser Absicht vereitelt, und erst im Jahre 1877 ist man daran gegangen, die Bahnlinie St. Pölten—Leobersdorf auszubauen und südlich bis Lilienfeld zu führen. Im Jahre 1893 ist der südliche Flügel dieser Bahn bis Kernhof geführt worden. Seit dieser Zeit stockt die Weiterführung dieser Bahnlinie, obwohl die Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnisse dieses Gebietes die Linie als äußerst dringend und notwendig erscheinen lassen. Ich möchte vor allem darauf hinweisen, daß durch den Ausbau dieser Bahn eine wesentliche Entlastung der Semmeringstrecke erfolgen könnte, die heute ohnehin nicht mehr ausreicht, um dem gesteigerten Verkehr Genüge zu tun. Es brauchte nur einmal eine Katastrophe

einzutreten, so wäre der ganze Verkehr nach dieser Richtung unterbunden und könnte nur mehr auf der Linie Linz—Selztal nach Triest geführt werden. Es erscheint vom verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus absolut unerlässlich, daß eine zweite Nord—Süd—Verbindung zwischen diesen beiden Bahnlagen geführt wird, damit ein weiterer neuer Anschluß zwischen Nord und Süd hergestellt werden kann.

Es gibt aber auch eine Reihe anderer wichtiger Gründe, die für die Ausführung dieses Projekts sprechen und es notwendig erscheinen lassen, daß an seine Durchführung endlich ernsther herantreten wird. Die Bahnlinie Kernhof—Neuberg stellt eigentlich die kürzeste Nord—Süd—Verbindung her; sie ist weitaus kürzer als die Linie Linz—Selztal, und zwar um 61 Kilometer, und erreicht noch gegenüber der Linie Prag—Bruck an der Mur—Triest eine Verkürzung um 9 Kilometer. Sie würde vor allem den westlichen Teil Niederösterreichs, den westlichen Teil der Tschechoslowakei, aber auch Mitteldeutschland in eine nähere Verbindung mit Triest und Hamburg bringen. Die Bahnlinie Kernhof—Neuberg ist auch aus wirtschaftlichen Gründen absolut notwendig und unerlässlich. Wir haben im Traisen- und Gölsental, im Erlaufstal und vor allem in St. Pölten große industrielle Unternehmungen, die ihre Rohstoffe in der Hauptsache aus Leoben und Donawitz beziehen und umgekehrt ihre Fertigfabrikate nach Jugoslawien und nach Ungarn ausführen. Es ist nun festgestellt, daß bei den Frachtkosten von Leoben und Donawitz infolge des Umweges über den Semmering nach Leobersdorf und in das Gölsen- und Traisental eine Streckenverlängerung von 100 Kilometer eintritt. Die ganze Industrie in diesem Gebiete leidet an der erhöhten Frachtrate, die Konkurrenzfähigkeit dieser Industrie wird dadurch stark beeinträchtigt, und schon aus diesem Grunde wäre es notwendig, diese Bahnlinie endlich fertigzustellen. Auf der anderen Seite gehört dieser Teil, der die Bahnlinie durchschneiden soll, zu den schönsten Gebieten der Steiermark, und es würde der Fremdenverkehr zweifellos eine bedeutende Belebung erfahren. Schließlich verfaulen dort jährlich Zehntausende von Festmetern Holz, nur deshalb, weil es an den entsprechenden Transportmöglichkeiten mangelt, weil der Transport mit Pferdewerk viel zu hoch kommt, um die Holzproduktion rentabel zu gestalten. Es kann die Forstwirtschaft sich in diesen Gebieten nur dann entwickeln, wenn die entsprechende Bahnlinie vorhanden ist. Ich verweise auch darauf, daß in dem Gebiete zwischen Mürzsteg und Neuberg in früherer Zeit nicht unbedeutende Erzvorkommen gewesen sind. Alle diese Bergbaue sind eingestellt worden, aus dem einfachen Grunde, weil sie infolge des Fehlens einer entsprechenden Bahnverbindung nicht mehr rentabel sind. Wir sind also der Meinung, daß das Bundesministerium für Handel mit Rücksicht auf die Bedeutung und auf die gegebene

Rentabilität dieser Bahnlinie diesem Projekt endlich einmal ernstlich näherzutreten müßte.

Was die Bahnlinie aber besonders notwendig erscheinen läßt, das ist der Umstand, daß durch sie der bedeutende Fremdenort Mariazell in eine unmittelbare Verbindung mit dem Mutterland gebracht wird. Wenn heute ein Grazer eine Reise nach Mariazell unternehmen muß, dann kann er in der günstigen Jahreszeit den Kraftwagen über den Seeburg benützen und kann in acht Stunden nach Mariazell gelangen, in ungünstiger Jahreszeit muß der Reisende die Linie Graz—Wien—St. Pölten—Mariazell benützen, muß eine Wegstrecke von nahezu 400 Kilometer zurücklegen, um in einen Ort zu gelangen, der zu seinem Lande gehört. Die Entwicklung Mariazells, das ein aufstrebender Fremdenverkehrsort ist, ist abhängig von der Verbindung mit dem Mutterlande, mit der Hauptstadt Graz, und das Projekt, das hier vorgeschlagen wird, sieht die Möglichkeit einer Flügelbahn vom Scheitelpunkt der Bahn Kernhof—Neuberg nach Mariazell vor. Die ganze Strecke würde 45 Kilometer betragen, die Kosten sind mit 59 Millionen Schilling beim Dampfbetrieb und mit 70 Millionen Schilling beim elektrifizierten Betrieb präliminiert. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß, so hoch die Kosten für den ersten Augenblick erscheinen, sie an Bedeutung verlieren, wenn man bedenkt, daß 4000 Arbeiter durch vier Jahre bei diesem Bahnbau beschäftigt werden könnten. Ich habe ausgerechnet, daß die Arbeitslosenunterstützung für 4000 Arbeitslose in vier Jahren bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenunterstützung von 17 S pro Woche 14,4 Millionen Schilling ausmacht. Rechnen wir jetzt noch dazu, was der Staat durch die produktive Arbeit des Bahnbaues an Steuern, an Abgaben einnimmt, wie sich der Konsum steigern würde, so kommen wir bestimmt zu einer Summe von 18 bis 20 Millionen Schilling, die heute vom Staat ohne produktiven Gegenwert ausgegeben wird. Es handelt sich also dem Staat in Wahrheit nur um einen Betrag von ungefähr 40 Millionen Schilling, wenn diese Bahnlinie zur Ausführung käme. Ich möchte das hohe Haus aufmerksam machen, daß das generelle Projekt bereits fertig vorliegt und daß es sich jetzt darum handelt, das Detailprojekt fertigzumachen. Für dieses Detailprojekt sind 150.000 S erforderlich, und ich bitte den Herrn Bundesminister, der dieses Projekt ja genau kennt, daß er Vorhilfe trifft, daß dieser Betrag, wenigstens in das nächstjährige Budget eingestellt wird. Wir haben in den letzten Monaten — von August bis zum Dezember — eine 100prozentige Steigerung der Arbeitslosigkeit im Gebiete der Industriellen Bezirkskommission St. Pölten zu verzeichnen. Wir könnten Tausende wieder einer nützlichen Beschäftigung zuführen, wenn diese großen Projekte zur Ausführung gelangen. Hoffentlich gelingt es der Republik, eine Auslandsanleihe zu erhalten, und hoffentlich sorgt dann die Regierung dafür, daß aus dieser Anleihe auch Gelder für diese großen Verkehrsprojekte zur

Verfügung gestellt werden, die sicherlich rentabel sind und dazu beitragen werden, unsere gesamte Volkswirtschaft zu befruchten. *(Lebhafter Beifall.)*

Damit ist die Aussprache über den VI. Abschnitt beendet.

Es wird in die Verhandlung über den VII. Abschnitt: Kapitel 25, Heereswesen, und Kapitel 27, Titel 4, Schieß- und Sprengmittel, eingegangen.

Spezialberichterstatler Dr. **Ferzabek**: Hohes Haus! Als das Kapitel 25, „Heereswesen“, des Bundesvoranschlages für 1930 im Finanz- und Budgetausschuß verhandelt wurde, habe ich mich als Berichterstatter darauf beschränkt, bloß die ziffermäßigen Ansätze der Regierungsvorlage aufzuzeigen und den Vergleich mit dem Vorjahre zu ziehen. Der Ausschuß hat sich damals nicht veranlaßt gesehen, irgendwelche Abänderungen zu beantragen; infolgedessen glaube ich, es mir heute versagen zu dürfen, mich abermals mit der finanziellen Seite der Budgetpost „Heereswesen“ zu beschäftigen. An Stelle dessen will ich auf einige Mängel zu sprechen kommen, die trotz der erfreulichen Entwicklung, die unser Bundesheer in den letzten Jahren genommen hat, noch immer unseren Wehreinrichtungen anhaften und deren Beseitigung von den Heeresangehörigen dringend gewünscht wird. Hierzu wäre sowohl eine Reform des Wehrgesetzes wie auch des Disziplinalgesetzes in einzelnen Punkten notwendig. Ich glaube jedoch, daß im Anschlusse an die bereits erfolgte Verfassungsreform auch diese beiden Reformen in einer den Wünschen unserer Heeresangehörigen entsprechenden Weise sich unschwer werden durchführen lassen.

Was das Wehrgesetz anbelangt, so ist es zunächst der § 13, Absatz 5, der eine Härte enthält, die zumindest von den Offizieren und pragmatisierten Unteroffizieren schwer empfunden wird. Nach den Bestimmungen dieses Paragraphen ist die Zuweisung eines nicht im Wehrebereich heimatberechtigten Heeresangehörigen zu einem im Wehrebereich garnisonierenden Standeskörper an die Zustimmung der zuständigen Landesregierung gebunden. Letztere ist aber bekanntlich nicht immer leicht zu erlangen, und infolgedessen kann es vorkommen, daß in einem Wehrebereich ein Dienstposten verfügbar wird, für den sich ein passender Bewerber aus einem anderen Wehrebereich finden würde, der aber im Falle der Zustimmungsverweigerung der zuständigen Landesregierung auf Grund obiger Gesetzesbestimmung für die Befetzung des Dienstpostens nicht in Frage kommen kann. Eine Lockerung dieser Bestimmung, wenigstens für Offiziere und pragmatische Unteroffiziere, wäre daher höchst wünschenswert.

Eine weitere zeitgemäße Reform wäre die Einführung eines neuen Soldateneides unter Beifügung einer religiösen Beteuerung, wie diese ja nach Artikel 72 der neuen Bundesverfassung zulässig ist. Mit Rücksicht

auf die besondere Bedeutung, die dem Soldateneide in allen Armeen der Welt beigemessen wird, glaube ich die Notwendigkeit, diesen Eid möglichst eindrucksvoll zu gestalten, nicht erst näher begründen zu müssen.

Neben dem Wehrgesetz weist aber auch das derzeit in Kraft stehende Disziplinargesetz einzelne Bestimmungen auf, deren Durchführung schon häufig Anlaß zu abfälliger Kritik gegeben hat und die daher ebenfalls abänderungsbedürftig erscheinen. So zum Beispiel ist die Wirksamkeit der Ordnungsstrafberechtigten allzusehr eingeengt und lediglich auf die Erteilung eines Verweises oder einer Geldbuße beschränkt. Es ist aber wirklich schwer, einzusehen, warum man, wenn der Verweis nicht die gewünschte Wirkung hervorgebracht hat, gleich zu der empfindlichen Bestrafung durch eine Geldbuße greifen soll, da es doch Zwischenstufen gibt, die, wie zum Beispiel die Kommandierung zu einer Strafdienstleistung, der Entzug des Ausgangs, eventuell ein mehrtägiger Kasernarrest, jedenfalls genug eindringlich zu wirken vermögen, um den gewünschten Erziehungserfolg herbeizuführen, und gleichzeitig den Vorteil besitzen, daß mit ihrer Verhängung nicht, wie bei einer Geldbuße, auch Unschuldige, wie die Gattin und Kinder des Bestraften, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Im Disziplinarstrafverfahren ist ferner bei strafweiser Veretzung in den Ruhestand eine Minderung der Ruhegehülfe, ja bei der strafweisen Entlassung sogar der vollständige Verlust der Ruhegehülfe im Strafmaß vorgesehen. Diese Bestimmungen müssen unbedingt als zu streng bezeichnet werden, zumal sie auch bei Vorhandensein berücksichtigungswürdiger Umstände nur durch einen Gnadenakt eine Milderung erfahren können. Eine Abänderung wäre hier in dem Sinne erstrebenswert, daß, wie dies im alten Heere der Fall war, mit dem Verluste der Charge nicht gleichzeitig auch eine Verminderung der Ruhegehülfe, beziehungsweise der gänzliche Entzug derselben eintreten habe.

Schließlich erlaube ich mir noch, die Anregung zu geben, eine Ausdehnung der Disziplinarstrafgewalt auf alle Personen, die einen militärischen Titel tragen, aus Gründen der Wahrung des militärischen Standesbewußtseins ehehalbigst in Erwägung zu ziehen. Es hat sich nämlich schon wiederholt ereignet, daß Offiziere außer Dienst, beziehungsweise des Ruhestandes sich Vergehen zuschulden haben kommen lassen, die eine gerichtliche Bestrafung nach sich zogen, oder daß sie Dienststellungen eingenommen haben, die mit den Ansichten über Standesehre nicht in Einklang gebracht werden können, aber in allen diesen Fällen mangels einer diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmung nicht dazu verhalten werden konnten, von der Fortführung ihres militärischen Titels Abstand zu nehmen. Wie schädigend so etwas auf das Ansehen des ganzen Offiziersstandes einwirken muß, bedarf wohl keiner

weiteren Erklärung. Eine Abhilfe kann nur durch die von mir angeregte größere Ausdehnung der Disziplinarstrafgewalt herbeigeführt werden.

Damit will ich meine Ausführungen schließen und nur noch an das hohe Haus die Bitte richten, den Antrag des Ausschusses anzunehmen, welcher dahin geht (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 25, „Heereswesen“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1930 in der Fassung der Regierungsvorlage, wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.“
(*Beifall.*)

Spezialberichterstatte Dr. **Weidenhoffer**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Titel 4, „Schieß- und Sprengmittel“, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1930 in seiner Sitzung vom 5. Dezember in Verhandlung gezogen. Die verehrten Damen und Herren haben den ausführlichen Bericht gedruckt in Ihren Händen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals hervorheben, daß es gelungen ist, im Jahre 1929 die Erzeugung von Monopolaritfeln erheblich zu steigern, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß die Belieferung des tschechoslowakischen Monopols während des Stillstandes der dortigen Fabriken von uns aus durchgeführt wurde. Außerdem ist zu erwähnen, daß im Jahre 1929 einzelnen besonders notleidenden Erzbergbaubetrieben Nachlässe bis von 50 g pro Kilogramm gewährt wurden.

Der Finanz- und Budgetausschuß nahm das Kapitel 27, Titel 4, „Schieß- und Sprengmittel“, an und stellt somit den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Kapitel 27, Titel 4, „Schieß- und Sprengmittel“, des Bundesvoranschlages für 1930 in der Fassung der Regierungsvorlage wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

An Stelle Gangl als Ersatzmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft wird Winklauer gewählt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 18. Dezember, 10 Uhr vorm. Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1930 (B. 393).

2. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (B. 373): Bundesgesetz, womit einige Bestimmungen des Strafgesetzes und des Preßgesetzes abgeändert werden (Strafgesetznovelle 1929) (B. 398).

3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (B. 407): Bundesgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des

Invalidenbeschäftigungsgesetzes vom 1. Oktober 1920, St. G. Bl. Nr. 459, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1927, B. G. Bl. Nr. 363 (B. 416).

4. Bericht des Justizauschusses über die Regierungsvorlage (B. 362): Bundesgesetz, betr. eine vorläufige Verlängerung der urheberrechtlichen Schutzfrist (B. 417).

5. Bericht des Justizauschusses über die Regierungsvorlagen (B. 375): Bundesgesetz, betr. die innere Einrichtung und die Anlegung der Grundbücher (Allgemeines Grundbuchslegungsgesetz [Allg. G. N. G.]) (B. 376): Bundesgesetz über grundbücherliche Teilungen, Ab- und Zuschreibungen (Liegenschafts-

teilungsgesetz [Lieg. Teil. G.]) und (B. 377): Bundesgesetz, womit grundbuchsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Grundbuchsnovelle) (B. 418).

6. Bericht des Zollausschusses über den Antrag der Abg. Dr. Buresch, Wiesmaier, Krobath, Dr. Wagner, Zangel u. Gen. (244/A) auf Erhöhung des Zuckerzollens und des Antrages der Abg. Dr. Buresch, Wiesmaier, Krobath, Dr. Wagner, Zangel u. Gen. (245/A), betr. Maßnahmen zur Erhaltung des Rübenbaues in Österreich (B. 419).

Ergänzung vorbehalten.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr abends.